DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 2. August 1984 - D ***

W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 8,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 7,00 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umtauschregelung: Die „DDR" praktiziert seit gestern die zugesagte neue Mindestumtauschregelung für Rentner. Der Berliner Senat *wurde darüber zunächst offiziell nicht* informiert. Auch die „DDR"-Medien verschwiegen die Abmachung mit Bonn. (S. 4)

Festnahmen: Unter der Beschuldigung, Verbrechen gegen die „DDR" unter Mißbrauch des *Transitabkommens begangen* zu haben, wurden zwei West-Berliner am „DDR"-Grenzübergang Zarrentin festgenommen.

Tornado: Griechenland hat sich gegen den Ankauf des deutsch-britisch-italienischen Kampfflugzeugs entschieden. Ein Auftrag über 80 bis 100 Kampfflugzeuge wird voraussichtlich an die USA und Frankreich vergeben. (S. 5)

Polen: Zu einer Treuekundgebung für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" kam es in Warschau nach einem Gottesdienst zum Gedenken an den vor 40 Jahren ausgebrochenen Aufstand im Warschauer Getto. Rund 5000 Menschen marschierten mit Rufen „Solidarität, Solidarität" durch die Straßen.

Eklat: Südafrika hat den Abbruch der *Beziehungen zu Neuseeland* angekündigt. Die neue neuseeländische Labourregierung hatte wegen der südafrikanischen Rassenpolitik das Generalkonsulat in Wellington schließen wollen.

Rüstung: Die USA haben Tests aufgenommen, um eine Waffenplattform für den Weltraum zu entwickeln, von der Raketen bekämpft werden können. (S. 8)

Olympische Spiele

Medaillen und Kritik:
Die deutsche 4x100-m-Freistil-Staffel der Frauen gewann die Bronzemedaille. Heftige Kritik übte der Bundesausschuß für Leistungssport (BAL) an den sonst so erfolgreichen deutschen Sportschützen. Sie haben bisher keine Medaille gewonnen.

Die wichtigsten Entscheidungen heute:
Schießen: Kleinkaliber-Dreistellungskampf, Frauen; Schnellfeuerpistole, Männer (18.00 Uhr).
Schwimmen: 400 m Freistil, Männer; 100 m Delphin, Frauen; 200 m Brust, Männer; 100 m Brust, Frauen; 4 x 100 m Freistil, Männer (ab 1.15 Uhr).
Turnen: Zwölfkampf, Einzelfinale, Männer (2.30 Uhr)
Ringen: Finals in den Klassen bis 52 kg, bis 74 kg und über 100 kg, klassischer Stil (3.00 Uhr).
Gewichtheben: Mittelgewicht (3.00 Uhr).
Fechten: Florett, Männer (5.00 Uhr).
Die deutschen Medaillenkandidaten heute: Sigrid Lang und Ulrike Holmer (Kleinkaliber-Dreistellungskampf), Thomas Fahrner (400 m Freistil) und die 4x100-m-Freistil-Staffel der Männer, Karlheinz Radschinsky (Gewichtheben, Mittelgewicht) und Matthias Gey (Florett, Herren).

WIRTSCHAFT

Sparquoten: Die gedrückten *Realeinkommen dämpfen die* private Sparneigung, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung über die Entwicklung der Sparquoten fest. 1984 und 1985 werde die Sparquote der privaten Haushalte wahrscheinlich auf dem Niveau von *1983 (11,5 Prozent)* verharren. (S. 9)

US-Konjunktur: Nach dem steilsten Aufschwung seit 35 Jahren hat offenbar die Talfahrt begonnen. Der Index der führenden Wirtschaftsindikatoren fiel im Juni erstmals seit August 1982 zurück. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten hat sich gestern die Belebung beschleunigt. Am Rentenmarkt wuchs das Interesse für Anleihen. WELT-Aktienindex 139,8 (138,0); Dollarmittelkurs 2,9168 (2,8864) DM; Goldpreis je Feinunze 339,00 (342,35) Dollar.

KULTUR

Philharmoniker: Das Berliner Orchester fordert von seinen derzeitigen Plattenfirmen, EMI und Deutsche Grammophon, mehr Geld – aber offenbar vergeblich. Nur die amerikanische CBS scheint bereit zu sein, die Forderungen zu erfüllen. (S. 17)

Velasquez: Die aus Berlin stammende jüdische Malerin Hilly Mendelssohn, die dank eines spanischen Passes der NS-Verfolgung entging, hat sich Spanien erkenntlich gezeigt. Sie übernahm die Kosten für die Restaurierung des berühmten Velasquez-Gemäldes „Las Meninas", das jetzt im Madrider Prado wieder der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

ZITAT DES TAGES



» Die Bundesregierung ist mit ihrem Rückkehrhilfe-Gesetz auf unerwartet hohes Interesse gestoßen. Viele Ausländer rechnen sich neue Lebenschancen in ihrer Heimat aus. Diesen Menschen haben wir geholfen «

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (S. 4) FOTO: TEUTOPRESS

AUS ALLER WELT

Kreditkarten: Ein Magnetkarten-Telefon, das prüft, ob eine Kreditkarte rechtmäßig verwendet wird, wird derzeit im Rhein-Main-Gebiet erprobt. Angeschlossen an das „Makatel"-System sind vier große Kreditkarten-Organisationen und etwa 100 private Betriebe. (S. 18)

Hoher Schaden: Auf 70 Millionen Mark beziffern die Versicherungen die Leistungen, die aufgrund der Ernteschäden durch den Hagelsturm am 12. Juli in Bayern erbracht werden müssen. (S. 18)

Wetter: Auflockernde Bewölkung, kaum Regen. 22 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Widersprüche – Wenn die Prawda warnt und die Iswestija ermutigt S. 2

Israel: Die Probleme lassen den Gewählten keine Alternative zur Koalition S. 3

Aus der Presse von drüben: Über Erleichterungen im Reiseverkehr keine Zeile S. 4

BGS: Kampagne gegen „preußischen" Kommandeur – GdP seit Jahren ein Dorn im Auge S. 4

Frankreich: Schwankend in der Haltung zur deutschen Frage – Das Mißtrauen bleibt S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

WELT-Interview mit Hans-G. Hoppe: „Umtausch-Ärgernis sollte fallen" S. 8

Fernsehen: Hörfunk-Hits – Beim NDR ist Plattdeutsch eine der ältesten Sprachen S. 8

Neu im Kino: Der Weltraum-Film „Krieg der Eispiraten" – Maulheiden vom Mond S. 17

Unglücksbilanz: Als teuerste Katastrophe der Welt gilt das Beben von 1906 S. 18

WELT-Serie „Spionage Ost-West": Als erste deutsche Zeitung veröffentlicht die WELT in einem Vorabdruck die Erinnerungen des West-Agenten Ottomar Ebert, der 13 Jahre in einem Zuchthaus der „DDR" gesessen hatte. (S. 7)

Gurtpflicht: Schon zu Beginn schnallen sich mehr Fahrer an

Dollinger kritisiert unterschiedliches Verfahren in den Ländern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern ist am 1. August die seit 1976 mit Millionenaufwand propagierte Anschnallpflicht für Kraftfahrer in Kraft getreten. Sie müssen künftig mit einem Bußgeld von 40 Mark rechnen, wenn auf den Vordersitzen ohne Sicherheitsgurt *gefahren wird.*

Die ADAC-Straßenwacht hat am Mittwoch im Hamburger Stadtgebiet und auf den Autobahnen rund um Hamburg deutlich mehr Autofahrer mit angelegtem Sicherheitsgurt registriert als früher. Nach Angaben des ADAC waren auf den Autobahnen 98 bis 99 Prozent der Fahrer angeschnallt gewesen. Im Stadtgebiet wurde eine Quote von 79 Prozent festgestellt. Früher hätten sich hier nur etwa 50 Prozent angeschnallt.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) traf in Bonn die kritische Feststellung, daß die verspätete Einführung des Verwarnungsgeldes genau von dort beklagt worden sei, „wo man sich jetzt mit der Anwendung der Vorschrift nach meiner Meinung zu viel Zeit läßt". In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen *wird seit gestern bei Verstößen* gegen die Gurtanlegepflicht von der Polizei sofort das Bußgeld kassiert. Die meisten anderen Länder gewähren eine Karenzzeit von vier Wochen, Bayern sogar von zwei Monaten.

Ohne Zahlen zu nennen, betonte Dollinger, daß sich „viele Verletzungen von Autoinsassen und Auswirkungen von Unfällen mildern" ließen, wenn stets der Sicherheitsgurt angelegt würde. Vor allem im innerörtlichen Verkehr sei die Anlegequote – nach einer Umfrage der Bundesanstalt für Straßenwesen im Herbst 1983 nur 45 Prozent – unbefriedigend.

Ein Sprecher des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen erklärte der WELT auf Anfrage, die in diesem Bundesland geltende Vier-Wochen-Frist sei nach Verständigung zwischen dem Verkehrs- und dem Innenminister zustande gekommen. Die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr habe im Lande im Jahre 1983 wie im Bundesgebiet eine *„verheerende Aufwärtsentwicklung" gehabt.*

Ein Sprecher des Automobilclubs von Deutschland (AvD) sagte der WELT: „Es wäre besser gewesen, wenn man einheitlich vorgegangen wäre." Wie die Sache jetzt laufe, entwickele sich in dieser wichtigen Frage ein „unterschiedliches Recht". Auf keinen Fall dürfe allerdings in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß man den Kraftfahrer „schröpfen" wolle; die Beratung der Uneinsichtigen durch die Polizei müsse im Vordergrund aller Bemühungen stehen.

Für diese Beratung hat allein die Bundesregierung seit der nicht von Bußgeldzahlung bedrohten Anschnallpflicht im Jahre 1977 jährlich bis zu 15 Millionen Mark ausgegeben. Die Gelder für diese Aufklärung ging erst 1983 unter die Zehn-Millionen-Grenze und betragen im diesjährigen Haushalt noch rund 500 000 Mark. Der „Deutsche Verkehrssicherheitsrat" (DVR), der im Auftrag des Bundes diese Gelder anlegte, sieht seine Aufklärungsarbeit aber als „noch nicht beendet" an.

DER KOMMENTAR

Muffelstichtag

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Minister Dollinger echauffiert sich, weil der deutsche Föderalismus seinen Charme aus ungeeignetem Anlaß versprüht. Lange hat sich der Bonner Minister mit dem Markenzeichen CSU geweigert, zu akzeptieren, daß zu viele mündige Bürger als Autofahrer an der Muffelschwelle straucheln, wenn es darum geht, den Sicherheitsgurt anzulegen. Es wollte ihm nicht in den Kopf, daß etwa die Hälfte der Autofahrer zwar erwachsen genug ist, um alle vier Jahre eine neue Bundesregierung samt Kanzler zu wählen, nicht aber so erwachsen, um ihre *persönliche Sicherheit und Gesundheit* zu wählen, indem man sich anschnallt, bevor man Gas gibt. Der Lernprozeß des Ministers endete mit der Anordnung: Vom 1. August an 40 Mark Verwarngeld für Gurtmuffel. Wer nicht hören will, muß fühlen! Doch jetzt ergeben sich einige Bundesländer in Menschenfreundlichkeit. Sie wollen unmündigen Autofahrern noch ein wenig Zeit lassen, ehe sie mit dem Verwarngeld Ernst machen.

Da ist zum Beispiel der CSU-geführte Freistaat Bayern. Er will den Gurtmuffeln eine Gewöhnungsfrist von zwei Monaten einräumen, und dafür werden Argumente reinster Menschenliebe geltend gemacht. Der Wahrheit kommt man wohl gut bayrisch auf den Grund: „Ja, kreizsagradi no amoi, samma mir a Ferienland oda samma mir koans? Mir kemma doch ned unsere Gäste vertreibn, wia wann ma mir a Bolizeistaat waarn, bloß weil dem Dollinger in Bonn nix Bleeders eifällt, als daß er den Stichtag fia de Gurtmuffl mittn in d' Ferien neilegt! Und überhaupts, wos da Dollinger da jetzt sagt, des is uns eh wurscht!"

Nur: Bestand nicht beeindruckende Einmütigkeit darüber, daß der Gurt ein tausendfacher Lebensretter ist? War das Thema nicht längst und lange ausdiskutiert? Ist es nicht höchste Zeit, endlich Ernst zu machen? Wie ernst sollen aber Autofahrer die Anordnung nehmen, wenn es einige *Bundesländer nunmehr* überhaupt nicht eilig haben? Kommt es auf ein paar Verkehrstote mehr oder weniger nicht an?

Der deutsche Föderalismus hat seinen Charme. Hier hätte er jedoch kooperativ genug sein müssen, um ein Gebot der Vernunft ohne Rücksicht auf Bundesländergrenzen gleichzeitig durchzusetzen. Schonzeit hatten die Autofahrer seit 1976. Der Föderalismus gerät zur Posse, wenn Herr Muffel bei einer Fahrt quer durch Deutschland den Gurt mal ein-, mal ausklickt, je nachdem, in welches Bundesland er gerade hineinbraust.

US-Dollar stabil auf Rekordhöhe

Mittelkurs in Frankfurt: 2,9168 Mark / In New York rechnet man bald mit drei Mark

LEO FISCHER, Bonn

Nach einer kurzen Atempause, die der Devisenhandel nach dem starken Kursanstieg auf Gewinnmitnahmen zurückführte, kletterte der US-Dollar gestern weiter nach oben. Bereits bei der Eröffnung des Handels in Frankfurt hatte die US-Währung zum ersten Mal seit elf Jahren mit 2,9160/70 Mark die psychologisch wichtige Marke von 2,90 Mark übersprungen. *Der amtliche Mittelkurs* wurde mit 2,9168 Mark nach 2,8865 Mark am Vortag ermittelt. Die Deutsche Bundesbank verkaufte wieder 13,25 Mil*lionen Dollar nach 29,95 am Vortag.*

Nach einem Bericht des „Wall Street Journal" rechnet der Handel in New York jetzt binnen kurzem mit einem Dollarkurs von drei Mark. Frankfurter Devisenhändler sind mit ihrer Prognose allerdings vorsichtiger. Erst wenn die Marken von 2,92 und anschließend von 2,94/95 überschritten seien, könne die Schallmauer von drei Mark durchbrochen werden.

Der neue Kursschub hatte seinen Ausgangspunkt in New York. Nach einem Schlußkurs in Frankfurt von 2,89 zog der Dollar in New York in der Nacht zum Donnerstag auf 2,9203 Mark an. Im Devisenhandel wird die Meinung vertreten, daß Spekulanten in New York, die Dollars leer verkauft hatten (oder Firmen, die Exporterlöse noch *in ausländischen* Devisen hielten), die letzte Chance nutzten, die zum Monatsende auslaufenden Engagements glattzustellen. Die neue *Haussewelle war insofern vor allem* markttechnisch bedingt.

Zinsbefürchtungen spielten dagegen bei dem jüngsten Kursanstieg nur eine geringe Rolle. Dem leichten Anstieg für Federal Funds (entspricht dem deutschen Geldmarktsatz) von 11,5 auf 11,875 Prozent standen ein Renditerückgang und eine Kursrallye am Anleihemarkt gegenüber. Enttäuscht waren aber alle, die auf einen Zinsrückgang setzen, darüber, daß die Notenbank den Anstieg des Geldmarktzinses, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen, hingenommen hat.

Wenig beachtet wurde vom Devisenhandel der erste Rückgang der *führenden Wirtschaftsindikatoren* seit August 1982 um 0,9 Prozent im Juni, obwohl die Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs in den USA die *Gefahr eines weiteren Zinsanstiegs* und damit einer noch höheren Dollarbewertung bannen müßte. Schwerer wiegt für den Devisenhandel die neue Kreditaufnahme des Schatzamtes in Höhe von 17 Milliarden Dollar, deren Konditionen gestern bekanntgegeben wurden. Das Wirtschaftsministerium sieht die Dollarhausse noch gelassen. Staatssekretär Otto Schlecht sieht zwar die Gefahr eines Inflationsimports, wertet die Entwicklung aber noch nicht als dramatisch.

Umweltkonferenz findet ohne Berliner Bundesamt statt

Bundeskanzler Kohl gibt Forderungen Moskaus nach

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat entschieden, daß sich Bonn einer Forderung der Sowjets beugen und ohne Beteiligung des Berliner Umweltbundesamtes an einer *internationalen Umweltschutztagung* in Taschkent teilnehmen soll. Dieser Beschluß hat nach vorliegenden Informationen im Auswärtigen Amt erhebliche Besorgnis ausgelöst, weil negative Auswirkungen auf die Bindungen Berlins an den Bund befürchtet werden. Ein Unionsabgeordneter erklärte, in ihrer Oppositionszeit habe die CDU/CSU jedes Nachgeben zugunsten des sowjetischen, die Position West-Berlins schwächenden Standpunkts stets scharf kritisiert.

Bei der Umwelttagung handelt es sich um ein vom 15. bis 19. Oktober 1984 in Taschkent (Sowjetunion) stattfindendes Seminar der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) über abfallarme Technologie. Die Weigerung der sowjetischen Gastgeber, zu diesem Treffen das in Berlin ansässige Umweltbundesamt als Teil der Bonner Delegation zuzulassen, entspricht der restriktiven Politik Moskaus seit Gründung des Bundesamtes im Jahre 1974. Damals hatte die Sowjetunion gegen die von der Regierung Brandt/Scheel und dem Bundestag beschlossene Ansiedlung der Behörde in Berlin als angeblichen Verstoß gegen das Viermächte-Abkommen von 1971 scharf protestiert. Dieser Protest war von den Westmächten entschieden zurückgewiesen worden, da die Errichtung des Amtes in Berlin mit dem Viermächte-Abkommen in Einklang stehe. Die „DDR" hatte unmittelbar nach dem Kabinettsbeschluß zeitweilig den Berlin-Verkehr behindert, dies allerdings offiziell mit „Fahndungsmaßnahmen" begründet.

Auch in der Folgezeit hatte sich Moskau nie mit dem Umweltbundesamt und anderen Berliner Bundesinstitutionen abgefunden. Auch der Abschluß des seit 1973 geplanten deutsch-sowjetischen Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist bisher an der sowjetischen Weigerung gescheitert, das Umweltbundesamt und andere Berliner Bundesbehörden in den Austausch einzubeziehen. In letzter Zeit schien sich jedoch eine Lösung dieser Frage anzubahnen.

Um so nachdrücklicher beharrte das Auswärtige Amt intern darauf, daß die Bundesregierung nicht auf die Teilnahme von Vertretern des Umweltbundesamtes an dem ECE-Seminar in Taschkent verzichten sollte. Der Kanzler hat jedoch – offenbar mit Rücksicht auf die Bedeutung des Umweltschutzes – veranlaßt, daß die Delegation der Bundesrepublik auch ohne Vertreter des Umweltbundesamtes nach Taschkent reisen soll. In CDU/CSU-Kreisen wurde dazu kritisch angemerkt, die Union habe früher *immer darüber* gewacht, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Rechte voll ausschöpfe, die sich aus dem Viermächte-Abkommen zugunsten der Berliner Bundesinstitutionen ergeben.

Reichte Kontrolle in Frankfurt aus?

Entführte Boeing 737 in Teheran / Anrufer nennt „Wächter des Islam" als Auftraggeber

DW. Bonn/Teheran

Die Entführung der nach dem Start vom Flughafen Frankfurt gekaperten Boeing 737 *hat in der Bundesrepublik* zu einer Diskussion über die Sicherheitsbestimmungen bei der Flughafenkontrolle in Frankfurt geführt. Nach Informationen der WELT haben sich die drei Entführer getrennt vor dem Abfluschalter in Frankfurt aufgehalten und so getan, als ob sie sich nicht kennen würden. Erst bei der Abfertigung hätten sie nebeneinanderliegende Plätze verlangt.

Die Frage, ob möglicherweise Sicherheitsvorschriften verletzt worden sind, beschäftigte gestern die Behörden. Die Passagiere waren von zwei Personen überprüft worden. Ihre Gepäckstücke gingen durch die Röntgenkontrolle. Dabei war jedoch nichts Verdächtiges aufgefallen. In Frankfurt hieß es, die Frage, ob bei den Kontrollen Schußwaffen oder Sprengstoffpakete übersehen worden seien, könne erst beantwortet werden, wenn zweifelsfrei feststehe, daß die Entführer damit ausgerüstet sind.

Unklarheit besteht auch über die Nationalität der nach Angaben der Fluggesellschaft Air France 50 Männer und acht Frauen an Bord der Maschine. Unter ihnen sollen sich schätzungsweise zehn bis 20 Deutsche befinden. „Auf einer Strecke wie Frankfurt–Paris werden *die Passagiere üblicherweise* nicht nach ihrer Nationalität gefragt."

Von den 58 Passagieren wurden gestern nachmittag als erste eine Frau und ihr krankes Kind freigelassen, über deren Identität noch nichts bekannt ist. An Bord der nach einem Irrflug in Teheran gelandeten Maschine befinden sich außerdem noch fünf der sechs Besatzungsmitglieder. Ein Steward konnte während eines Zwischenstopps in Larnaca aus der Boeing entkommen.

Von den drei mutmaßlich iranischen Entführern sind außer Forderungen nach Lebensmitteln und Treibstoff bislang keine Gegenleistungen von den iranischen Behörden für eine Freigabe der Insassen verlangt worden. Nach Angaben der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur IRNA sollen sie lediglich gefordert haben, daß die Maschine wieder aufgetankt werde. Iranische Behörden bemühten sich, den Eindruck zu erwecken, daß es sich bei den Luftpiraten um Araber handele, die vermutlich aus Libanon stammten. Dagegen hatten die Behörden der Schweiz während der Zwischenlandung in Genf den Eindruck gewonnen, *daß es sich eher um Iraner handeln* könnte, die offenbar mit Handgranaten bewaffnet seien.

Wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtete, sind bei ihrem Teheraner Büro anonyme Anrufe eingegangen, in denen eine dem iranischen Revolutionsführer Khomeini ergebene Gruppe namens „Wächter des Islam" sich zu der Entführung bekannt hat. Als Forderung hätten die anonymen Anrufer verlangt, Frankreich solle fünf Häftlinge freilassen, die im Zusammenhang mit einem 1980 gescheiterten Anschlag auf den früheren iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren.

Die entführte Maschine war nach einem dramatischen Irrflug von knapp 13 Stunden in Teheran gelandet. Zuerst war sie von Frankfurt nach Genf umdirigiert worden. Von dort aus flog die Boeing 737 mit einem 15minütigen Zwischenstopp in Beirut nach Larnaca auf Zypern. Nach etwa 90 Minuten Aufenthalt startete die französische Verkehrsmaschine schließlich nach Teheran.

Cheysson will Engagement der EG in Mittelamerika

Caracas begrüßt Vorschlag des französischen Außenministers

AFP, Caracas/Mexiko-Stadt

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft streben eine stärkere Beteiligung bei der Beilegung der politischen Krise in Mittelamerika an. Dies kommt zuletzt in der Ankündigung des venezolanischen Außenministers Isidro Morales Paul zum Ausdruck, daß die *EG-Außenminister an einer* Konferenz mit ihren Amtskollegen aus fünf Ländern Mittelamerikas und der Contadora-Gruppe teilnehmen werden, die für den 28./29. September in der costaricanischen Hauptstadt San José geplant ist und nach Möglichkeiten einer Friedenslösung suchen soll.

Die 19 Minister werden versuchen, eine gemeinsame Haltung für die diesjährige UNO-Vollversammlung zu erarbeiten, kündigte Morales zum Abschluß des zweitägigen Venezuela-Besuches durch Frankreichs Außenminister Claude Cheysson an. Cheysson hatte der Regierung in Caracas vorgeschlagen, daß die EG sich in Mittelamerika stärker als bisher engagieren könne. Sein Angebot sei von Venezuela, das gemeinsam mit Mexiko, Kolumbien und Panama die Contadora-Gruppe bildet, begrüßt worden, sagte Cheysson in Caracas.

Europa sei durch die jüngsten gemeinsamen Beschlüsse so gestärkt, daß es die „politische Kapazität" für eine Initiative in Mittelamerika habe. Der Minister erläuterte jedoch nicht, welchen konkreten Beitrag die EG leisten könne. Er kündigte an, die europäischen Partner von seinem Vorschlag zu unterrichten.

Die Probleme Mittelamerikas müßten von den Ländern der Region gegen selbst gelöst werden, meinte der französische Außenminister. In der Frage, ob andere Staaten dabei eine Rolle spielen könnten, verwies er auf den „entscheidenden Einfluß" der Vereinigten Staaten. Er sei jedoch *„schockiert", daß die Länder der Region* ihr Schicksal einer ausländischen Macht anvertrauten.

Im mexikanischen Manzanilla hat die dritte Gesprächsrunde zwischen dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Mittelamerika, Shlaudemann, dem stellvertretenden nicaraguanischen Außenminister Tinoco und dem mexikanischen Außenminister Sepulveda begonnen.

Grünes Licht für Buschhaus

schw., Hannover

Die niedersächsische Landesregierung hat gestern die seit Wochen erwartete und wiederholt hinausgezögerte Betriebserlaubnis für das umstrittene Salzkohle- und Braunkohle-Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt erteilt. Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte dazu: „Buschhaus kann eine vorbildliche Anlage des Umweltschutzes werden. Ich bin sicher, daß der Termin für den Einbau der Entschwefelungsanlage eingehalten wird. Möglicherweise sind die Rauchgasfilter auch schon früher fertig." Ein Vertrag über die Vereinbarungen zwischen den Regierungen in Hannover und Bonn sowie dem Betreiberunternehmen BKB und Bonn sowie dem Betreiberunternehmen in Helmstedt sei in Vorbereitung.

Die Kosten der öffentlichen Hand bezifferte Albrecht auf zusätzlich etwa 300 Millionen Mark.

Geheimtelefone für Regierung und Parteien

E. N. Bonn

Die Einrichtung abhörsicherer Telefone mit Glasfaserkabeln zwischen dem Bundeskanzleramt, den Bonner Ministerien, dem Bonner Polizeipräsidium und den Parteizentralen von CDU, SPD und FDP hat Regierungssprecher Peter Boenisch damit begründet, daß die Stadt ein „besonders anfälliges Ortsnetz" habe. Dies sei durch verschiedene Abhöraffären der letzten Jahre ans Licht gekommen. Die Entscheidung über die Installation, die 90 Kilometer Glasfaserkabel umfaßt und die Post zehn Millionen Mark gekostet hat, sei unter der sozialliberalen Regierung am 2. Februar 1979 gefallen. Auch die Grünen, die bei der Installierung als Partei noch nicht existiert hätten, könnten einen Anschluß beantragen, sagte Boenisch.

Seite 18: Blitzanschluß

Flugblätter der Afghanen tauchen in der UdSSR auf

KNA, Moskau

In den Sowjetrepubliken der Tadschiken und Usbeken sind Flugblätter aufgetaucht, auf denen die afghanische Widerstandsbewegung „Hesbi-Islami" *die Bewohner auffordert,* sich der Bewegung der Freiheitskämpfer anzuschließen. Die Bewegung, die in Afghanistan gegen die sowjetischen Besatzungstruppen kämpft, versichert, daß sie schon 3000 Mitglieder in der Sowjetunion zähle. Sie unterhalte ständigen Kontakt zu diesen Gruppen.

Die Sowjetunion hatte vor kurzem erstmals indirekt zugegeben, daß die Rote Armee derzeit in Afghanistan einen Kriegseinsatz führt. Die Zeitung „Sowjetskaja Kirgisija" hatte berichtet, daß die Soldaten der Besatzungstruppen den Veteranen der sowjetischen Streitkräfte aus dem zweiten Weltkrieg gleichgestellt würden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freiheit abgeriegelt

Von Manfred Schell

Wir haben also unser Teil dazu beigetragen, den freien Westen wirksamer gegen Fluchtbewegungen aus Osten zu verriegeln. Die „Schleuse" in der Ostberliner Vertretung Bonns ist hiermit eröffnet worden. Sie ist zwar keine absolut sichere Vorkehrung dagegen, daß Deutsche es wagen, ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch zu nehmen, aber immerhin, sie besagt im Wege praktischer Maßnahmen, was man sonst nur von Aufschriften deutscher Amtsstuben kennt: „Bitte einzeln eintreten". Da weiß also jeder, der fliehen will, daß er seine Angehörigen zurücklassen muß. Psychologisch sehr geschickt.

Was die menschliche Seite betrifft, nun ja, man wird uns sagen, das geschehe im wohlverstandenen Interesse der Menschen. Auch wenn diese selber es nicht wohl verstehen. Denn über allem stehe doch die Errungenschaft der verbesserten Beziehungen. Oder wollen Sie etwa zum früheren Zustand zurück?

Der frühere Zustand war eine Treuhandstelle ohne pompöse Titel und ohne pompöse Ansprüche, die das, was geregelt werden konnte, sachlich oder menschlich, selbstverständlich genauso effizient regelte wie irgendeine Ständige Vertretung. Aber wer hatte schon eine Chance mit Hinweisen dieser Art in der schrillen Euphorie des Brandt-Bahr-Aufbruchs, als es zu den Glaubenssätzen gehörte, daß „aufgewertete" Beziehungen auch wertvollere Ergebnisse erbringen; wer konnte damals schon mit Warnungen durchdringen, daß solcherart aufgewertete Beziehungen uns in eine regelrechte Komplizenschaft hineinziehen könnten?

Dieser Tage hörte man, Mitteldeutsche (im beflissenen Jargon der Verlautbarer „DDR-Bürger" genannt) überlegten, gegen Buschhaus zu klagen. Wie, wenn einer von ihnen statt dessen in Karlsruhe anfragte, wie die Schleuse mit der Freizügigkeitsbestimmung des Artikels 11 des Grundgesetzes vereinbar ist? Würde man ihm antworten, sie werte ihn erst auf?

Waliser Landrecht

Von Wilhelm Furler

Die Zentrale der Südwaliser Sektion der britischen Bergleutegewerkschaft NUM in Pontypridd gleicht einer Festung. In ihren Büroräumen haben sich hundertfünfzig Funktionäre und Mitglieder dieser Gewerkschaft eingeschlossen und alle Zugänge mit Stacheldraht verbarrikadiert. Während der ganzen Nacht zum Mittwoch sind Lebensmittelvorräte in die „Festung" geschafft worden. Draußen vor dem Gebäude haben Hunderte demonstrierender Bergleute einen Menschen-Wall gebildet.

Der Countdown für die Machtprobe zwischen der Regierung Thatcher und der Bergleute-Gewerkschaft über die neuen Gewerkschafts-Gesetze hat begonnen. Dabei wird zugleich geprobt, ob die Autorität britischer Gerichte auch für die Gewerkschaften gilt.

Dem neuen Gewerkschaftsrecht zufolge trägt die NUM-Führung für Südwales Verantwortung für das Aufstellen von Streikposten, die Lastwagenfahrer an der Lieferung von Eisenerz und Kohle an ein Stahlwerk zu hindern versuchten. Ein Richter verurteilte jetzt die Südwaliser Bergleutegewerkschaft wegen Contempt of Court zur Zahlung einer Strafe in Höhe von 190 000 Mark, nachdem eine richterliche Verfügung, die Lkw-Fahrer unbehelligt zu lassen, mißachtet wurde.

Die Gewerkschaftsführung weigert sich, die Strafe zu zahlen. Infolgedessen muß es zwangsläufig zur Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen durch einen Gerichtsvollzieher kommen. Der Konflikt mit der Gerichtsbarkeit ist symptomatisch für die gesamte einundzwanzigwöchige Streikaktion von zwei Dritteln der britischen Bergleute, die von ihren militanten und linksradikalen Gewerkschaftsführern zur Anwendung von Gewalt gegenüber Polizei, arbeitswilligen Kollegen und unbeteiligten Dritten getrieben wurden.

Auch wenn ein Großteil der geschätzten 10,6 Millionen Mark Südwaliser Gewerkschaftsvermögens ins Ausland transferiert worden sein sollte, wird es den Gerichtsvollziehern kaum schwerfallen, über die Steuerberater der Gewerkschaft diesmal an die 190 000 Mark heranzukommen. Doch es geht nicht primär um Vollstreckungserfolge, es geht um die Frage, ob die Gewerkschaft ein Staat im Staate ist oder ob das Recht auch für sie gilt.

Hahnzogs Benehmen

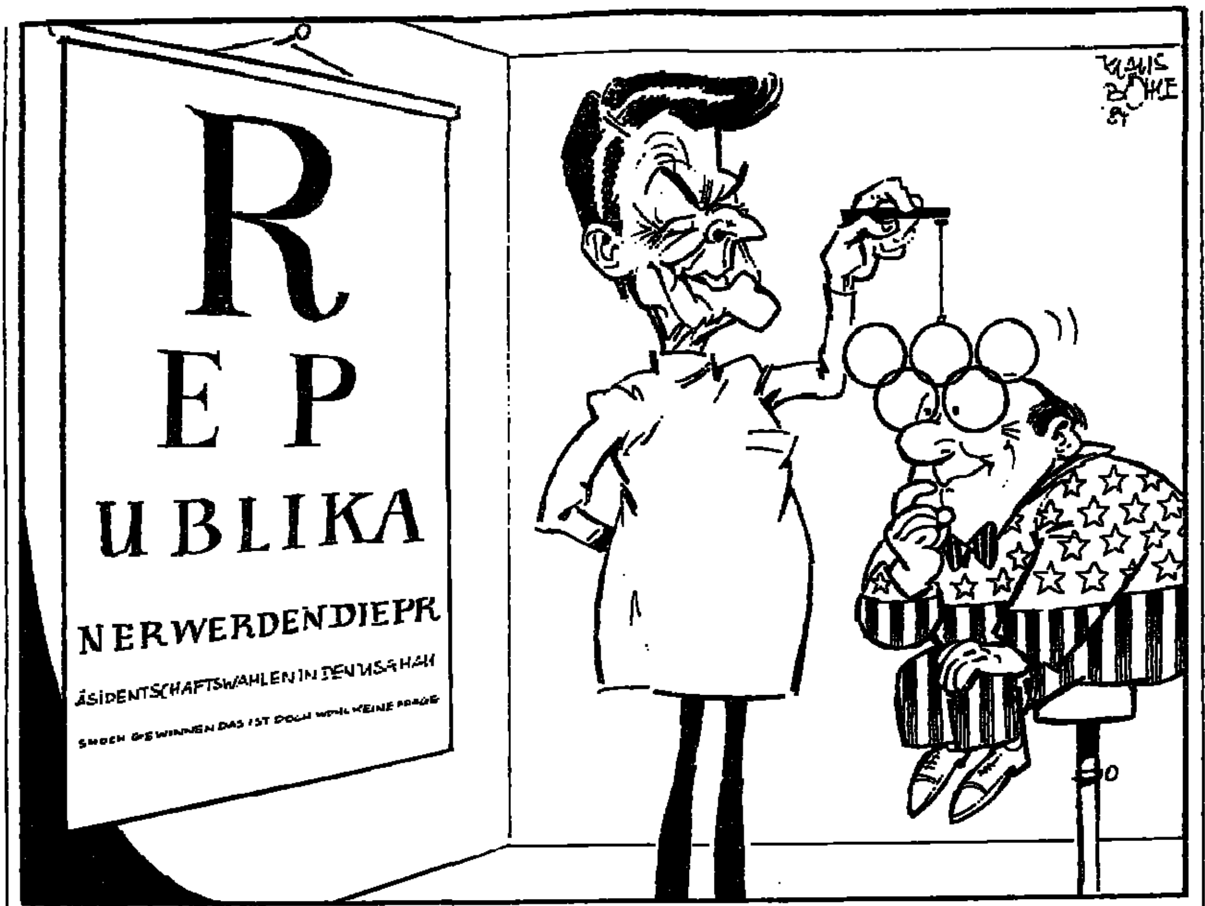
Von Enno v. Loewenstern

Wieder einmal muß man sich bei unseren amerikanischen Freunden für einen unserer Volksvertreter entschuldigen. Der Münchner Bürgermeister Klaus Hahnzog erschien bei einem Empfang für die Bundeswehrkommandeure in Bayern als Gastgeber nicht nur mit jener Taube am Rock, die allgemein als kommunistisches Symbol bekannt ist, er zitierte zu Ehren des genius loci (der Empfang fand im Ludwig-Thoma-Haus am Tegernsee statt) auch genüßlich einen Thoma-Satz, in dem vom Verprügeln der Amerikaner „bloß neutralitätshalber" die Rede ist.

Der amerikanische Verbindungsoffizier verließ den Empfang auf der Stelle unter Protest. Die deutschen Offiziere gingen auch ostentativ, aber leider erst, als ihr Bus nach zwei Stunden kam. Sie hätten natürlich ebenfalls sofort die Gesellschaft dieses Menschen verlassen müssen.

Die Quasi-Entschuldigung, die Hahnzog sich später abrang, macht die Sache eher noch schlimmer: Es sei ein Mißverständnis, er habe nur die Verbohrtheit des Schriftstellers darstellen wollen. Diese Eulenspiegeleien sind den Amerikanern mittlerweile geläufig; selbst wenn man sie mit Blut anspritzt, ist das angeblich immer anders gemeint, als es der normale Menschenverstand auffaßt. Daß Verbohrtheit eine Rolle spielt, speziell bei gewissen deutschen Schriftstellern, das ist freilich unbestritten. Nur hat solche Verbohrtheit eben leider auch die Partei des Genossen Hahnzog übermannt.

Sie zeitigt ihre schmerzlichsten Folgen immer dann, wenn sie sich mit jenem deutschen Humor paart, der Thoma-Zitate gegenüber Amerikanern für witzig hält, aber nie zuließe, daß etwa vor der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) der Thoma-Leitsatz über die Bayern, „der Meinung der Weiber achten sie wenig", genußvoll ausgebreitet wird. Oder daß russische Offiziere mit den bekannten Karl-Marx-Zitaten über russische Eroberungssucht oder russische Unterdrückung empfangen würden. Glücklicherweise haben die Amerikaner amerikanischen Humor und sagen sich: Proleten aller Länder, vereinigt euch – ihr könnt es; wir sind ja nicht „bloß neutralitätshalber", sondern zu eurem Schutz da.



„Ich hoffe, Sie sehen mit diesem Modell klarer?" KLAUS BÖHLE

Je vous ai compris

Von Heinz Barth

Es wäre eine Ungehörigkeit, Frankreichs sozialistischen Staatschef einen roten de Gaulle zu nennen. Aber in den drei Jahren, die er nun an der Spitze der fünften Republik steht, ist François Mitterrand über die Rolle des Parteiführers weit hinausgewachsen. Das Verfassungsinstrument, mit dem der General die Herrschaft des Gaullismus für alle Zukunft zu sichern gedachte, ist heute die schärfste Waffe in der Hand des Mannes, der von der anderen Seite kam.

Die rationale Intelligenz der Franzosen war sich seit der Frühjahrs-Revolte von 1968 stets bewußt, daß keine Persönlichkeit so groß und keine Verfassung für sie so maßgeschneidert sein kann, daß sie auf unbeschränkte Zeit unangreifbar für die schwankenden Stimmungen der Nation würde. In einer merkwürdigen Umkehrung der ursprünglichen Idee wird der auf sieben Jahre gewählte Präsident um so verletzbarer, je mehr ihn die ungewöhnliche Länge seiner Amtszeit nötigt, sich veränderten Umständen anzupassen, Wahlversprechungen zu vergessen und Programme zu retuschieren. Um Frankreich von der drückenden Last des Algerien-Problems zu befreien, mußte de Gaulle die Algier-Franzosen bitter enttäuschen und die Rebellion der Armee riskieren, die fest auf sein Wort („Je vous ai compris") vertraut hatte. Nichts anderes ist François Mitterrand in den letzten Monaten widerfahren.

Und mit der gleichen unbestechlichen Nüchternheit, mit welcher der General in der Algerienfrage den Schnitt führte, setzt Mitterrand das Skalpell bei der sozialistischen Wirtschaftspolitik an. Daß er damit die Mehrheit der Linksunion schockierte, von der er seit 1981 getragen wurde, schreckte ihn so wenig, wie sich de Gaulle seinerzeit von seinem Zerwürfnis mit vielen Gaullisten schrecken ließ.

Die Entschlußkraft, verbrauchte Mehrheiten in den Papierkorb der Geschichte zu werfen und sich neue Mehrheiten dort zu suchen, wo sie sich geformt haben, ist wohl das Kennzeichen eines Staatsmannes. Er wird dabei selten ohne einen Schuß Zynismus auskommen. Natürlich ist dem scharfen Blick Mitterrands nicht entgangen, daß sich nach dem Kolonialismus eine weitere nationale Legende überlebt hat – das sozialistische Pathos, wonach immer diejenigen im Recht sind, die vom Staat alles verlangen, und diejenigen im Unrecht, die etwas für ihn zu tun bereit sind. Was Desaster der Linken bei den Europa-Wahlen mag er als Bestätigung seiner Ahnungen empfunden haben.

Es eröffnet europäische Pespektiven, daß der französische Sozialismus nach drei Jahren Staatskapitalismus, Kapitalflucht und Nationalisierung wieder die Vorzüge einer freien Marktwirtschaft entdeckt. Die Wende, die sich da vollzog, bedurfte keiner Neuwahlen und keiner Veränderung der Koalitionen. Sie vollzog sich im Kopf des Staatschefs, der erstaunlich schnell zur Mitte schwenkte, als ihm der Massenaufmarsch der Millionen gegen die laizistische Schulreform klar machte, daß er gegen eine Grundregel der französischen Lebensform verstoßen hatte: die im Erziehungswesen noch nie angetastete Sicherheit der Bürger vor einer staatlichen Einmischung in ihre familiären Angelegenheiten.

Ein für einen Sozialisten ungewöhnliches Maß an innerer Freiheit, ideologische Bindungen abzustreifen, muß Mitterrand bescheinigt werden. Die Wirtschafts- und die Kulturpolitik sind dafür nicht die einzigen Beispiele. Noch tiefer haftet der Eindruck, den er vor



De Gaulles Instrument für den Mann der anderen Seite: Mitterrand FOTO: DE DECKER/STUDIO X

bald zwei Jahren im Bundestag hinterließ, als er zur Enttäuschung der Sozialdemokraten ein Bekenntnis zur europäischen Solidarität und zur Verbundenheit mit den USA ablegte, das nicht ohne Einfluß auf die Wahl vom 6. März blieb. Keiner seiner bürgerlichen Vorgänger hatte sich so entschlossen von der konventionellen Entspannungs-Prosa entfernt. Und keiner der heutigen europäischen Führer hat mehr dafür getan, die Vorurteile gegen Reagans Politik der Stärke auf die richtigen Proportionen reduzieren und den ausschweifenden Anti-Amerikanismus der Verbündeten zu bändigen, als François Mitterrand, ein vielfach bewährter Atlantiker.

Immer wenn die Franzosen in politische oder anderweitige Schwierigkeiten geraten, reden sie viel und gern von „Rassemblement", von der Zusammenfassung aller Kräfte. Sie hat noch nie stattgefunden. Sie findet allenfalls in der Person einer nationalen Figur statt, wie sie der General war und wie sie sein heutiger Nachfolger zu werden verspricht. Vor zwanzig Jahren holte sich de Gaulle mit Georges Pompidou aus dem Haus Rothschild einen versierten Technokraten und idealen Vollzugsbeamten, wie dafür geschaffen, die Intentionen des Elysée zu verwirklichen. Es darf davon ausgegangen werden, daß Mitterrand sich daran erinnert hat, als er Laurent Fabius, einen jungen Pragmatiker und Wirtschafts-Experten, zu seinem neuen Regierungschef machte.

Und wie er Macht und Verantwortung noch fester als bisher in der Hand des Staatschefs zu konzentrieren sucht, das zeigt die Ankündigung, mittels Verfassungsreform eine breitere Basis für Volksbefragungen zu schaffen. Das ist nicht zuletzt der Versuch eines kühlen und rationalistischen Mannes, unter Umgehung des Parlamentes direkt zum Herz der Massen durchzustoßen – ein Herrschaftsanspruch, dem nicht alle Sozialisten folgen werden. Wenn das nicht gaullistisch gedacht ist, hat es nie einen Gaullismus in Frankreich gegeben. François Mitterrand ist dabei, in die Schuhe des Generals zu steigen.

IM GESPRÄCH Zoltan Kaldy

Dienstmann des Regimes

Von Wolfgang Thielmann

Der ungarische Bischof Dr. Zoltan Kaldy hat es geschafft: Er ist zum Präsidenten des Lutherischen Weltbundes (LWB, etwa 54 Millionen Mitglieder) gewählt worden. Zwei Jahre lang hat der 65jährige auf diesen Tag hingearbeitet, Kritik unterdrückt und Gegner denunziert. Seine 430 000 Mitglieder umfassende Kirche hatte die Vollversammlung des Weltbundes vom 22. Juli bis 5. August nach Budapest eingeladen. 173 der 320 Delegierten revanchierten sich mit der Wahl.

Schon vor zwei Jahren hatte die von ihm geführte Kirchenleitung an die – freilich ungeschriebene – Regel erinnert, daß die gastgebende Kirche bei der alle sieben Jahre stattfindenden Vollversammlung jeweils auch den dort zu wählenden Präsidenten stellt. Je näher die Vollversammlung rückte, desto mehr wuchs allerdings die Kritik an Kaldy. Eine typische Äußerung des frommen Mannes vor ungarischen Kirchenführern: Die Berliner Mauer helfe, „den Frieden zu sichern". Überhaupt sei es nur der Geduld der Sowjetunion zu verdanken, daß bis heute weltweit Frieden herrsche. Was den Frieden im Weltabschnitt Afghanistan betrifft, so nannte er den Einmarsch eine „Niederlage des Kapitalismus". Der Bischof ist übrigens Mitglied des ungarischen Parlaments und arbeitet dort im außenpolitischen Ausschuß mit. Daß er dann auch der prosowjetischen Christlichen Friedenskonferenz (CFK) angehört, versteht sich von selbst.

Seine staatliche Tätigkeit ist ein Teil der von ihm geförderten „Theologie des Dienstes", die er so erklärt: eine „dienende Kirche" bemühe sich „um den Fortschritt, um die Entwicklung unseres Volkes und um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft". Das ging selbst Theologen aus der „DDR" zu weit, die ihre Situation als „Kirche im Sozialismus" beschreiben. Hier werde „eine Kirche des Sozialismus" geformt, argwöhnte man in Budapest hinter vorgehaltener Hand. Aber wer in den Konflikt mit



Frommes Lob für die Mauer: Kaldy FOTO LACHMANN

dem Staat gerate, dem gelte der Dienst einer solchen Kirche nicht mehr. Dessen Leid gilt als „selbstverschuldet". Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa werden von dieser Theologie übergangen.

Von Pastoren seiner Kirche wurde Kaldy im Vorfeld und im Verlauf der Vollversammlung vorgeworfen, er fordere bedingungslose Unterwerfung unter diese prosozialistische Theologie und denunziere jeden Andersdenkenden unter den Geistlichen. Kaldy dementierte, bestätigte aber die Kritik durch sein Verhalten. Als während der Vollversammlung ein Brief des ungarischen Pfarrers Zoltan Doka auftauchte, der Kaldy „theologischen Terror" und eine rigidere Pressezensur als im Staat sonst üblich vorwarf, reagierte der Bischof mit dem Hinweis auf die mißliche familiäre Situation des Kritikers. Seinen Vorgänger im leitenden Bischofsamt, den regimekritischen Lajos Ordass, hatte Kaldy völlig isoliert und sogar vom Gottesdienst fernzuhalten versucht. Natürlich wird Kaldys Verhalten mit „staatlichen Pressionen" entschuldigt. Aber andere verhalten sich unter gleichen Pressionen anders. Sicher ist, daß der neue Präsident für den Lutherischen Weltbund eine schwere Belastung ist, auch wenn er nicht allzuviel zu sagen hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hauptthema der Kommentare war gestern die Buschhaus-Lösung:

Rhein-Zeitung

Die Fraktionen hätten von den Regierungen in Bonn und Hannover vorher nähere Aufklärung verlangen sollen. Doch diese waren offenbar selbst nicht im Bilde. So ergibt sich ein Defizit an Koordination und Sorgfalt ... *Dieses Problem geht allerdings* nicht nur auf das Schuldkonto der Union. Es war der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Matthöfer, der einbrockte, was sein christdemokratischer Nachfolger Stoltenberg jetzt auslöffeln muß. **(Koblenz)**

SÜDWEST PRESSE

Die vielzitierte Entschließung des Bundestags vom 28. Juni war ja vor allem ein Persilschein des Parlaments für sich selbst, in Sachen Umweltschutz sich von niemand (und vor allem nicht von den Grünen) übertreffen zu lassen. **(Ulm)**

NORDWEST-ZEITUNG

Vor allem bei der CSU sind die Zweifel an der Zuverlässigkeit des Koalitionspartners FDP gewachsen. Aber auch der Regierungsstil Bundeskanzlers Kohl ruft immer häufiger Kopfschütteln hervor. **(Oldenburg)**

Schwarzwälder Bote

Die Bundestagssondersitzung über das umstrittene Kraftwerk Buschhaus war der Höhepunkt einer teilweise künstlich aufgeputschten politischen Erregung, die fast zum Koalitionsbruch in Bonn geführt hatte. Das sachliche Ergebnis kann sich trotzdem sehen lassen. **(Oberndorf)**

WESTFALENPOST

Das Wende-Ja des Bundestages setzte sich gestern aus verschiedenen Kanälen zusammen. Bei der SPD hat der Bergmann Schmidt noch eine Reihe Zweifler auf die Seite von Albrecht gebracht. Bei den Regierungsparteien hat die Koalitionskrise geholfen, manche pochenden Umwelt-Gewissen zu besänftigen. **(Hagen)**

RHEINISCHE POST

Bundeskanzler Kohl, Innenminister Zimmermann und Ministerpräsident Albrecht müssen sich fragen lassen, warum sie ihre Erkenntnisse und ihre neuen Absichten erst jetzt auf den Tisch gelegt haben. Die können doch nicht im Laufe eines einzigen Monats gereift sein. **(Düsseldorf)**

Westfälische Nachrichten

Was jetzt mit einem Aufwand von weiteren 50 Millionen DM allein aus Bonn an Verbesserungen erzielt werden konnte, half allenfalls der FDP, wengistens vor sich selbst das Gesicht zu wahren und die Koalition nicht an einigen ministeriellen Fehleinschatzungen platzen zu lassen. **(Münster)**

Wenn die Prawda warnt und die Iswestija ermutigt

Widersprüche inmitten der östlichen Abschottungsbemühungen / Von Carl Gustaf Ströhm

Der *Monolith hat es wieder einmal* mit den Deutschen – diesmal aber merkwürdig differenziert. Erst wetterte die ideologisch maßgebende Moskauer Parteizeitung „Prawda" gegen allzu enge Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin. Es klang wie eine Warnung an Honecker am Vorabend seines Besuches in der Bundesrepublik. Der „Prawda"-Artikel paßte ganz ins Bild einer sich abschottenden, militant gegen den Westen auftretenden Sowjetunion.

Aber diese neue Generallinie wurde nicht etwa widerspruchslos vom ganzen Ostblock aufgenommen. Zuerst meldete sich Budapest: Die Gewerkschaftszeitung „Nepszava" lobte ostentativ die Außenpolitik der „DDR", die zur Entspannung in Europa wesentlich beitrage. Noch größer wurde die Überraschung, als die „Iswestija", das sowjetische Regierungsblatt, kurz danach für eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung in Richtung Westen plädierte und dabei die Aufnahme westlicher Kredite durch kommunistische Staaten mit einem geradezu kapitalistischen Glaubensbekenntnis rechtfertigte: „Jede Bank ist auch dazu da, Geld zu verdienen und es mit Zinsen zurückzubekommen."

Ein Pressekrieg dieser Art ist im real existierenden Sozialismus kein ganz neues Phänomen. Bereits im Frühjahr kam es zwischen der CSSR-Parteipresse und der ungarischen KP-Führung und deren Blättern zu Auseinandersetzungen. Prag rügte damals jene kommunistischen Länder, die sich auf Kosten der übrigen „sozialistischen Gemeinschaft" bei den westlichen Kapitalisten Vorteile sicherten und eine „separatistische" Außenpolitik betrieben. Darauf erklärten die Ungarn, sie fühlten sich durchaus zu „unabhängigen Initiativen" in der Außenpolitik berechtigt.

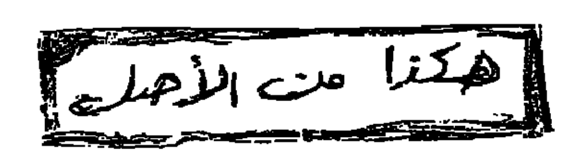
Was damals erstaunte, war die Tatsache, daß die Ostberliner Parteipresse die ungarischen Positionen gegen Prag auf breitem Raum nachdruckte. Während die SED-Führung sich noch vor wenigen Jahren über das ungarische Reformexperiment – damals übrigens Arm in Arm mit den Tschechen – abfällig zu äußern pflegte, war jetzt offenbar eine Interessengemeinschaft zwischen Ost-Berlin und Budapest entstanden. Das jüngste Plädoyer der Budapester Gewerkschaftszeitung für den Honecker-Kurs in Richtung Bonn zeigt, daß diese Interessengemeinschaft fortlebt. Obwohl in der Innenpolitik zwischen Ost-Berlin und Budapest große Unterschiede bestehen – die ungarische Führung sperrt ihr Volk nicht in den eigenen Grenzen ein –, sind beide Regime aus wirtschaftlichen wie aus politisch-psychologischen Gründen dringend daran interessiert, sich den Weg nach Westen (und das heißt im Fall Ost-Berlins den Weg in die Bundesrepublik) offenzuhalten.

Zu den Kuriositäten gehört auch die Wiederentdeckung des lange Zeit aus dem Arsenal gestrichenen „deutschen Revanchismus" und einer angeblichen „germanischen Gefahr" durch Jaruzelski – vor kurzem noch war es die SED, die ihrerseits gegen polnische Aufweichungstendenzen vom Leder zog. Jaruzelski war es, nicht Honecker, der sich soeben über den Einzug der deutschen Mannschaft unter G wie Germany in Los Angeles erregte. Dabei will Jaruzelski selber westliche Kredite.

Jedenfalls schien Budapest ebenso wie Ost-Berlin im Widerspruch zu gewissen Tendenzen der Moskauer Politik zu geraten, so daß man vermuten konnte, der „große Bruder" werde beide rigoros zur Ordnung rufen. Warum das bisher nicht geschah, erklärt nun der jüngste „Iswestija"-Artikel: Während noch unlängst in Moskauer und Prager Kommentaren vor allzu großer Kreditaufnahme im Westen gewarnt und Polen als böses Beispiel genannt wurde, ermuntert nun das sowjetische Regierungsorgan die westlichen Banken geradezu, dem Osten Geld zu verleihen und dabei gute Geschäfte mit Zinsen zu machen. Dies wenige Tage, nachdem der neue Milliardenkredit an Ost-Berlin publik wurde.

Die Frage stellt sich also, ob es im Kreml zwei unterschiedliche Konzeptionen gibt. Das würde auch erklären, warum die Ungarn ebenso wie auch die SED-Führung um Honecker ihren bisherigen Weg trotz des Donnergrollens der „Prawda" unbeirrt fortsetzen.

Und es gibt eine Überlegung, weshalb justament das Moskauer Regierungsblatt des Wirtschaftsfachmannes und Regierungschefs Tichonow sich derart bankenfreundlich zeigen mag: der Kreml hat mit den Osteuropäern gerade ein Gespräch über den Bau einer weiteren Gas-Pipeline speziell zu ihrer Versorgung eingeleitet. Wer soll die bezahlen? Und zu welchem außerhalb der Weltmarktkonkurrenz stehenden Preis? Kann man damit etwas von den ideologisch bedenklichen Ostberliner bis Budapester Reichtümern abschöpfen? Funktionäre haben bekanntlich bei aller Glaubensstärke eine sinnliche Beziehung zur Kasse. Das alles kündigt nun ganz gewiß keinen realsozialistischen Meinungspluralismus an, aber Mammon kann schon mal zu Haarrissen in Monolithen führen.



Die Stabilität der Preise überrascht selbst die Experten

Die niedrigste Inflationsrate seit 1969 ist erreicht – eine Entwicklung, die auch Finanzexperten überrascht. Indes: Stabile Preise beflügeln zwar Konjunktur und Beschäftigung, bergen aber auch Probleme.

Von PETER GILLIES

Statistisch ist das erfreuliche Bild eindeutig: Von Juni auf Juli stiegen die Preise schon nicht mehr, sondern sanken sogar um 0,1 Prozent. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat entspricht dies einer Preissteigerungsrate von 2,2 Prozent. Diese rückwärtsgewandte Betrachtung gibt jedoch die wirkliche Stabilisierung nicht voll wieder. Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, nennt die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung etwas unterkühlt „erfreulich". Nach angelsächsischer Rechnung kämen die Deutschen schon heute auf eine Preissteigerung von nur 1,5 Prozent; betrachte man nur die Sommermonate, sei die Kaufkraft der Deutschen Mark sogar absolut stabil.

Den bestechenden Vorteil dieser Entwicklung sieht der Wirtschafts-Staatssekretär darin, daß ein inflationsfreier Aufschwung länger anhält als einer, bei dem die Preise gleich am Anfang überschäumen. So stiegen tendenziell auch die Beschäftigungsmöglichkeiten.

Keine „Eintagsfliege": die Eins vor dem Komma

Verhagelt der bärenstarke US-Dollar das gute Preisklima bei uns? – Zwar ströme durch die starken Importverteuerungen auch Inflation ein, entgegnet Schlecht, aber das sei „nicht dramatisch". Zusammen mit einer moderaten Lohnentwicklung verbesserten und verstetigten sich die Konjunkturaussichten beträchtlich.

An eine „Eins vor dem Komma" im August oder September glaubt auch Professor Norbert Walter (Institut für Weltwirtschaft, Kiel). Das sei „keineswegs eine Eintagsfliege", sondern ein recht stabiler Trend. „Aber eine Erklärung ist gar nicht so einfach", räumt der Ökonom ein. Die internationale Koordinierung bei der Inflationsbekämpfung (durch die Zentralbanken) seit Beginn der achtziger Jahre sei wohl ein Grund, die behutsame und manchmal strenge Geldpolitik der Bundesbank ein anderer.

„Aber da gibt es Leute, die mögen eine Welt der Stabilität gar nicht", meint Walter. Die Mentalität, ein schäumender Konjunkturboom sei zwingend mit hoher Inflation verbunden, ist nach seiner Ansicht noch weit verbreitet. Beispiel Immobilienmarkt: Die Preisberuhigung, manchmal gar Preiseinbrüche, bringe Finanziers und Banker in Schwierigkeiten. Sie hätten die Objekte oft mit Hypotheken beliehen, die auf überhöhten Wertvorstellungen basierten und stetige Inflation unterstellten. Wenn durch erfolgreiche Stabilitätspolitik der Schleier der Geldillusion weggezogen werde, breche das Finanzgebäude nicht selten zusammen.

Auch wer feste und hohe Zinsen zu tragen habe, die er in ständig stabilerer Kaufkraft entrichten müsse, sei „bitter dran". Gleiches gelte für Arbeitgeber, die in der jüngsten Tarifrunde Lohnzugeständnisse machten, bei denen sie stillschweigend eine Inflationsrate von drei oder mehr Prozent unterstellten. Die Gewerkschaften dürfen sich dagegen ins Fäustchen lachen, denn die reale Lohnerhöhung fällt höher als geplant aus.

Eindeutige Gewinner einer stabilen Kaufkraft sind jedoch nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Rentner und Sparer. Gerade die Ruheständler, die nach Jahren hoher Zuwachsraten 1984 mit einer Rentenerhöhung von netto nur 1,3 Prozent vorliebnehmen müssen, profitieren von der Stabilisierung ihrer Kaufkraft. Der Bundesarbeitsminister sieht dies jedoch mit gemischten Gefühlen, ist er doch für seine Rentenkassen auf möglichst hohe nominale Einnahmen angewiesen. Auch der Finanzminister, der hochverzinsliche Staatsanleihen mit Zinsen bedienen muß, stöhnt wie ein Hypothekenschuldner unter einer real steigenden Zinslast.

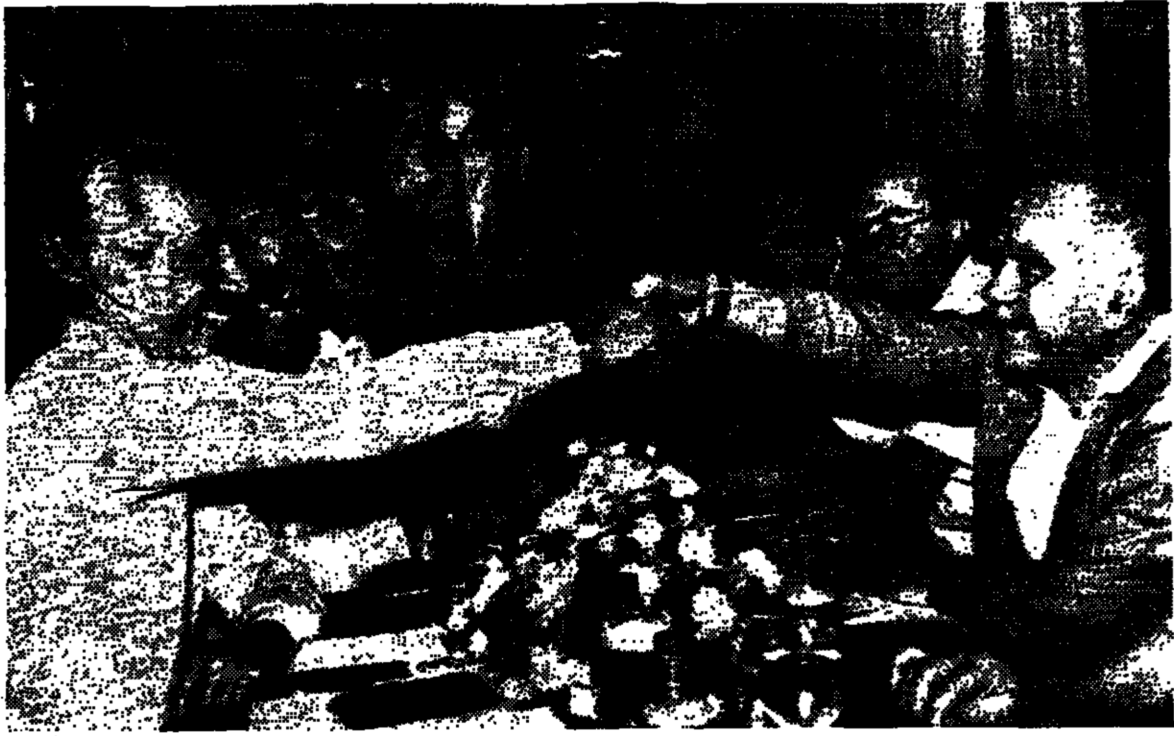
„Feiern allein genügt nicht", meint Professor Kurt Schmidt (Mainz), der zehn Jahre im Sachverständigenrat („Die fünf Weisen") saß. Man müsse sich vielmehr ins Gedächtnis zurückrufen, daß Stabilität der Preise die beste Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze sei. „Inflation fördert Wachstum nur so lange, wie die Leute an diese Illusion glauben."

„Auch wir sind von der Preisentwicklung überrascht", heißt es im Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Bonn. Mit Inflationsraten zwischen einem und zwei Prozent sei die deutsche Volkswirtschaft der Preisniveau-Stabilität, wie sie die Bundesbank definiert habe, „verdammt nahe". Die Sparer hätten „allen Grund zur Zufriedenheit". Wichtiger jedoch sei die Kräftigung der Konjunktur durch Stärkung der realen Kaufkraft. Im Sparkassenverband wundert man sich darüber, daß die Öffentlichkeit diese gute Nachricht kaum zur Kenntnis nimmt.

Bangemann will Erfolge besser darstellen

Auf diese Frage weiß auch Staatssekretär Schlecht keine Antwort. Er habe jedoch dem neuen Bundeswirtschaftsminister empfohlen, dieses Thema offensiver darzustellen. Am 8. August wird Minister Bangemann vor dem Bundeskabinett die Wirtschaftslage umreißen und in einer anschließenden Pressekonferenz die Erfolge an der Stabilitätsfront gebührend herausstreichen.

„Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts" – dieses Zitat aus dem Schatzkästlein des Karl Schiller ist auf andere Art wieder aktuell. Vielleicht reagiert der Bürger auf Inflation wie auf Krankheit: Den Wert der Gesundheit erkennt er erst, wenn er krank geworden ist.



Klassenziel große Koalition: Shimon Peres (links) und Yitzhak Shamir gestern im King David FOTO: UPI

Israels Probleme lassen den Gewählten keine Wahl

Eine schwindelerregende Lohn-Preis-Spirale, die die Inflation in diesem Jahr auf 400 Prozent treibt, erheblich schwindende Devisen-Reserven, ein großes Defizit in der Zahlungsbilanz: Israel scheint keine Alternative zur großen Koalition zu haben.

Von EPHRAIM LAHAV

Im Zimmer des altehrwürdigen King David Hotels trafen sich gestern mittag die zwei Hauptfiguren der *Koalitionsverhandlungen*, Premierminister und Likud-Chef Yitzhak Shamir (69) und der Vorsitzende der Arbeiterpartei Shimon Peres (61). Die beiden begannen „Vorgespräche" über die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit", über *eine große Koalition, die ein möglichst* breites Spektrum der vierzehn Fraktionen umfassen soll, die in die neue Knesset gewählt worden sind.

Beide Blöcke geben freimütig zu, daß sie lieber eine kleine Koalition bilden würden. Nur hat die politische Wirklichkeit *gezeigt, daß solche* Regierungen zu brüchig wären, um effektiv regieren zu können.

Die „Regierung der Nationalen Einheit" hat sich seit dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse vom 23. Juli zur meistgebrauchten, aber auch *meist mißbrauchten Vokabel in Israel* entwickelt. Der Gedanke wird ebenso leidenschaftlich befürwortet wie bekämpft. Der linke Flügel der Arbeiterpartei wendet ein, daß eine Koalition der beiden Antipoden die Grundidee der Demokratie verfälsche, weil *sie die Opposition liquidiere und* dadurch der Willkür Tür und Tor öffne.

Peres selbst sagte noch am Dienstag, nachdem er dem israelischen Staatspräsidenten Herzog versprochen hatte, eine große Koalition anzustreben, falls er den Auftrag zur *Regierungsbildung bekäme, Likud* und Arbeiterpartei hätten grundverschiedene Endziele, die sich einfach nicht vereinbaren ließen. Diese Betrachtung läßt die Tatsache außer acht, daß große Koalitionen kein Novum in westlichen Demokratien sind. Sie sind in der Bundesrepublik und in Österreich, aber auch schon zweimal in Israel selbst mit Erfolg angewandt worden. Das erste Mal geschah dies in Israel in den Notstandstagen vor Ausbruch des Sechstagekrieges im Juni 1967. Damals erhielt Begin zum ersten Mal einen Ministerposten, und viele meinen, sein Aufstieg in der Politik bis zum Regierungschef habe damals begonnen. Doch auch nachdem der Notstand vorüber war, nach den Wahlen des Jahres 1969, wurde eine solche Regierung gebildet.

Die Befürworter der großen Koalition sagen nun, der Notstand sei gerade jetzt gegeben. Die wirtschaftliche Lage sei so schlecht, daß sie nur beide Blöcke gemeinsam meistern könnten. Der beredtste Apostel dieser Anschauung ist der ehemalige Finanzminister Yigal Hurwitz, der unter dieser Losung eine neue Partei aufstellte und mit ihr allerdings nur ein Mandat bei den Wahlen gewann, wenngleich heute sechs andere Parteien seine Ansicht teilen.

Hurwitz: „Die Gegensätze zwischen Likud und Arbeiterpartei liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik. Was Libanon betrifft, sind beide Blöcke einig darüber, daß Israel sobald wie möglich seine Truppen abziehen soll. Der andere Hauptunterschied liegt in der Einstellung zu den besetzten Gebieten. Der Likud ist gegen jeden territorialen Verzicht, während die Arbeiterpartei für einen Kompromiß eintritt. Der Likud will auf dem ganzen Westufer des Jordan Siedlungen anlegen, die Opposition nur in jenen Gebieten, auf die auch sie nie verzichten will." Aber all dies werde in den nächsten zwei bis vier Jahren nicht aktuell werden.

Das große Sorgenkind ist die Wirtschaft. Es geht jetzt nicht mehr bloß um die Bekämpfung der Inflation, obwohl auch sie mit rund 400 Prozent *im Jahr den Israelis das Leben* schwer macht. In Frage steht jetzt vielmehr die nackte Solvenz des Staates. Die Devisen-Reserven sind auf 2,6 Milliarden Dollar gefallen. Sie liegen also um 400 Millionen unter der von der Staatsbank festgesetzten Gefahrengrenze.

Das Defizit in der Zahlungsbilanz im Juni betrug 238 Millionen Dollar. Für Juli liegen die Statistiken noch nicht vor, es wird aber geschätzt, daß sie die Juni-Ziffern noch übersteigen. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres belief sich das Defizit auf insgesamt 1,3 Milliarden.

Das einzigartige an der israelischen Finanzmisere ist, daß sie im Inland nur störend, aber keineswegs katastrophal wirkt. Preiszettel in Geschäften müssen alle paar Tage geändert werden. Wer Bargeld bekommt, behandelt es wie heiße Kartoffeln und verwandelt es so schnell wie möglich in Ware oder starke Fremdwährung.

Aber der Lebensstandard leidet darunter nur teilweise, denn Löhne und Gehälter sind an den Lebenshaltungskosten-Index gebunden. Diese Indexierung ist es, die einen Teufelskreis zwischen Preis- und Lohnanstieg geschaffen hat. Während Gewerkschaften in den meisten westlichen Ländern um inflationsbedingte Lohnaufbesserungen verhandeln müssen, erfolgt dies in Israel fast automatisch. Um die überhöhte Lohnrechnung zu begleichen, muß die Notenpresse Überstunden machen. Das Brechen dieser Spirale muß das Kernstück jeder Finanzreform sein. Dies ist aber unmöglich, wenn nur einer der beiden Blöcke an der Macht *ist. Der gegnerische Block würde jede* solche Absicht vereiteln.

Vermutlich aus dieser Erwägung heraus haben beide Blöcke – vorläufig nur grundsätzlich – erklärt, sie würden in einer „Regierung der Nationalen Einheit" nicht unter allen *Umständen das Amt des Ministerprä*sidenten für sich beanspruchen. Der Likud könnte sich mit Peres an der Spitze und die Arbeiterpartei mit Shamir abfinden.

Beiden ist es auch klar, daß Israel kein armes Land zu sein braucht. Es *hat in den letzten Jahren derart posi*tive Ansätze in der Entwicklung hochwertiger Ausfuhrindustrien gezeigt, daß es nur eine Frage der inneren Organisation ist, bis das Land auf eigenen Füßen stehen kann. (SAD)

Ticket-Fieber im Hollywoodpark

Von FRITZ WIRTH

Es war zwölf Uhr. Los Angeles kochte unter glühender Mittagshitze. In dieser Glut standen in langer Schlange ein paar Tausend Amerikaner. Sie hatten etwas sehr Unamerikanisches getan. Sie, die es gewohnt sind, mit Plastikgeld durch's Leben zu gehen, hatten die Taschen voller Bargeld gestopft.

So waren sie zum Hollywoodpark in Inglewood hinausgezogen. Einige schon um sieben Uhr am Morgen. Im Hollywoodpark werden keine Olympia-Medaillen vergeben. Wer normalerweise in Los Angeles mit viel Geld in der Tasche zum Hollywoodpark hinauszieht, hofft, mit mehr Geld wieder nach Hause zu kommen. Hollywoodpark ist die Pferderennbahn der Stadt. Am Eingang grüßt eine Statue des Wunderjockeys Willy Shoemaker.

Heute hatten sie diese Rennbahn zum Schauplatz einer olympischen Ticketmesse gemacht. 100 000 Eintrittskarten waren auf den Markt gekommen, in der Regel erstklassige Plätze. Es waren nicht irgendwelche Tickets, es war olympisches Boykott-Gut. Es waren die Tickets, die von jenen 19 Ländern wieder nach Los Angles zurückgesandt worden waren, die den Spielen fernblieben. Sie kamen aus dem Ostblock also und aus Kuba.

Ich sprach mit einem Dutzend Amerikanern in dieser Kaufkette. Es waren die bisher erstaunlichsten Begegnungen dieser Spiele. Nein, keiner von ihnen war herausgekommen, es den Boykotteuren zu zeigen. Keiner begriff es als eine vaterländische Tat, nun zum olympischen Resteverkauf anzutreten. Es interessierte sie überhaupt gar nicht, woher die Karten kamen.

Statt dessen war es die Begegnung mit dem erstaunlichsten Phänomen dieser Spiele, dem plötzlich erwachten Olympia-Fieber der Bürger von Los Angeles. Sie hatten diesen Spielen bisher eher skeptisch-kühl gegenübergestanden und waren nicht bereit, dafür Geld zu zahlen. Nun plötzlich identifizierten sie sich mit diesen Spielen und packten ihre Taschen mit Geld voll, um dafür zu zahlen, cash auf den Tisch, denn Schecks werden nicht angenommen im Hollywoodpark.

Was den Wandel auslöste? Die Antworten sind fast unisono: Es waren der olympische Fackellauf und die Eröffnungsfeier. „Ich begriff *plötzlich, daß hier etwas passiert,* was mir nur einmal in meinem Leben über den Weg läuft", sagte beispielsweise Shirley Travers, die ihr Geld, das sie hier im Hollywoodpark an die Kassen Olympias bringt, als Fernsehproduzentin verdient. Dieses „Once in a lifetime"-Gefühl, die plötzliche Furcht, etwas verpassen zu können, dazu ein stolzer, aber keineswegs aufdringlicher Patriotismus, der sich hier seit einigen Tagen in Los Angeles ausgebreitet hat, und die täglich wachsende amerikanische Medaillenflut sind die Symptome des plötzlich ausgebrochenen Olympia-Fiebers in dieser Stadt.



Die Szene im Hollywoodpark gleicht einer Börse. Im „Winners Circle Room" sind handgeschrieben die letzten Ticket-Kurse notiert: Leichtathletik am 10. August um 16.30 Uhr: 50 Dollar. Box-Semifinale: 30 Dollar. Schwimmen am 4. August: 95 Dollar. Am meisten gefragt sind Kunstturnen und Basketball. Einige lassen bis zu 600 Dollar an der Kasse.

Als ich den Hollywoodpark verlasse, ist die Schlange vor den Toren der Rennbahn einen Kilometer lang geworden. Die Letzten ahnen nicht, daß sie mindestens noch bis sechs Uhr am Abend werden warten müssen, um ihr gebündeltes Bares gegen Boykottgut einzutauschen.

Wer immer in diesen Tagen in Moskau, Budapest oder Dresden wehmütig und aus unfreiwilliger Ferne auf diese Spiele schaut, hat einen – wenn auch schwachen – Trost: Seine Karten sind in guten Händen. Er fand enthusiastische, fiebernde und dankbare Platzhalter.



Resteverkauf im Hollywoodpark: Olympia-Karten nur gegen Bares FOTO: DPA

Union will neue Steuerung der Krankheitskosten

dpa, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen besser untereinander abstimmen. Die gesundheitspolitischen Sprecher der Unionsparteien, Hermann Kroll-Schlüter (CDU) und Kurt Faltlhauser (CSU) setzten sich gestern für mehr *marktwirtschaftliche Steuerung im* Gesundheitswesen ein, z. B. durch mehr Information über Preise und Leistungen, prozentuale Selbstbeteiligung und neue Regeln für die Arbeit der konzertierten Aktion in diesem Bereich.

Isolierte Vorschläge zur Selbstbeteiligung, wie sie am 24. Juli der FDP-Fraktionsvorsitzende Dieter Julius Cronenberg in der WELT gemacht hatte, seien nicht geeignet, das Problem der Kostendämpfung zu lösen. Die Abgeordneten forderten insbesondere gesundheitsfördernde Maßnahmen sowie eine bessere Ausbildung für die medizinischen Berufe. Besonders vordringlich sei die Reform der Krankenhaus-Finanzierung. Den Kassen solle mehr Verantwortung bei der Planung gegeben werden.

Streiks: Drastischer Produktionsrückgang

gil. Bonn

Die industrielle Produktion ist im Streikmonat Juni dramatisch abgesackt. Gegenüber dem Mai schrumpfte der Ausstoß um 9,5 Prozent. Bei den Investitionsgüterherstellern wurde ein Minus von 19,5 Prozent festgestellt, in der Autobranche gar von 60 Prozent. Diese Zahlen nannte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, gegenüber der WELT.

Das Ministerium geht jedoch trotz dieses Einbruchs davon aus, daß ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent in diesem Jahr „möglich bleibt", meinte Schlecht. Freilich habe der Arbeitskampf weitergehende Wachstumshoffnungen – sie gingen bis zu 3,5 Prozent – zerstört.

Auch nach Ansicht der Bundesbank, die den Produktionsausfall auf vier Milliarden Mark veranschlagte, sind die Wachstumsverluste bis zum Jahresende nicht völlig aufzuholen.

„Mietwohnungsbau nicht mehr fördern"

rtr, Düsseldorf

Angesichts der steigenden Zahl leerstehender Wohnungen hat der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer die sofortige Beendigung der öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus gefordert. Wie der Generalsekretär des Verbandes, Volker Gierth, gestern erklärte, solle diese „Milliardenverschwendung von Steuergeldern" durch die Verbesserung der individuellen Wohngeld-Vergabe abgelöst werden. Weiter plädiere der Verband für die Aufhebung der Zweckentfremdungsverordnungen für Wohnungen, damit leerstehender Raum wieder genutzt werden könne.

Angesichts der „Übersättigung des Wohnungsmarktes" und des daraus resultierenden „Wertverlustes" für Wohneigentum sei ein „einschneidender wohnungspolitischer Kurswechsel" nötig.

Die Schhätzung der Bundesregierung einer jährlichen Wohnungsbauleistung von 300 000 Wohnungen sei bei weitem überhöht. Stattdessen nannte Gierth einen Bedarf von rund 150 000 pro Jahr. Unter Fortschreibung der Zahlen der Bundesregierung werde sich die Zahl leerstehender Wohnungen im Jahre 2000 auf rund sechs Millionen belaufen. Gierth kritisierte die Wohnungsbaupolitik von Bund und Ländern. Auch seit dem Regierungsantritt der christlich-liberalen Koalition sei die wohnungspolitische Wende ausgeblieben.

Agent bei Grünen? Haftbefehl erlassen

DW. Karlsruhe

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes hat am Dienstag gegen den auf die Partei „Die Grünen" angesetzten mutmaßlichen Agenten Bernd Küstner Haftbefehl wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erlassen. Der freischaffende Foto-Journalist hatte Fotos und Unterlagen aus dem Bereich der Grünen an den Staatssicherheitsdienst nach Ost-Berlin geliefert. Er selbst soll nicht Mitglied der Grünen gewesen sein. Er war bereits am 18. Juli aus einem Zug *nach West-Berlin geholt worden.* Bei seiner ersten Vernehmung brach er jedoch zusammen und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Deshalb konnte erst jetzt der Haftbefehl ergehen. Haftverschonung wurde nicht gewährt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Worms will an der Ruhr Berührungsängste abbauen

Von WILM HERLYN

Zunächst schien für Johannes Rau, SPD-Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, alles klar. Er ging stereotyp in der Öffentlichkeit davon aus, daß seine Partei die entscheidenden Landtagswahlen am 12. Mai 1985 – zur Halbzeit der Legislaturperiode in Bonn – „mit absoluter *Mehrheit gewinnt*" und er weiter so regieren kann wie jetzt. Doch nach der Europawahl wurde auch er vorsichtiger. Auf die Frage „Rechnen Sie damit, daß die Grünen in den Landtag einziehen?" antwortete Rau kürzlich: „... ausschließen kann man das nicht mehr." Und weiß dabei, daß es dann aus ist mit dem Traum von der absoluten Mehrheit. Zwar mag er noch nicht an hessische Verhältnisse denken, drückt sich um klare Aussagen herum („Die SPD sucht keine Koalitionspartner, sondern Wähler"), aber unwohl ist ihm angesichts der mehr als acht Prozent der Grünen bei der Europawahl in Nordrhein-Westfalen. Ihn macht nicht so sehr stutzig, daß die Grünen ihre größten Erfolge in den Universitätsstädten errangen – in Münster sogar 14,1 Prozent –, sondern daß die Bewegung achtbare Zahlen auch im Revier zwischen sechs und acht Prozent vorweisen kann, in der Bastion der SPD also.

„Vergleiche sind nicht statthaft", wiegelt SPD-Landesgeschäftsführer Godo Hombach das Europaergebnis ab. Immerhin wurde die CDU mit 42,8 Prozent stärkste Partei in NRW, dahinter folgt die SPD mit „nur" 41,7 Prozent, abgeschlagen die FDP mit 4,2 Prozent. Hombach setzt jetzt auf eine große Mobilisierungskampagne der Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen am 30. September, wie auch sein Chef Johannes Rau, der es mit „Bodenhaftung und Bürgernähe" versuchen will. Plakative Forderungen macht er an zwei Städten fest: „Wir müssen Köln halten und Düsseldorf gewinnen!"

Der erste Teil dieser Parole ließe sich leichter verwirklichen. Köln ist sicher in sozialdemokratischer Hand mit Oberbürgermeister Norbert Burger an der Spitze. Schwieriger sieht es da schon in der Landeshauptstadt aus. Wenn auch Oberbürgermeister Josef Kürten (CDU) noch am Wahlabend des 17. Juni zweifelte, sein Koalitionspartner, die Liberalen, würde es im September wohl nicht mehr schaffen. Gleichzeitig erinnern sich die Christdemokraten jedoch, Kürtens Widersacher Klaus Bungert (SPD) habe verlauten lassen, er würde sich auch mit den Stimmen der Grünen wählen lassen. Auch wenn Bungert bestreitet, das so gesagt oder gedacht zu haben, so scheuten die erstarkten Grünen nicht davor zurück, schon am Tage nach der Wahl einen Forderungskatalog an die SPD zu senden.

Die Stadt-CDU denkt nun fieberhaft darüber nach, wie sie neue Wählerkreise erschließen könnte. Sie hat zwar einen festen unbeirrbaren Stamm, den Kürten mit Inbrunst pflegt, aber „es genügt halt nicht, die Monstranz bei den Prozessionen zu tragen", urteilt ein Freund des Oberbürgermeisters kritisch. „Man muß sich auch in andere Schichten trauen, die uns bislang nicht wählten, z.B. auch die Künstler."

Wie Düsseldorf ist den Grünen auch Essen und Hagen und Mülheim ins Visier geraten, Köln, Düsseldorf oder Mönchengladbach. Landesgeschäftsführer Wilfried Pannen stockte sein Büro gleich auf 10 Mitarbeiter auf. Dazu kommen jetzt zwei Ruhrgebietsbeauftragte mit Büros in Dortmund und Essen. Er meint, von Koalitionen mit den Sozialdemokraten könne nach dem 30. September nicht im eigentlichen Sinne die Rede sein, allenfalls Abkommen über eine Tolerierung von gemeinsam interessierenden Fragen. In jedem Fall werde man aber die SPD „mit harten Bandagen bekämpfen", vor allem deren „unglaubwürdiges Spektakel in der Umweltpolitik". Pannen hofft mit Zuversicht, daß die Grünen benötigt werden bei der Wahl der SPD-Oberbürgermeister von Essen und Dortmund, aber auch in Bielefeld das Zünglein an der Waage sein werden, wo SPD und CDU nahezu gleichauf liegen.

Auf Bürgernähe setzt auch Oppositionsführer Bernhard Worms. Er sieht sich durch die Europawahl in seiner



Ansicht bestätigt, daß die CDU wieder zur stärksten Macht in NRW wachsen, daß sie die SPD überrunden kann. Das liest er auch an den Ergebnissen in den Ruhrgebietsstädten ab, wo die Union beispielsweise in Essen die SPD erstmals unter die 50-Prozent-Marke zog.

Schon Ende Juli begann er seine zweite „Ruhrgebiets-Offensive". In einer 10tägigen Tour will er noch vorhandene Berührungsängste vieler Bürger dort gegen die Union abbauen. Er wiederholt damit eine Revierbereisung im vergangenen Sommer, nachdem er Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidat der CDU abgelöst hatte.

Die Ruhr/Emscher-Zone ist die Achillesferse der CDU, sie dümpelt dort bei Wahlen zwischen 30 und 35 Prozent. Schon Biedenkopf hatte erkannt, daß, will die CDU jemals überhaupt gewinnen, hier neue Schichten zu erschließen sind. Allerdings schien seine Prognose vor vier Jahren, die CDU werde bei intensiver Arbeit auf 40 Prozent Zustimmung kommen, selbst Optimisten zu hoch gegriffen.

Doch scheint der Ansatz richtig, denn die Bürger des Reviers sind traditionell konservativ – auch die breite SPD-Anhängerschaft, die sich hier inzwischen vorwiegend aus Kleinbürgertum, aus Facharbeitern und Angestellten zusammensetzt.

Aller Fleiß wird aber Worms wenig helfen, wenn der genuine Partner, die FDP, schlappmacht. So wie die SPD (Willy Brandt: „Ungewöhnlich wichtig") den beiden kommenden Wahlen einen hohen Stellenwert einräumt, so steigert dies noch der FDP-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann als „Volksabstimmungen über die FDP". Die mageren Finanzen und die schlechte Organisation der Liberalen allerdings lassen allein schon an einem Erfolg bei den Kommunalwahlen zweifeln. Schwerwiegender jedoch ist die Analyse des Geschäftsführers des Bielefelder Meinungsforschungsinstitutes Emnid, Walter Tacke: „Sie hat im Land ihr absolutes Tief erreicht, linksliberale Wähler verloren und in der rechten Mitte hinzugewonnen." Einzige Hoffnung der Liberalen auf ein positives Abschneiden, mit dem sie am 12. Mai wieder über die Fünf-Prozent-Hürde käme, ist nach Ansicht Tackes „viel Fleiß und ein für sie günstiger Trend aus der Bundespolitik".

Da nun tut die Partei aber auch fast alles, liberale Sympathisanten zu verprellen. Neben dem angeschlagenen Spitzenkandidaten Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in den Gliederungen wegen seines häufig allzu forschen Auftretens nicht gerade geliebt, fehlt es der FDP an Profil. Die Ungewißheit über die künftige Personalstruktur an der Spitze ist auch nicht gerade angetan, Ruhe in die Partei zu bringen.

Die nordrhein-westfälische FDP, immerhin mit 23 000 Mitgliedern der stärkste Verband im Bundesgebiet, wartet offensichtlich erst einmal das Ergebnis der Kommunalwahlen ab. Sie akzeptiert die These von Generalsekretär Haussmann, nach der die Wahlen am 30. September über das Schicksal Möllemanns entscheiden. Dieser selbst bestätigte indirekt, als er kürzlich erklärte: „Der Sieg hat viele Väter, die Niederlage nur einen."

Die Stimmung an der Basis steht gegen ihn. Ausgerechnet in seiner Heimatstadt Münster mußte er jetzt erleben, daß drei Ortsvereine und der Kreisvorstand ihn unmißverständlich aufforderten, schon nach nur einem Jahr Amtszeit als Landeschef wieder abzutreten. Kreisvorsitzender Michael Bornefeld-Ettmann: „Der Verband fordert seinen Kopf."

Dann könnte wohl nur der ehemalige Regierungspräsident von Düsseldorf, Achim Rohde, die FDP anführen oder – auch wenn beide heftig zur Zeit noch dementieren – die neue Bundesschatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer. Der Vorgänger Möllemanns, der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, kommentierte dazu pragmatisch: „Man kann sich nicht auf Heldentaten der Vergangenheit berufen, sondern man muß sagen, was man jetzt tun will."

„Rückkehrhilfe war ein voller Erfolg"

GISELA REINERS, Bonn

Als „vollen Erfolg" hat der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, die Rückkehrhilfen der Bundesregierung für ausländische Arbeitnehmer bezeichnet. Etwa 300 000 Ausländer (Antragsteller plus Familienangehörige) hätten sich in der achtmonatigen Antragsfrist zur Heimkehr entschlossen. Engültige Aussagen über den Rückkehrstrom könnten allerdings erst gemacht werden, wenn nach dem Jahresende die Wanderungsbilanz vorliege.

Vom 1. November 1983 bis zum 30. Juni 1984 konnten Ausländer, die länger als sechs Monate Kurzarbeit geleistet oder ihren Arbeitspaltz durch Konkurs oder Betriebsstillegung verloren hatten, Rückkehrhilfe in Höhe von 10 500 Mark, zuzüglich 1500 Mark für jedes Kind, beantragen. Zusätzlich konnten sie sich ohne zweijährige Wartefrist die Arbeitnehmerbeiträge zu ihrer Rentenversicherung auszahlen lassen. Die Regierung hatte mit 19 000 Antragstellern für Rückkehrhilfe und 55 000 für Beitragserstattung gerechnet.

Rückkehrhilfe ist in den acht Monaten von 16 833 ausländischen Arbeitnehmern beantragt worden, darunter 14 500 Türken, die den größten Anteil an den 4,4 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik stellen. Rund 15 Prozent der Anträge (2500) wurden wegen fehlender Voraussetzungen abgelehnt. 140 000, davon 120 000 Türken, forderten ihre Rentenbeiträge zurück. Bis Ende April hatten nur rund 5500 Anträge auf Rückkehrhilfe und 35 000 auf Beitragserstattung vorgelegen und hatten die Regierung in ihren Erfolgshoffnungen skeptisch gemacht. Der größte Antragsschub sei in der letzten Phase gekommen, sagte Vogt. Die Prophezeiung der SPD-Opposition, die Rückkehrhilfe werde ein „Schuß in den Ofen", habe sich jedenfalls nicht erfüllt, sagte Vogt.

Der Staatssekretär kritisierte das Land Hessen, das die Zuzugsbedingungen für Ausländer gelockert hat. Es werde den Integrationsbemühungen durch Senkung des Nachzugsalters von 18 auf 16 Jahre ein schlechter Dienst geleistet. Eine Begrenzung auf sechs Jahre, wie sie die CSU fordert, lehnte er allerdings erneut entschieden ab.

Über Erleichterungen im Reiseverkehr findet der Leser keine einzige Zeile

DIETER DOSE, Berlin

Der 9. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ist dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" eine Würdigung von *360 Druckzeilen wert.* Der Tenor: Eine Rechtfertigung der auf Entspannung gerichteten Politik der „DDR" im Verhältnis zur Bundesrepublik unter besonderer Hervorhebung des Grundlagenvertrages. Der, aber auch die Verträge Bonns mit Moskau, Prag und Warschau sowie das Viermächte-Abkommen über West-Berlin müßten „immer wieder mit Leben erfüllt werden".

„Unsere DDR hat in der zurückliegenden Zeit immer wieder bewiesen, *daß es ihr ernst damit ist*", betont das „ND" zur Friedenssicherung, der „Kernfrage" in den Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin. „Das kann man angesichts der ständigen Anhäufung des atomaren Arsenals in der BRD leider nicht vom anderen deutschen Staat sagen", wird die Bundesregierung attackiert.

Ohne auf die in der Schlußakte von Helsinki verbrieften menschlichen Erleichterungen einzugehen, wird das Dokument als „mächtige Waffe" für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen gepriesen. Allerdings sucht man in der gestrigen Ausgabe des „Neuen Deutschlands" sowie der anderen „DDR"-Zeitungen vergeblich irgendeinen Hinweis auf die am 1. August in Kraft getretenen kleinen Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr, obwohl diese zumindest die Rentner unter den Lesern des „ND" interessieren würden ...

Dr. Julius Mader, Geheimdienst-Experte der einmal wöchentlich erscheinenden NBI („Neue Berliner Illustrierte"), sorgt sich um die „Grünen" unter den Offizieren der Bundeswehr. Grund: Der Militärische Abschirmdienst (MAD) mache „Jagd" auf sie. „Der MAD verfolgt vor allem gezielt Offiziere, die mit den Grünen, also einer im Bundestag und in einigen Landesparlamenten sowie Gemeindevertretungen vertretenen Partei, sympathisieren oder sich in der Friedensbewegung der BRD engagieren", erfahren die Leser.

Aus der Presse von drüben

Der Verfasser beklagt, daß Ex-General Gert Bastian nach wie vor vom MAD „bespitzelt" wird, erwähnt aber *natürlich nicht, daß Bastian auch in* der „DDR" als derzeit „unerwünschte Person" gilt und ihm gerade die Einreise nach Ost-Berlin verweigert worden ist ...

Zwar werden in den „DDR"-Medien die Olympischen Spiele von Los Angeles nur am Rande behandelt, aber ein Begriff aus dem Sport ist der Ost-„Berliner Zeitung" willkommen, um in einer Kommentar-Überschrift die USA „Weltmeister beim Blockieren der Abrüstung" zu nennen. Der Reagan-Regierung wird vorgehalten, daß es gegenwärtig kein einziges Forum mehr gibt, wo Vertreter der UdSSR und der USA direkt über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung verhandeln.

Teilweise auf den ersten Seiten der Zeitungen wird eine Dokumentation des Landesbezirks Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbundes zitiert. Überschrift: „Immer mehr West-Berliner auf Sozialhilfe angewiesen". Kommentarlos werden Zahlen und Angaben veröffentlicht, die der Westberliner DGB-Vorsitzende Michael Pagels vorlegte.

Gestriges Thema Nummer eins der „DDR"-Presse ist allerdings die bevorstehende Leipziger Herbstmesse (2. bis 8. September), die unter dem Motto „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt" rund 6000 Aussteller erwartet. „Durch ihre hohe Internationalität – jeder zweite Aussteller kommt aus dem Ausland – bietet die Messe beste Voraussetzungen für den Abschluß von Geschäften, die Vermittlung von Kontakten und den Austausch von Informationen", wird in der „Berliner Zeitung" hervorgehoben und betont, daß sich von Leipzig der „Welthandel" Impulse verspricht.

Reiseerleichterung noch nicht für Westberliner

Boenisch: Mit der „DDR" wird darüber noch verhandelt

DW. Berlin/Bonn

Die Westberliner kommen offenbar noch nicht in den Genuß der Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr, die gestern in Kraft traten. Senatssprecher Jörg Henschel sagte am Mittwoch, der Senat dränge in Gesprächen mit dem Bonner Bundeskanzleramt darauf, zu klären, in welchem Umfang die Erleichterungen auch für Westberliner gelten. Unklar ist im Rathaus Schöneberg gegenwärtig noch, ob die Regelung für Zwei-Tage-Besuche im kleinen Grenzverkehr auch für Westberliner bei Besuchen in Ost-Berlin und in der „DDR" gilt.

In Bonn bestätigte Regierungssprecher Peter Boenisch vor der Presse, daß noch darüber verhandelt werde, auch Westberlinern einen Zwei-Tage-Aufenthalt in grenznahen Kreisen der „DDR" zu sichern. Im Kanzleramt wurde gestern auf Anfrage der WELT erklärt, man sei darüber mit der „DDR" im Gespräch, und es gebe für die Berliner „positive Perspektiven".

Gegenwärtig gilt jedoch diese Regelung für Westberliner offenbar noch nicht: Der Leiter eines „DDR"-Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten in West-Berlin hat einen mit einem Mehrberechtigungsschein gestellten Antrag mit der Begründung nicht entgegengenommen, der Antrag müsse von Verwandten oder Bekannten in der „DDR" gestellt werden. Der Reise- und Besucherverkehr für Berliner ist nicht durch den Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ost-Berlin, sondern in einer Vereinbarung des Senats mit der „DDR" geregelt.

Die Bewohner der „DDR" sind von den dortigen Massenmedien noch nicht vom Inkrafttreten der Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr unterrichtet worden. Boenisch sagte dazu, die Bundesregierung sei zuversichtlich, daß die „DDR" die Vereinbarungen einhalte, wie sie dies immer getan habe. In welcher Form die „DDR" solche Erleichterungen bekanntgebe, sei ihre Sache. „Hauptsache ist, sie werden eingehalten", sagte Boenisch. In unterrichteten Kreisen wurde dazu betont, daß man angesichts der sowjetischen Warnung vor den Absichten der Bundesrepublik Verständnis für eine möglichst unauffällige Handhabung der Erleichterungen haben müsse. Zu ihnen gehören neben der Senkung des Umtauschsatzes für Rentner auch eine Verlängerung der Besuchsdauer für diese Personen in der Bundesrepublik von 30 auf 60 Tage sowie die Genehmigung auch von Besuchen bei Bekannten.

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, rechnet trotz der jüngsten Kritik aus Moskau damit, daß der für September geplante Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik zustande kommt. Es sei unvorstellbar, daß ein solcher Besuch von der „DDR" nicht mit Moskau abgesprochen worden sei, sagte Windelen. Hauptthemen der Gespräche mit Honecker würden menschliche Erleichterungen und der Umweltschutz sein.

Mit den gestern in Kraft gesetzten Reiseerleichterungen sind nach Windelens Worten die Erwartungen der Bundesregierung noch nicht erfüllt. Gerade im Bereich der menschlichen Erleichterungen habe die Bundesregierung weitergehende Erwartungen und „einen sehr breiten Katalog". Der Minister nannte dabei die Senkung des Reisealters, eine weitere Senkung des Mindestumtauschsatzes sowie den Jugendaustausch. Diese Erwartungen ließen sich sicherlich nicht auf einmal durchsetzen, doch hoffe die Bundesregierung auf weitere Fortschritte.

Windelen betonte, daß die Politik der Bundesregierung nicht darauf gerichtet sei, die „DDR" zu destabilisieren oder sie zu entvölkern. Sie solle vielmehr dazu beitragen, in der „DDR" Lebensbedingungen zu ermöglichen, die es den Menschen leichter mache, dort zu bleiben. Auch solle der Freiheitsspielraum der Menschen in der „DDR" erweitert werden. Die Verstärkung von Kontakten und Reisen werde „die innere Entwicklung in der DDR nicht unberührt lassen", sagte Windelen. Doch werde dies zur inneren Stabilisierung der „DDR" beitragen, weil sich die „DDR"-Regierung etwa mit menschlichen Erleichterungen „in hohem Maße" die Zustimmung ihrer Bevölkerung sichere. Dies werde offenbar auch von Honecker so gesehen.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, äußerte die Überzeugung, daß die „DDR" trotz der sowjetischen Kritik ihre bisherige Politik zur Verbesse*rung der Beziehungen mit* der Bundesrepublik fortsetzen will. Die Kritik der „Prawda" sei möglicherweise eine Warnung an den ganzen Warschauer Pakt gewesen, in den Beziehungen zum Westen den Bogen nicht zu überspannen.

Auch Jenninger geht davon aus, daß Honecker, wie vorgesehen, die Bundesrepublik besucht. Offenbar habe die „DDR"-Führung die Vorteile besserer Beziehungen mit der Bundesrepublik erkannt. Dazu gehöre auch, daß „das Bewußtsein der gemeinsamen deutschen Nation auch in der DDR wachgeblieben ist", und daß zum anderen eine neue Generation in der „DDR" die Möglichkeit haben wolle, zu reisen. In dem Ausmaß, in dem sie diese Freiheit habe, finde sie sich mit der Regierung und den Umständen in der „DDR" ab.

Die Sowjetunion, so Jenninger, müsse in diesem Licht anerkennen, daß nicht nur die globalen Interessen der Supermächte existierten, sondern auch die Interessen der europäischen Völker in Ost und West. Moskau könne nicht erwarten, daß die Europäer mit gefalteten Händen zusähen, wie die Beziehungen zwischen den Supermächten schlechter würden.

Als ausgeschlossen bezeichnete Jenninger einen deutschen Alleingang in der deutschen Frage. Die Deutschen könnten diese Frage nicht lösen. Nur mit Zustimmung aller Mächte und Länder in Ost und West könne eine Friedensordnung erreicht werden, in der die Deutschen wieder ihre Einheit finden könnten.

Kampagne gegen BGS-Kommandeur

Seit Jahren ist der „preußische" Polizeidirektor Casel der GdP ein Dorn im Auge

BERND HUMMEL, Eschwege

Die sofortige Ablösung des Kommandeurs der in Bad Hersfeld stationierten Bundesgrenzschutzabteilung hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert. Ihr Vorwurf: Polizeidirektor Hermann Casel habe Angehörigen der im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch eingestuften „Wiking-Jugend" die Teilnahme an einer BGS-Grenzinformationsveranstaltung ermöglicht. Zwar konnte der BGS nachweisen, daß der Vorwurf nicht haltbar ist, die Forderung nach Ablösung aber blieb.

Beim vorgesetzten Grenzschutzkommando „Mitte" in Kassel hat man registriert, daß der Hersfelder Kommandeur seit Jahren bereits Zielscheibe verbaler Angriffe, Beschwerden und rechtlicher Auseinandersetzungen von Funktionären der GdP ist. Denn Casel – Jahrgang 1935, und seit 1957 beim BGS – „verkörpert den preußischen Offizier mit all seinen Tugenden, der sich dem Staat verpflichtet fühlt, und für den Pflichterfüllung und korrektes Handeln an erster Stelle stehen", sagen die Vorgesetzten. Zwar ist er auch für sie ein unbequemer Mann, besonders aber für die GdP, deren Landesbezirksvorsitzender Hansgeorg Koppmann „Verwunderung" darüber äußerte, „daß einem Mann mit dieser Geisteshaltung junge Polizeibeamte anvertraut werden". Protokollarisch *läßt sich belegen, wie die GdP gegen* den Kommandeur vorgeht.

1981: Eine dienstliche Anordnung des Kommandeurs zum Wach- und Streifendienst stößt auf den Widerstand des GdP-geführten Personalrats, da die Regelung angeblich der Mitbestimmung unterliege. Frage: Wer entscheidet, Vorgesetzte oder Verwaltungsgericht? Casel, von Vorgesetzten genötigt und mit Ablösung bedroht, wenn er den Befehl nicht widerruft und der GdP nachgibt, bleibt bei seiner Haltung – und wird durch eine Rechtsauskunft bestätigt.

1982: Die GdP polemisiert in einem Aushang am „Schwarzen Brett" der Hersfelder BGS-Abteilung gegen das „Besoldungsverzichts-Diktat" – gemeint sind die Sparmaßnahmen der neuen Bonner Regierung auch bei Beamten – und ruft die Beamten zum Protest auf. Casel läßt den Aufruf abhängen, die GdP fordert Ablösung.

1983: Verwaltungsgerichtsklage des GdP-geführten Personalrats gegen die Anordnung des Kommandeurs, daß BGS-Beamte, die sich von Zivilpersonen in die Kaserne fahren lassen, entweder vor der Wache aussteigen oder Zivilpersonen nur nach Ausstellen eines Passierscheins, wie auch bei Privatfirmen üblich, das Gelände befahren dürfen. Begründung der GdP: mitbestimmungspflichtig.

1983: Verwaltungsgerichtsklage des GdP-geführten Personalrats gegen die Anordnung des Kommandeurs, daß die Abteilung aus Anlaß des „Tages der offenen Tür" zum 20jährigen Bestehen am Wochenende *Dienst hat. Begründung der GdP:* mitbestimmungspflichtig.

1984: Verwaltungsgerichtsklage aufgrund der Beratung der GdP von elf Zivilbediensteten der Grenzschutzverwaltung gegen eine Anordnung des Kommandeurs, daß die sogenannte „NATO-Pause", die jahrzehntelang in unterschiedlicher Länge genommen wurde, für die es jedoch keine Rechtsgrundlage gibt, ab sofort nicht mehr gestattet ist.

1984: Beschwerde der GdP gegen eine Nachtfahrausbildung, die vom Kommandeur veranlaßt wurde, und bei *der ein Kleinbus verunglückte.* Vorwurf: Die Verantwortlichen hätten sich primär um das Fahrzeug, weniger um die Verletzten bemüht. Das Innenministerium: Die Angelegenheit war in allen Punkten korrekt.

Der Hersfelder BGS-Kommandeur hat in einer Rede zum 20jährigen Bestehen seiner Einheit erklärt: „Aus dem Vollzug rechtsstaatlicher Vorgänge werden dem in öffentlicher Verantwortung Stehenden Gesinnungen und Motive unterstellt, die er nie hatte, wobei Ursache und Wirkung, konkreter Anlaß und Absicht, völlig auseinanderlaufen." Auch diese Rede wurde auf Betreiben der GdP gerügt, erst das Bundesinnenministerium, dann die Bundesregierung stellten sich vor Casel. Die GdP fragt: Wie lange noch? Die Antwort, sagt man beim Bundesgrenzschutz, müsse eindeutig sein. Denn: Wer verzichtet – wie Casel – zugunsten einer endgültigen Entscheidung darüber, ob nun der *GdP-geführte Personalrat* oder aber das Bundesinnenministerium zu befinden hat, drei Jahre lang auf die eigene Beförderung?

Bürgermeister brüskierte Amerikaner

PETER SCHMALZ, München

Eklat bei einem Empfang der Stadt München für deutsche, französische und amerikanische Offiziere: Als Hausherr brüskierte Bürgermeister Klaus Hahnzog in Vertretung des Oberbürgermeisters die Gäste derart, daß der amerikanische Verbindungsoffizier Jack Willard unter Protest den Saal verließ und der CSU-Fraktionsvorsitzende Erich Kiesl von einem Skandal spricht.

Der Empfang im städtischen „Ludwig-Thoma-Haus" am Tegernsee findet seit 1979 alljährlich statt. Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) sagte wegen einer Reise mit dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse nach Wien ab und schickte den dritten Bürgermeister Hahnzog, der als linker Ideologe in der SPD-Fraktion und als eigentlicher Drahtzieher der neuen rot-grünen Rathauspolitik gilt. Als ungeheuerliche Provokation wurde von den Gästen bereits das äußere Erscheinungsbild des Bürgermeisters empfunden, der im offenen Hemd und mit der blau-weißen Taubenplakette der Friedensbewegung den Offizieren gegenübertrat.

„Lähmendes Entsetzen", so CSU-Stadtrat Wolfgang Vogelsang, der städtische Verwaltungsbeirat für die Beziehungen zur Bundeswehr, habe die Teilnehmer aber gepackt, als Hahnzog ohne weitere Kommentierung oder Erläuterung über den Schriftsteller Thoma meinte, dieser sei in „stiller Freude" gewesen auf den Tag, „da irgendein American einmal ins Tegernseer Tal kommt. Der kriegt Prügel, auch im Frieden. Bloß neutralitätshalber."

Ein deutscher Oberst forderte den SPD-Politiker vergeblich zu einer Entschuldigung auf. Der Offizier gab beschwörend zu bedenken, dies sei angebracht „angesichts der Tatsache, daß fünf Millionen Amerikaner für die Freiheit Deutschlands und Europas ihr Leben ließen". Aber Hahnzog, der auch kein Wort des Dankes für den Einsatz der Bundeswehr bei der Münchner Hagelkatastrophe formuliert hatte, weigerte sich. Daraufhin verließ der amerikanische Verbindungsoffizier unter Protest das Haus. Keiner der Gäste trug sich ins Gästebuch ein.

Hahnzog entschuldigte sich inzwischen brieflich bei Oberst Willard und sprach von einem Mißverständnis. Bereits im Juni hatte der Sozialdemokrat bei einem städtischen Empfang für NATO-Offiziere massiv Positionen der Friedensbewegung vertreten. Ein niederländischer General konterte damals, der Herr Bürgermeister möge hinnehmen, daß sich Soldaten ganz besonders dem Frieden verbunden wüßten und ihn sicherten.

Mit einer gefestigten Koalition beginnt Craxi die „zweite Phase"

Aber Meinungsunterschiede der Parteien bleiben / Prekäres Verhältnis zur KPI

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein Jahr nach Übernahme der Regierungsgeschäfte hat Italiens sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi im Parlament Bilanz gezogen und das Programm für die „zweite Phase" seiner Amtszeit an der Spitze des Koalitionskabinetts aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen vorgelegt. Das Fazit seines Rechenschaftsberichts lautet: „Italien geht es heute besser als vor einem Jahr." Der von der Regierung eingeschlagene Weg habe sich als richtig erwiesen.

„Viel Arbeit liegt noch vor uns", sagte der Regierungschef. Als Ziel der „zweiten Phase" nannte er die Sanierung der öffentlichen Finanzen, Maßnahmen zur gerechteren Verteilung der Steuerlasten, die Rationalisierung der Ausgaben für den Gesundheitsdienst, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Legalisierung eines Systems der gewerkschaftlichen Selbstbeschränkung bei der Ausübung des Streikrechts.

Bei den Koalitionsparteien fanden Rechenschaftsbericht und Programm des Ministerpräsidenten allgemein Zustimmung, wenn auch bei den Christdemokraten und Republikanern eher in verhaltener Form. Die Parteien beschlossen, der Regierung für die „zweite Phase" ihrer Amtszeit, wie von Craxi ausdrücklich gewünscht, das parlamentarische Vertrauen auszusprechen.

Für die kommunistische Opposition zog KP-Fraktionschef Giorgio Napolitano eine durchweg negative Bilanz der letzten zwölf Monate und verlangte den Rücktritt der Regierung, kann allerdings nicht hoffen, für diese Forderung eine parlamentarische Mehrheit zu finden.

Mit der Parlamentsdebatte wurde der Schlußpunkt unter eine kritische Periode der Koalitionszusammenarbeit gesetzt. Die Krise, die Craxi mehrmals der Gefahr eines Sturzes aussetzte, hatte schon vor den Europawahlen damit begonnen, daß die Christdemokraten immer offener den Posten des Ministerpräsidenten für sich zurückverlangten. Durch die Affäre um die Mitgliederliste der Geheimloge P 2, auf der auch der Name des sozialdemokratischen Parteisekretärs Pietro Longo steht, war sie dann noch weiter eskaliert.

Das Ergebnis der Europawahlen, das den Christdemokraten nicht die befürchtete Schlappe und den Sozialisten nicht den erwarteten Erfolg brachte, sowie der Rücktritt Longos als Haushaltsminister entschärften dann aber die Lage wieder so weit, daß man sich innerhalb der Koalition auf die Fortführung der Zusammenarbeit und auf die Bestätigung Craxis einigen konnte – nach Darstellung der Christdemokraten für ein weiteres Jahr, laut Interpretation Craxis sogar für die nächsten zwei bis drei Jahre.

Ziemlich zurückhaltend äußerte sich Craxi zur politischen Situation – offensichtlich wegen weiterhin bestehender Meinungsverschiedenheiten über die Perspektiven der Regierungszusammenarbeit und über das Verhältnis zur KPI. Die Christdemokraten möchten der Fünferkoalition eine „strategische" Dimension geben und verlangen die Übertragung der Koalitionsformel auch auf all diejenigen Regionen, Provinzen und Großstädte, in denen die fünf Parteien auf dem Papier über die Mehrheit verfügen.

Die Sozialisten zeigen eine eher pragmatische Einstellung zur römischen Regierungsallianz und sträuben sich, ihre lokalen Volksfrontbündnisse mit der KPI überall dort aufzukündigen, wo theoretisch auch eine Mitte-Links-Mehrheit ohne die Kommunisten möglich wäre.

Athen kauft nun doch keine Tornados

Großauftrag für 80 Kampfflugzeuge / F-16 und Mirage 2000 gelten als Favoriten

E. ANTONAROS, Athen

Die deutsch-britisch-italienische Flugzeugbaufirma Panavia, die den Flugzeugtyp Tornado produziert, hat das Rennen um einen Großauftrag der griechischen Luftwaffe nun endgültig verloren.

Nach mehrmonatigen Beratungen gab Ministerpräsident Papandreou im Anschluß an Sitzungen des Verteidigungsrates und des Kabinetts bekannt, daß der Großauftrag für die Lieferung von 80 bis 100 Kampfflugzeugen zur Modernisierung der Luftwaffe an die Amerikaner und die Franzosen vergeben werden soll.

Im Rennen sind die Tornado-Konkurrenten F-18A der Firma McDonnell-Douglas, F-16 von General Dynamics sowie die französischen Mirage 2000 geblieben. Nach einer offiziellen Verlautbarung in Athen wird die griechische Regierung zwei von diesen Flugzeugtypen auswählen. Gutinformierte Kreise in Athen gehen davon aus, daß der Löwenanteil des Großauftrages aller Voraussicht nach an die Amerikaner – als aussichtsreichster Kandidat gilt der Typ F-16 – gehen soll. Die Franzosen werden zuverlässigen Angaben zufolge nur 20 bis 30 Flugzeuge liefern dürfen.

Das Kabinett begründete seine Entscheidung, den Tornado-Typ nicht mehr zu berücksichtigen, damit, daß diese westeuropäische Koproduktion im Grunde genommen nur die Funktionen eines Bombers wahrnehmen könne. Griechenland brauche jedoch Flugzeuge, die sich auch als Abfangjäger betätigen könnten. Darüber hinaus sei der Tornado neuerdings auch aus Sicherheitsgründen kritisiert worden.

Papandreou hatte bei einer Pressekonferenz Ende letzter Woche gesagt, daß der Hauptzweck dieser „Anschaffung des Jahrhunderts" (so die griechische Presse) die Modernisierung der Luftwaffe sei, die sich vorwiegend aus älteren Kampfflugzeugen zusammensetzt.

Die Sozialisten waren von der konservativen Opposition scharf kritisiert worden, weil sie angeblich gezögert haben, diesen Großauftrag zu vergeben. Papandreou begründete diese Verzögerung allerdings damit, daß seine Regierung großen Wert darauf lege, die Kosten für die Anschaffung dieser supermodernen Flugzeuge möglichst niedrig zu halten. Daher hätten die Verhandlungen mit den Flugzeugbaufirmen so lange gedauert. (SAD)

Einigung über Zukunft Hongkongs

AFP/AP, Hongkong

Großbritannien und China haben sich nach Angaben des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe gestern „rechtsverbindlich" über die Grundzüge eines Abkommens für die Zukunft Hongkongs geeinigt. Wie Howe in Hongkong erläuterte, werden in dem Abkommen Garantien für die Beibehaltung des gegenwärtigen Finanz- und Bankensystems sowie des derzeitigen Justizwesens enthalten sein. So soll das derzeitige Rechtssystem Hongkongs einschließlich des Besitzrechts und des Warenverkehrs noch 50 Jahre lang nach der Übergabe der Kronkolonie an China Geltung haben.

Vor der endgültigen Vertragsunterzeichnung sei jedoch noch „eine Menge Arbeit" zu leisten. Howe nannte in diesem Zusammenhang das Problem der Staatsangehörigkeit und Fragen der Zivilluftfahrt. Geplant sei, daß das britische Parlament den Vertragstext vor Jahresende verabschiedet. Howe kündigte die Bildung einer britisch-chinesischen Verbindungsgruppe an, die die Übergabe Hongkongs an China im Jahre 1997 in der Zeit vor Ablauf des Pachtvertrags vorbereiten werde. Diese Verbindungsgruppe werde jedoch „kein Machtorgan" sein. Bis 1997 sei allein Großbritannien für die Regierung Hongkongs verantwortlich.

Will Kreml Beirut Waffen verkaufen?

SAD, Jerusalem

Mit dem Besuch einer hochrangigen Delegation, die morgen in Beirut eintreffen wird, unterstreicht Moskau erneut sein Interesse am Geschehen im Nahen Osten. Die Mission wird vom Chef der Nahost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Poliakow, geleitet werden.

Der zweitägige Besuch der Sowjets in Beirut soll die Beziehungen zur libanesischen Regierung verbessern. Neben der Werbung für eine große Nahost-Konferenz wird Moskau dabei die Möglichkeit von Waffenlieferungen für die libanesische Armee erörtern, die bisher von Frankreich und den USA ausgerüstet wurde. Beirut wiederum ist daran interessiert, die Ansicht Moskaus zu einer erneuten Postierung einer UNO-Truppe in Südlibanon zu erfahren.

Frankreich schwankt in seiner Haltung zur deutschen Frage

Trotz Freundschaft bleibt Mißtrauen / Rückgriff auf das „sowjetische Argument"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Einen Versuchsballon, der nützlicherweise geplatzt sei, nannte Dominique Moisi, der stellvertretende Direktor des Pariser „Instituts für internationale Beziehungen", den Vorschlag Helmut Schmidts vom 28. Juni, eine deutsch-französische konventionelle Streitmacht von 30 Divisionen zur Verteidigung Europas (siehe die WELT vom 23. Juli).

Nützlich, meinte der Politologe, weil Frankreichs „so bequeme Zweideutigkeit" in der Frage, wie, wann und ob es an einem Konflikt in Europa teilnehmen würde, hier in einen unbequemen Argumentationszwang gerückt worden wäre. Denn, so die Begründung Moisis, wenn es mit der deutsch-französischen Integration in einen europäischen Verteidigungs-Eintopf ernst würde, dann wäre Frankreich gezwungen, sich schon in Friedenszeiten klar auf seine Haltung im Konfliktfall festzulegen. Außerdem würde, und das wiege noch schwerer, der „strukturelle Unterschied zwischen einem atomaren Frankreich und einer nichtatomaren Bundesrepublik" aufgehoben, dessen Notwendigkeit einst zur Schaffung der Force de Frappe geführt habe.

Mit dieser „bequemen Zweideutigkeit" muß Bonn und muß Washington seit dem Austritt Frankreichs aus der NATO vor bald 20 Jahren leben. Sie ist dem Westen eher ein Ärgernis. Den Herren im Kreml aber wird das französische Argument, damit auch Moskau im Zweifel über Frankreichs Haltung im Kriegsfall zu lassen und zur Vorsicht zu zwingen, kaum schlaflose Nächte bereiten. Der von Moisi erwähnte „strukturelle Unterschied", den die Force de Frappe zwischen den beiden Partnern des Elysée-Vertrages schaffe, enthält aber noch eine andere, sehr grundsätzliche Frage: Mißtraut man in Frankreich den Deutschen, trotz der aufrichtigen Freundschaft, die Bonn Paris entgegenbringt?

In dem Unwillen, sich von vornherein auf eine Konfliktposition in Europa festzulegen, ist neben allen strategischen Erwägungen auch Vorsicht vor deutschen Unwägbarkeiten enthalten, die deutsche Frage ist für Frankreich noch nicht gelöst. Das Land ist geteilt, und dies ist ein unnatürlicher, unguter Zustand in Europa. De Gaulle versuchte 1944, Stalin zu einer französisch-sowjetischen „Ko-Administration" über Deutschland zu bewegen – gegen die Abtretung des linken Rheinufers. Stalin ging nicht darauf ein. Später tauchte der Gedanke wieder auf: bei de Gaulle noch einmal, als er 1966 nach Moskau fuhr und den Entspannungsprozeß in Europa einleitete. Bei Pompidou, der die Ostpolitik Willy Brandts wie einen Schock erfuhr und zustimmend mit dem Kopf nickte, als Podgorny, damals Vorsitzender des Obersten Sowjets, auf die beiden Bollwerke Sowjetunion und Frankreich gegen jeden neuen deutschen Expansionsdrang in Europa hinwies.

Giscard d'Estaing führte stets als einen der Hauptgründe für eine Nicht-Beteiligung der Deutschen an der französischen Atomstreitmacht an, dies sei ein „Casus Belli" für die Sowjetunion. Daran hat sich auch unter Mitterrand nichts geändert. Die Deutschen haben dies, abgesehen von ihrem Verzicht auf ABC-Waffen, längst akzeptiert. Für Paris aber ist das „sowjetische Argument" deshalb

DIE ● ANALYSE

nützlich, weil man dahinter den strukturellen Unterschied verstecken kann.

Die Zeiten, in denen Franois Mauriac sein bitterböses Wort „Ich liebe Deutschland so, daß ich froh bin, daß es zwei gibt", sagte, mögen zwar heute vorüber sein., Sowjet-Marschall Jukows Äußerung, jeder im Osten und im Westen solle „seine Deutschen" behalten, ist in französischen Köpfen immer noch ein wenig gültig.

Wie beurteilt Paris die immer offensichtlicheren deutschen Bemühungen um einen innerdeutschen Ausgleich? Man bekommt keine sehr eindeutige Antwort darauf. Das Los der Deutschen in der „DDR" erleichtern, na gut. Aber politische Häftlinge aus „DDR"-Gefängnissen freizukaufen, wird schon als nicht moralisch empfunden. Höchst mißtrauisch argwöhnt man national-neutralistische Motive hinter der deutschen Friedensbewegung und ist erleichtert über deren derzeitiges Abebben, wenn man auch in jedem Grünen einen Pazifisten vermutet.

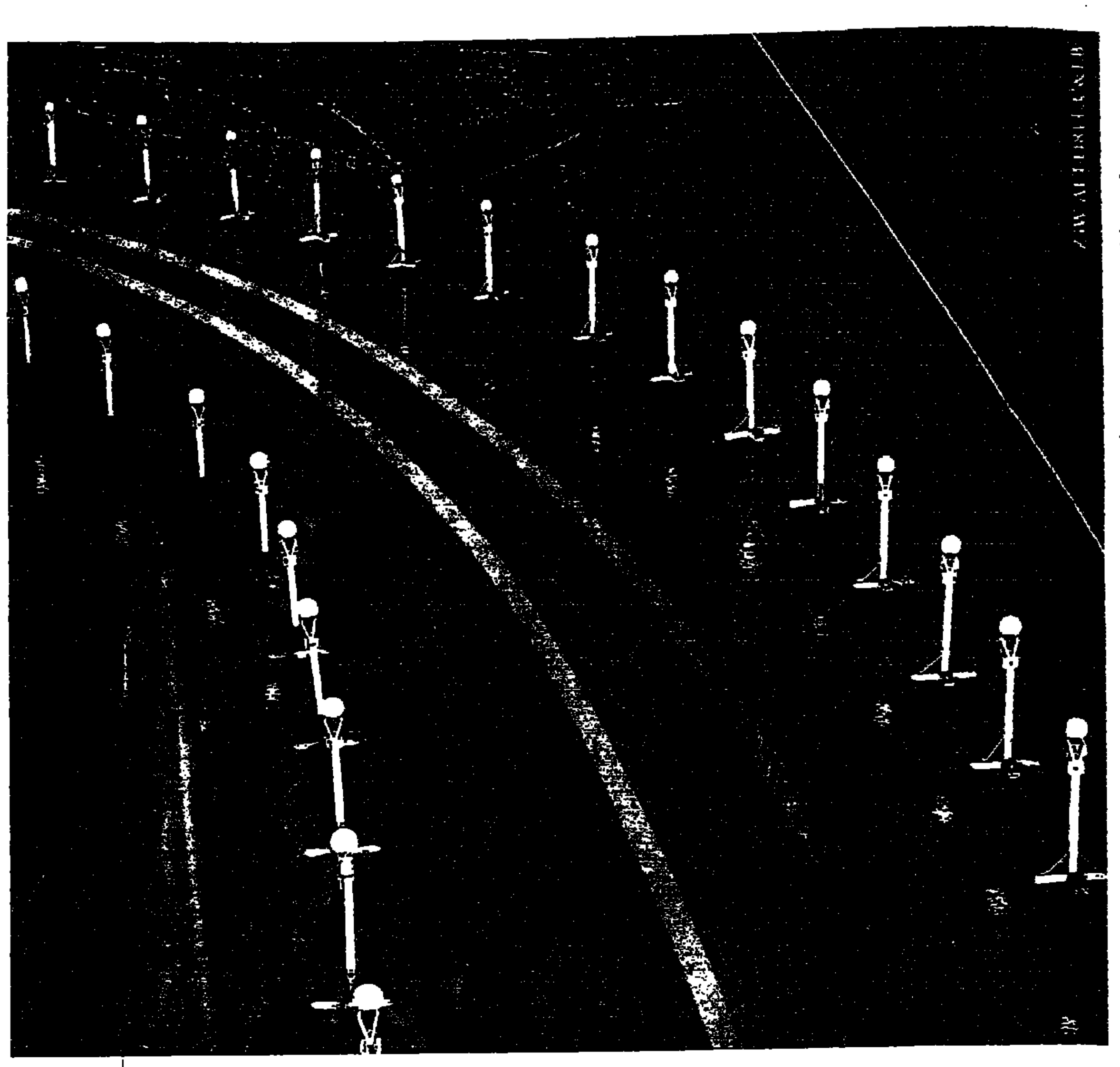
Der innerdeutsche Handelsaustausch ist eine ständige Quelle des Ärgernisses, denn er ist im Grunde ein „Loch" in der Zollmauer der EG, durch das alle möglichen osteuropäischen Güter billig auf den europäischen Markt gelangen. Gespannt wartet man jetzt auf den für September vorgesehenen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik. Wird Moskau seinen Vasallen reisen lassen? Wenn ja, welches ist sein Interesse? Die Aussicht, die Westdeutschen auf diese Weise doch eines Tages vom Westen trennen zu können, könnte für die Sowjets den Nachteil aufwiegen, durch den Honecker-Besuch Unruhe in ihr Satelliten-System zu bringen. Daniel Vernet, langjähriger Moskau- und Bonn-Korrespondent der Pariser Zeitung „Le Monde", meint, Moskau schwanke zwischen beiden Aspekten.

Der frühere französische Botschafter in Moskau und Bonn, Henri Froment-Meurice, geht in einem Beitrag für die in Paris erscheinende Zeitschrift „Geo-Politique" hart mit der schwankenden französischen Haltung in der deutschen Frage ins Gericht. Er beschuldigt diejenigen seiner Kollegen, die immer noch die Teilung Deutschlands aufrechterhalten wollen und dabei diskret mit der Sowjetunion kooperieren, eine „Politik à la Richelieu" zu betreiben und eine „Rückversicherung" (Bismarckscher Natur) in Moskau zu suchen.

Er fährt fort: „Im Grunde hat die französische Politik die Problematik der deutschen Frage nicht vollkommen verarbeitet. Auf der einen Seite unterstützt sie das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung. Auf der anderen Seite erweckt sie den Eindruck, nur Immobilismus zu wünschen und jede Bewegung zu fürchten. Diese aber ist eine Tatsache. Wer sie ignoriert, riskiert, die Deutschen zu verlieren. Wer sie bewahren will, muß den Mut haben, einzugestehen, daß die deutsche Selbstbestimmung nicht länger Theorie bleiben kann ... und es im Intresse aller drei westlichen Alliierten liegt, sie aktiv zu betreiben. Das Problem ist nicht mehr die Entwicklung, die schon begonnen hat, sondern die Richtung, die sie nehmen wird. Bemühen wir uns, ihr die bestmögliche zu geben."



Bei einer Vollbremsung ohne ABS können die Räder blockieren, das Fahrzeug ist dann nicht mehr lenkfähig und bricht aus.



Mit ABS kann der Fahrer voll bremsen, das Fahrzeug bricht nicht aus und behält seine Lenkfähigkeit.

Nach fünfjähriger Bewährung des Anti-Blockier-Systems (ABS) von Bosch sind sich die Autoversicherer einig:

10 Prozent Vollkasko-Prämienermäßigung für alle Fahrzeuge mit einem Anti-Blockier-System.

Die deutschen Autoversicherer wollen für alle Personenwagen, Lastwagen und Omnibusse, die mit einem Anti-Blockier-System ausgerüstet sind, eine Ermäßigung von 10 Prozent auf die Vollkasko-Versicherungsbeiträge gewähren. Entsprechende Maßnahmen sind eingeleitet. Bereits im Herbst wird mit Zustimmung gerechnet. Denn die Autoversicherer sind überzeugt, daß das Anti-Blockier-System die Verkehrssicherheit erhöht und daß damit die Schadensquote zurückgeht.

So funktioniert das Bosch ABS:

Das Anti-Blockier-System (ABS) von Bosch regelt die Bremsanlage. In Bruchteilen von Sekunden erfassen Sensoren die Radgeschwindigkeit und -verzögerung. Ein elektronisches Steuergerät ermittelt die richtigen Bremswerte und steuert die Bremshydraulik.

Neigt ein Rad zum Blockieren, wird automatisch der Bremsdruck an diesem Rad abwechselnd gesenkt und angehoben und dem Straßenzustand individuell angepaßt. Die Bremse „stottert", wie Fachleute es nennen.

Unabhängig davon, wieviel Haftung ein Reifen auf trockener Straße, bei Nässe oder Schnee findet, wird so gebremst, daß kein Rad blockiert und der Wagen fahrstabil und lenkbar bleibt.

Selbst bei einer Schockbremsung kommt es nicht zu den gefürchteten Drehern.

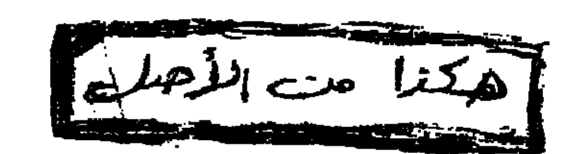
Auf Milliarden Kilometern bewährt.

Bosch ABS hat sich seit über fünf Jahren auf Milliarden Praxis-Kilometern bewährt. Es bietet in kritischen Situationen zusätzliche Sicherheit. Zu riskanter Fahrweise sollte es jedoch nicht verleiten.

Das Bosch ABS gibt es für Personenwagen, Omnibusse und Nutzfahrzeuge.



BOSCH



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schreckensmeldungen?

„Zu kurz gesprungen"; WELT vom 18. Juli

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die Schreckensmeldungen über fehlende Lehrstellen werden seit einigen Jahren in schöner Regelmäßigkeit im Monat Juli verbreitet. Daß die jetzt genannten Zahlen von nahezu 200 000 noch fehlenden Ausbildungsplätzen weitab der Realität sind und vieles an den Arbeitsämtern vorbeiläuft, diese von Ihnen vertretene Meinung können wir nur unterstreichen.

Wir haben eine stichprobenartige Umfrage bei etwa 200 Mitgliedsbetrieben gemacht. Das Ergebnis ist zwar sicher nicht repräsentativ, aber es gibt zum Nachdenken Anlaß.

Nicht mal zwei Prozent der Befragten erklärten, daß sie ihre Auszubildenden ausschließlich über die Arbeitsämter suchen. Dagegen verzichten über 60 Prozent völlig auf die Dienste der Behörde. Der Rest, rund 35 Prozent, hofft zwar auf das Arbeitsamt, aber er sucht auch selbst.

Es paßt zu diesem Resultat, daß weniger als 30 Prozent mit den Leistungen der Arbeitsämter zufrieden sind, während sich jeweils etwa 35 Prozent wenig oder überhaupt nicht zufrieden zeigen.

Natürlich dürfen solche Sachen nicht dazu verführen, die Lehrstellen-Problematik den Arbeitsämtern in die Schuhe zu schieben. Doch stehen sie sich, wie in der WELT stand, häufig in der Tat selbst im Weg.

Dazu ein trauriges Beispiel: Eines unserer Vorstandsmitglieder informiert im Auftrag des Landkreises regelmäßig vor Schulabschluß in den Schulklassen die Abgänger über ihre Berufsmöglichkeiten. Er machte der Leiterin eines Arbeitsamtes in jenem Landkreis das Angebot, mitzukommen und über die Leistungen des Arbeitsamtes und der Berufsberatung zu referieren. Scheinbar gab es dann Kompetenzprobleme. Jedenfalls ließ die Arbeitsamts-Leiterin mitteilen, sie dürfe dies nicht.

Diese *Weisung kam vom Landesarbeitsamt* Südbayern, wo der Amtsschimmel schon seit Jahren besonders laut wiehert.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Gänßbauer,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Gewerbeverbandes

Zweierlei

Die Friedensbewegten unserer Tage – ausgenommen unter ihnen der verschwindend kleine Teil der Ahnungslosen – fühlen sich in ihren Aggressionen gegen den Staat gesinnungsgleich mit den Verschwörern des 20. Juli 1944, während sich beide Gruppen zueinander verhalten wie Feuer und Wasser.

Die Helden des 20. Juli '44 kämpften gegen den Diktator, gegen das Unrecht, gegen Willkür, gegen die Gewalt. Sie kämpften für alle bindendes Recht, Gesetz und Freiheit in Frieden. Diese Helden kämpften im Stillen, auf sich allein gestellt, nur ihrem Gewissen sich verpflichtet fühlend, unter Einsatz ihres Lebens.

Die sogenannten Friedenskämpfer heute kämpfen gegen eine demokratische Regierung, die *die größten*, persönlichen Freiheiten verbunden mit bestmöglichem Wohlstand für alle – einmalig in der Geschichte der Menschheit – vermittelt und garantiert seit über 40 Jahren. Ihre Aktionen vollziehen sich in aller Öffentlichkeit, ohne jegliches persönliches Risiko, vielmehr satt getragen von den dominierenden Links-Medien.

Eine Schande ist es, wie so manche Politiker, Literaten, protestantische Pastoren und Gewerkschaftsfunktionäre mit ihrer breiten Freiheit für sich und die ihnen Anvertrauten nichts Besseres anzufangen wissen, als nützliche Idioten für die Ziele des Ostens, sich in diesen Kreis der „Friedensbewegung" einzugliedern.

Dr. H. Blechner,
Bensheim/Bergstraße

Reihenfolge falsch

„Der einsame Widerstand"; WELT vom 20. Juli und „Leserbrief: Neuauflage Hitlers"; WELT vom 27. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Dr. Kremp hatte die tatsächlichen Zusammenhänge erkannt, wenn er Jaspers zitierte, der schlußfolgerte, Nationalsozialismus und Kommunismus seien gleich. In der Tat war das ideologisch, vor allem jedoch technisch gemeint.

Es ist irritierend, wenn Herr Latk ausführte, daß er in dem „DDR"-Regime die perfektionierte Gesellschaftspolitik Adolf Hitlers erkennt. Wieso diese grundfalsche Reihenfolge, welche die geschichtlichen Tatsachen und Zusammenhänge vernebelt? Ulbricht und Genossen, ebenso die derzeitige Führung in Ost-Berlin, *wußten und wissen um die sowjetische* Geschichte und damit um den Ursprung der in diesem Jahrhundert ausgelösten politischen Epidemie. Sie würden sich zu Recht verbeten haben und werden sich verbeten, auf Hitler als Lehrmeister verwiesen zu werden.

Hitler selbst hatte festgestellt, daß er von den Kommunisten viel gelernt habe. Das konnte er mit Fug und Recht behaupten. Die Praxis Hitlers war in ihren Grundstrukturen lediglich ein auf deutsche Verhältnisse modifizierter Abklatsch der sozialistisch/kommunistischen Gesellschaftspolitik Stalins, übrigens einschließlich der sowjetischen Massenmorde. Es dürfte wenig bekannt sein, daß *die damalige sowjetische GPU* bereits in den dreißiger Jahren geschlossene Lastkraftwagen zur Vergasung von Häftlingen einsetzte. Der sowjetische General Grigorenko beschreibt mit Erschütterung, wie er auf diese Tatsachen aufmerksam wurde. Diese Feststellung dient lediglich der geschichtlichen Wahrheitsfindung, sie ist nicht zur Entschuldigung der Verbrechen bei uns gedacht.

Es würde zu weit führen, Einzelheiten anzugeben. Ich möchte nur auf die Tatsache hinweisen, daß der Präsident des damaligen Volksgerichtshofes, Freisler, nach seiner Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg sowjetischer Polit-Kommissar war. Als solcher kannte er sich also mit den Methoden der sowjetischen Blutjustiz sehr genau aus. 1944 hatte sich der Kreis geschlossen.

Mit freundlichem Gruß
Hubert Baum,
Wiesbaden

Österreich

„O du mein Österreich"; WELT vom 19. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Ihrem Kommentar wird festgestellt, daß unter den Männern des 20. Juli 1944 ... Österreicher wohl nicht dabei waren.

Tatsächlich beteiligten sich auch Österreicher am 20. Juli: Nach Volksgerichtshof-Prozessen wurden Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis und Nikolaus Graf von Uexküll-Gyllenbrand, ein Altösterreicher und Oberst i. R., hingerichtet.

Hauptmann Carl Szokoll im Wehrkreiskommando XVII und seine Vertrauten wickelten die „Walküre"-Befehle in Wien erfolgreich ab. Der überlebende Szokoll war vermutlich der letzte Anrufer bei Graf Stauffenberg.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. Nikolaus Krivinyi,
Oberrat im Bundesministerium für Landesverteidigung,
Wien

„Würde"

Mit tiefer Besorgnis habe ich die Handlungen unserer Regierung am 20. Juli 1984 verfolgt. Da legt der Bundeskanzler mit tiefernstem Gesicht Kränze für die Opfer des 20. Juli 1944 nieder. Da werden die Helden, die den Unrechtsstaat Hitlers bekämpften und diesen Kampf mit dem Leben bezahlten, gefeiert. Und ausgerechnet am selben Tage besucht der Außenminister einen Staat, dessen „Führer" Khomeini gewiß die gleiche Schuld auf sich geladen hat. Er handelt gegen jedes Gesetz der Menschlichkeit und unser Außenminister besucht dieses Land. Warum? Um des schnöden Mammons willen! Eine Regierung, die für sich eine „moralische Würde" in Anspruch nimmt, dürfte so nicht handeln.

Carl Tiemann,
Grosshansdorf

Wort des Tages

„Nenne dich nicht arm, weil deine Träume nicht in Erfüllung gegangen sind. Wirklich arm ist nur, wer nie geträumt hat."

Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Autorin (1830–1916)

Personalien

KIRCHE

In das neue Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat die siebente Vollversammlung des LWB in Budapest vier Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Es sind der bayerische Landesbischof **Johannes Hanselmann**, die Nichttheologin **Sieghilde Hoerschelmann** aus der nordelbischen Landeskirche, die Superintendentin **Kate Mahn** aus der hannoverischen Landeskirche sowie der württembergische Landesbischof **Hans von Keler**. Diesem höchsten Gremium zwischen den Vollversammlungen des LWB gehören 29 Mitglieder an. Der Lutherische Weltbund ist ein Zusammenschluß von derzeit 99 Kirchen mit rund 55 Millionen Mitgliedern. Die wichtigste Aufgabe des neuen Exekutivkomitees ist die Wahl eines neuen Generalsekretärs. Im Gespräch sind neben dem bisherigen Amtsinhaber, dem US-Amerikaner **Carl Mau**, der westdeutsche Theologe **Christian Krause** aus Hannover und der Norweger **Gunnar Stalsett**.

*

Der Generalsekretär der Deutschen Studentenmission (SMD) mit Sitz in Marburg, Pfarrer **Rolf Hille**, hat zum 1. September dieses Jahres eine Berufung als Studienleiter an das Pfarrseminar der Evangelischen Landeskirche in Württemberg angenommen. Seine Aufgabe in Stuttgart besteht in der Ausbildung und Begleitung von jungen Vikaren. Hille hat seit 1982 die SMD geleitet, die als freies Werk missionarisch unter Schülern, Studenten und Akademikern tätig ist.

GEBURTSTAGE

Dr. **Hans Hermann Walz**, von 1954 bis 1981 Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentags, feiert am Freitag seinen 70. Geburtstag. Als Sohn eines schwäbischen Pfarrers in Essingen im Kreis Aalen geboren, studierte Walz in Tübingen, Marburg, Berlin und Cambridge Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaften. Er legte theologische und juristische Staatsprüfungen ab, und promovierte 1939 mit einer theologischen Arbeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm Walz eine leitende Funktion in der Evangelischen Akademie Bad Boll, 1949 wurde er zum ökumenischen Rat der Kirchen nach Genf berufen, wo er die Abteilung für Laienfragen gründete. Ab 1952 war er stellvertretender Direktor des ökumenischen Instituts in Bossey bei Genf. 1954 trug ihm Kirchentags-Präsident **Reinhold von Thadden-Trieglaff** das Amt des Generalsekretärs an. Seitdem hat Walz bis zum Treffen 1981 in Hamburg die alle zwei Jahre stattfindenden Kirchentage entscheidend geprägt. Daneben griff er mit zahlreichen Veröffentlichungen, unter anderem mit dem Buch „Das protestantische Wagnis" (1958), in die Diskussion um Kirche und Theologie ein.

*

Der geschäftsführende Gesellschafter der Firma ELEKTRA Tailfingen, Schaltgeräte GmbH & Co. KG in Albstadt-Tailfingen, **Kurt Schneider**, feierte seinen 75. Geburtstag. Darüber hinaus wird er im Spätherbst dieses Jahres auch auf sein 50jähriges Arbeitsjubiläum in der Firma ELEKTRA zurückblicken. Im vergangenen halben Jahrhundert stand er 25 Jahre lang an erster Stelle in diesem Unternehmen.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Irene Gründer** wird demnächst die dritte Botschafterin, die die Bonn ins Ausland entsendet. Frau Gründer, die zuletzt in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes tätig war, geht in den afrikanischen Staat Burundi. Botschafterinnen hat das Auswärtige Amt in Belgrad, Dr. **Gisela Rheker**, und in Malawi, **Dorothea von Rossum**.

GEDENKEN

In der Nacht vom 18. auf den 19. August 1944 sank der Bremer Westen in Schutt und Asche. Rund 500 britische Bomber vernichteten 25 000 Wohnungen und machten 49 000 Bremer obdachlos. 1054 Menschen wurden bei diesem 132. Bombenangriff auf die Hansestadt getötet. Die Bremische evangelische Kirche (BEK) gedenkt dieses Bombenangriffs mit einem Gottesdienst am Sonntag dem 19. August im Dom zu Bremen. Pastor **Ortwin Rudloff** will sich dabei mit der Kain- und Abel-Problematik befassen.

VERANSTALTUNG

In einer Einladung zum Betriebsfest der 480 Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes in diesem Jahr am 6. September steht, man habe das Fest wohlweislich so gelegt, „daß sich **Helmut Kohl** im Ausland befindet". Anschließend wird jedoch erklärt, daß der Pfälzer Kohl nicht etwa den Amtsangehörigen die Stimmung vermiese, sondern bei seiner Anwesenheit in Bonn Gefahr bestehe, „daß Staatsbesuche oder hochpolitische Sitzungen den zu erwartenden Trubel stören". Gastgeber ist der Chef des Amtes, Staatssekretär **Waldemar Schreckenberger**. Mitbringen dürfen die Amtsangehörigen ihre Familien samt Kinder. Bezahlt werden muß, anders als bei früheren Kanzlerfesten in der Sozialliberalen Koalition, der gesamte Verzehr, der keineswegs so billig ist. Die Bratwurst kostet drei Mark, heißt es im voraus. Der Einlader offenbart hintergründigen Humor. Er verweist darauf, daß beim Fest der Betriebsangehörigen im Kanzleramt das Programm durch ein „Kasperle-Theater" bereichert werde, „bei dem die Organisatoren auf einen in vielen hundert Auftritten erprobten hauseigenen Hobby-Künstler zurückgreifen". Es ist übrigens Regierungsdirektor und Amts-Justitiar **Erhard Schwinne**.

WELT-Serie (IV): Das west-östliche Spionage-Karussell

In geheimer Mission fuhr Jack wieder als Dieter Merkel nach Ost-Berlin, um einen Treff mit einem ostdeutschen Mitarbeiter seines Dienstes wahrzunehmen. Am frühen Morgen hatte er noch eine Arbeitsbesprechung mit seinem Chef in Frankfurt am Main. Dabei ging es um die Zielsetzung, die Aufklärung über die Sowjetarmee in der DDR zu intensivieren. Jack sollte nach dem Treff mit seinem ostdeutschen Mitarbeiter in einem Report neue Vorschläge erarbeiten.

Man trifft sich im Hotel Rossija



Moskaus Nobelherberge für Spione: Hotel Rossija
FOTO: KARSTEN DE RIESE

Im Flugzeug hatte er über die Vorschläge nachgedacht, die er seinen Mitarbeitern in Ost-Berlin unterbreiten wollte. Er kannte die Schwierigkeiten, und die Möglichkeiten seiner östlichen Mitarbeiter wußte er konkret einzuschätzen. Sie waren in keiner Weise vergleichbar mit der Palette, die dem Gegner im Westen zur Verfügung stand. Bei gutem Legendenaufbau waren für östliche Nachrichtendienstmitarbeiter in der Industrie und bei Behörden im Westen Tür und Tor offen. Es gibt keine zentrale Kaderkartei, bei der sich der Personalchef im Westen erkundigen kann, ob die vorgelegten Referenzen den Tatsachen entsprechen. Es gibt kein Arbeitsbuch, in dem die gesamte Ausbildung einschließlich aller Arbeitgeber lückenlos eingetragen ist. Dem Ostagenten genügen einige Briefköpfe führender Unternehmen, und sein technischer Dienst erstellt ihm die besten Zeugnisse und Referenzen, die recht oft sogar eine ordentliche, nachprüfbare Abdeckung erhalten. Dafür sorgen Mitarbeiter der östlichen Geheimdienste, die als einfache Bürokräfte oder Archivmitarbeiter in westlichen Firmen tätig sind und von ihren offiziellen Funktionen her sowieso in ihrer Wichtigkeit unterschätzt werden. Von Kollegen werden sie kaum beachtet, so nach dem Motto, der ist ja nur ein Aktenschlepper oder Bürodiener. Diese Mitarbeiter heften das Duplikat des gefälschten Zeugnisses oder einer anderen Referenz gemäß dem Ausstellungsdatum in den Archivakten ab. Dazu meist auch andere auf die Person X bezogene Unterlagen, so daß eine Rückfrage, wie sie bei befreundeten Firmen stattfindet ergibt, Frau X war laut Archivakte aus dem Jahr 1960–1963 bei uns als Büroleiterin tätig und erhielt folgendes Zeugnis ... Das zeigt, eine aufgebaute Legende ist damit sogar durch Unbeteiligte, genauer gesagt, über jeden Verdacht erhabene Personen, nachprüfbar.

Es gibt sehr viele „Schläfer" an der unsichtbaren Front, die wegen irgendeiner Kleinigkeit – zum Beispiel einer begangenen Ordnungswidrigkeit – dem Staatssicherheitsdienst verpflichtet sind. Das kann viele Jahre zurückliegen, zum erforderlichen Zeitpunkt wird man sie pünktlich „wecken".

Mitarbeit aus Überzeugung

Jacks Mitarbeiter in Mitteldeutschland und den Ostblockstaaten hatten das gleiche Feeling wie ihre ideologischen Gegner. Jack kannte sie zum Teil aus der Zeit, wo sie ihm als Studenten vorgestellt wurden, inzwischen hatten sie eine TH oder Uni besucht, hatten promoviert und zum Teil Auslandssemester in der SU absolviert, einige waren Ingenieure. Sie alle verband das gleiche Ziel, den Drang der Kommunisten nach der Weltherrschaft zu stoppen, der unterdrückten Bevölkerung zu helfen und dem politischen Terror Einhalt zu gebieten. Sie waren nicht auf Geld angewiesen, weder auf Ostgeld noch auf Devisen. Für sie war es wichtiger, daß Jack ihnen die Luftpostausgaben eines Nachrichtenmagazins mitbrachte oder ein neues technisches Hilfsmittel für ihre konspirative Tätigkeit lieferte.

Jacks Maschine landete pünktlich, und sein Berliner Kollege holte ihn mit dem Wagen vom Flughafen Tempelhof ab, um gleich mit ihm Richtung Sektorenübergang Prinzenstraße/Heinrich-Heine-Straße in Kreuzberg zu fahren. In der Nähe des Anhalterbahnhofs fuhren sie zu einem Parkplatz. Jack sprach mit dem Berliner Sektionschef über einige technische Dinge, die es zu koordinieren galt. Dann setzte er seine Fahrt allein in dem Pkw fort, der ein Stuttgarter Kennzeichen hatte. Der Westberliner Polizeiposten in der Prinzenstraße winkte ab, als Jack halten wollte, und so näherte er sich der geschlossenen Schranke im Mauerloch. Der östliche Grenzposten zog die Schranke hoch und gab den Weg zur Slalomfahrt vorbei an den Hindernissen frei. Jack hielt vor der Kontrollbaracke und stieg aus, um seine Personal- und Wagenpapiere abzugeben. Der Zöllner fragte nach Bargeld und notierte den Betrag, bevor er die Papiere in einen Schlitz steckte. Nach etwa zehn Minuten kamen die Dokumente wieder durch einen anderen Schlitz zurück. Hinter der Wand befinden sich Mitarbeiter des MfS und der Grenzorgane, die die Pässe, Visastempel, Zulassungen etc. für das Archiv fotografieren, in dem beispielsweise lückenlos die westlichen Dienstsiegel der Behörden und Gemeinden vorhanden sind. Sie werden nach den Ablichtungen entsprechend vergrößert und genauestens auf Veränderungen kontrolliert. Es ist wichtig, ob das Stadtsiegel des Straßenverkehrsamts Wesel im Januar genau die gleichen Varianten aufweist wie im März oder April des gleichen Jahres. Das sind wichtige Fakten für die Paß- und Dokumentenfälscher des Ministeriums für Staatssicherheit, um die Deckpapiere fehlerfrei nachzuarbeiten für ihre Kundschafter. Jack ging zum Schalter der Notenbank, um seinen offiziellen Tagesumtausch zu tätigen. Nach allen weiteren Kontrollen fuhr er nach Pankow zum Ratskeller. Dort hatte er seinen ersten Sichttreff mit dem mitteldeutschen Mitarbeiter. Er stellte seinen Wagen auf den Parkplatz vis à vis vom Eingang ab und ging in das Restaurant. Beim Kellner bestellte er ein Kännchen Kaffee, zwei Tische weiter faltete ein Mann sorgsam seine Zeitung „Neues Deutschland" zusammen und steckte sie in seine Collegmappe, nun zündete er sich eine Zigarette an, trank seinen Kaffee aus und verließ die Lokalität. Es war Jack's Treffpartner, das Zusammenfalten der Zeitung bedeutete: keine besonderen Vorkommnisse; das Einstecken in die Tasche: keine Observation festgestellt; das Anzünden der Zigarette: Ich begebe mich zum Treffort. Genau vierzig Minuten nach dem Sichttreff fand wie vereinbart der Treff in der Frankfurter Allee im Café Warschau statt. Jack hatte einen günstigen Tisch ausgesucht und bereits die Bestellung für zwei Personen aufgegeben. Sein Gesprächspartner kam, und sie begrüßten sich sehr herzlich. Er schilderte kurz seine Fahrt von Magdeburg nach Berlin und erwähnte, daß die Russen im Raum Dessau-Magdeburg in der Elbniederung Spezialmanöver durchführen, anscheinend um sich mit neuen Amphibienfahrzeugen vertraut zu machen, die mit neuen Brückenbausegmenten bestückt waren. In der Garnison in Stendal sind zwei Abschußlafetten eingetroffen, ebenso in Bernburg an der Saale. Er arbeite als Entwicklungsingenieur bei SKET in Magdeburg (hinter der Abkürzung verbirgt sich der Name „Schwermaschinen Kombinat Ernst Thälmann", einem ehemaligen Krupp-Werk) und wohnte in der Alten Neustadt in der Rogätzerstraße in einer Siedlung. Er hatte einen Schrebergarten in der Nähe der Elbe bei der ehemaligen Schokoladenfabrik Portola gepachtet, die jetzt VEB-Rotstern genannt wurde, und von seinem Garten konnte er in das Übungsgebiet der Sowjetarmee blicken, und wenn es sein mußte, konnte er mit dem Teleobjektiv ganz passable Schnappschüsse von der Manöver- und Übungstätigkeit machen. Die Militärinformationen waren ein Nebenprodukt seiner Industrieinformationen, jedenfalls betrachtete er es so. Durch seine Tätigkeit kam er in das gesamte sozialistische Ausland und hatte einen erstklassigen Überblick zum Machbaren und Unmöglichen in der sozialistischen Planwirtschaft. Vor vier Tagen war er aus der Sowjetunion zurückgekommen. Von dieser Reise hatte Albert sehr interessantes Material mitgebracht, das schon fachgerecht im Container untergebracht war. Er übergab Jack einen normalen Füller zum Schreiben, den dieser scheinbar in Gedanken einsteckte, nachdem er eine Notiz gemacht hatte. Er besann sich jedoch gleich wieder und gab den Federhalter zurück. Äußerlich war kein Unterschied zu sehen, doch war dieser Container ohne Inhalt. So wie heute im Café Warschau in Ost-Berlin hatten sie in Moskau vor einem Jahr in der Shdanowstraße im Hotel Berlin – dem früheren Hotel Savoy – zusammengesessen.

Spionage durch „alte Freunde"

Albert weilte zu einem wissenschaftlichen Symposium in Moskau und seine Kollegen aus allen Teilen der SU kamen natürlich auch mit all ihren Plänen und Unterlagen zu ihm. Sie wollten seinen Rat oder seine Vorschläge hören. Albert hatte deshalb mit Jack schon vorher einen Trefftermin in Moskau abgesprochen, da wichtige Informationen auf diesem Wege sehr schnell an die richtige Adresse gelangten und vor allem die nötige Sicherheit gewahrt blieb, denn Moskau ist nicht nur die Metropole der SU, sondern auch die Zentrale der sowjetischen Abwehr und Aufklärung des militärischen Nachrichtendienstes GRU und des KGB. Die Sowjetunion besitzt einen umfassenderen Geheimdienstapparat als ihn jedes andere Land hat. Im Geheimdienst blickt Rußland auf eine Tradition von einigen hundert Jahren zurück. Seit Peter dem Großen hatte der Geheimdienst immer die staatstragende Funktion, wer den Geheimdienst hinter sich hatte, saß im festen Sattel. Aus der zaristischen Ochrana wurde die Tscheka (außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage). Ihr erster Führer war der Pole Felix Edmundowitsch Dscherschinsky, der über eine uneingeschränkte Macht verfügte. Bis 1922 blieb es bei der Bezeichnung Tscheka, von 1922 bis 1934 erhielt sie den Namen GPU, dann wurde daraus der NKWD und der NKGB, beide Namen wechselten 1954 und es entstanden KGB und GRU. Das KGB war verantwortlich für die gesamte Spionage im In- und Ausland, GRU betreibt die militärische Spionage (Aufklärung) und zwar mit dem legalen Netz, das die Militärattchés der diplomatischen Vertretungen im Ausland bilden und dem illegalen Netz, der Spitzenspione. Hier, wenige 100 Meter von diesen gewaltigen Hochburgen der Sowjetnachrichtendienste zu arbeiten, war gleichbedeutend, den Raubtierkäfig der Manege zu betreten, doch ist gerade das nicht ohne Reiz für die gesamte Arbeit gewesen. Jack – mit holländischem Paß – war im Hotel Rossija untergekommen, dem zur damaligen Zeit größten Hotel in der Sowjetunion. Es hat rund 3200 Zimmer und kann über 6000 Gäste aufnehmen, sein Konzertsaal faßt 3000 Personen, zwei Restaurants eignen sich für je 1000 Gäste, Café, Bars und Konferenzhallen vervollständigen das Ganze. Eine riesige Einkaufstraße sowie Post und Telegrafenamt vollenden den Service. Jack wohnte in der 18. Etage und er konnte mit einem kleinen Spaziergang um den Kreml direkt zum Hotel Berlin gehen, um Albert aufzusuchen. So konnte Jack in aller Ruhe bei Albert im Hotelzimmer die Unterlagen und Pläne mit seinen Spezialkameras fotografieren und jeweils mehrere Ablichtungen pro Aufnahme machen. Das belichtete Material packte er dann in seinem Zimmer im Hotel Rossija in einen entsprechende Container.

Albert erhielt von Konstrukteuren die Pläne zur Einsicht, um von seiner Warte her Verbesserungen vorzuschlagen. Sie kannten ihn von gemeinsamen Verhandlungen im Comecon-Gebäude, von Symposien in Charkow, Rostow, Leningrad, Kiew, Prag, Budapest, Ost-Berlin und Leipzig. Sie hatten keine Bedenken, ihrem alten Freund die Pläne für eine Nacht zu überlassen, denn meist hatte der Kamerad Albert aufgrund seiner großen Erfahrung einen guten Verbesserungsvorschlag gemacht, die ihnen Auszeichnungen einbrachte. So hatte Albert manche Nacht vier bis fünf Konstruktionsmappen prall mit Zeichnungen gefüllt zur Beurteilung in seinem Zimmer und arbeitete sie mit Jack durch.

Jacks Techniker hatten gute Arbeit geleistet. Sie hatten eine Krimsektflasche zum Container verarbeitet, indem sie den Boden trennten und einen Leerraum schufen durch eine Art gesonderter Innenflasche. Zwischen der dickwandigen eigentlichen Sektflasche und der Innenflasche wurde der rote Sekt gefüllt und abgesiegelt, so daß sie wie eine volle Flasche erschien; man hätte schon diesen Spezialcontainer sehr genau prüfen müssen, um seinen eigentlichen Zweck festzustellen. Die Flasche kam noch in eine geschmackvolle kleine Geschenkkiste, wie sie im Original im Berjozka-Laden des Hotels Rossija speziell für Touristen angeboten wurde. Jack packte in seinem Hotelzimmer das Produkt der viertägigen Arbeit fest in den Flaschencontainer, denn dieser durfte sich durch Bewegung nicht lösen. Mittels einer Spezialmasse klebte er dann den Originalboden wieder auf die Flasche, am Ende war er mit seiner Arbeit zufrieden. Nun kam nochmals eine schwierige Bastelarbeit, er hatte heute vormittag die Geschenkpackung komplett im Berjozka-Laden im Hotel geholt und war nun dabei, zum Austausch beider Flaschen die Umhüllung sorgfältig zu trennen. Mit Zuhilfenahme eines Skalpells und zweier Pinzetten gelang ihm das auch, und er tauschte die beiden Flaschen aus. Dann schloß er wieder den Geschenkkarton und schob die Papierverpackung darüber und klebte den kleinen Spezialverschluß des Birkenladens darüber. Jetzt unterschied sich die Packung äußerlich nicht von denen, die unten im Laden gehandelt wurden.

Jack bezahlte am nächsten Morgen das Zimmer und fuhren nach Wnukowo. Bei der Zollkontrolle in Wnukowo mußte Jack die Tasche und den Flugkoffer öffnen. Die Zollbeamten sahen sich alles sehr genau an, als Jack – hilfsbereit für die Exekutive, wie er nun einmal war, – das Geschenkpapier von dem „original Rossija" verpackten Sekt lösen wollte, winkten die Genossen mit einem „njet, eta karascho!" ab, was soviel heißen sollte, das ist schon in Ordnung. Dieser Meinung konnte sich Jack nur anschließen und er packte lächelnd alles wieder ein. An Bord der Maschine, einer Tu 104, kredenzte die russische Stewardess Tscheburcki (Fleischpasteten) mit Pilzen und danach Blintschiki (eine Art Pfannkuchen) mit süßer Rahmsoße und Früchten und dazu armenischen Kognak und grusinischen Tee.

In der nächsten Ausgabe

Kurier Hans erhält einen Sonderauftrag. Ehemalige „DDR"-Bewohner werden bei Besuchen in der alten Heimat von allen möglichen Stellen zu Kontaktgesprächen eingeladen. Gesprächspartner vom Staatssicherheitsdienst schimpfen zum Schein über Mißstände in der „DDR".

Hartes Ringen um Koalition in Israel

AFP, **Jerusalem**

In Israel sind die Führungen des Likud-Blocks und der Arbeiter-Partei gestern zu einer ersten Verhandlungsrunde über die Bildung einer Großen Koalition zusammengetroffen. Die beiden Spitzenkandidaten Yitzhak Shamir und Shimon Peres hatten sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Sie sind jedoch uneins, welcher Politiker mit der Regierungsbildung beauftragt werden soll und damit künftigen Premierminister wird. Nach dem unklaren Ausgang der Wahl vom 23. Juli, bei der die Arbeiter-Partei 44 und der Likud 41 von insgesamt 120 Parlamentssitzen erhielten, ist es bisher noch keinem der beiden Lager gelungen, eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen.

„DDR": Neuer Transit nach Polen

dpa, **Bonn**

Reisende nach Polen können im Transitverkehr durch die „DDR" seit Mittwoch den Berliner Nordring benutzen. Wie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn mitteilte, ist der nördliche Berliner Ring für Reisende offen, die über die Grenzübergänge Gudow-Zarrentin oder Lauenburg-Horst in die „DDR" einreisen und über den Grenzübergang Pomellen-Kolbaskowo ausreisen.

Moskau: Kritik an Panzertruppe

rtr, **Moskau**

Die sowjetische Armeeführung ist mit dem Ausbildungsstand und der Einsatzbereitschaft der Panzerbesatzungen nicht zufrieden. Die Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) berichtete gestern, die Armeeführung sei ernsthaft besorgt über die Ergebnisse von Stichproben im Militärbezirk Ural, einem der wichtigsten Ausbildungsgebiete für Panzerbesatzungen. Junge Panzersoldaten seien vielfach nicht in der Lage gewesen, die Panzer richtig zu fahren oder genau zu schießen. Auch bei Nachteinsätzen hätten sich erhebliche Mißstände gezeigt.

Führerschein prüfen

AP, **Karlsruhe**

Jeder Versicherungsnehmer, der sein Kraftfahrzeug einem Dritten überlassen will, muß sich vorher dessen Führerschein vorlegen lassen. Versäumt er dies, ist der Versicherer berechtigt, den Deckungsschutz zu verweigern. Das hat der Bundesgerichtshof in einem gestern veröffentlichten Urteil entschieden (AZ.: Va ZR 139/82).

„Kommt Honecker, sollte Umtauschärgernis fallen"

WELT-Interview mit FDP-Präsidiumsmitglied Hoppe

DW. **Bonn**

Für das FDP-Präsidiumsmitglied, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Günter Hoppe, sind die jüngsten Ergebnisse der deutsch-deutschen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem neuen Milliarden-Kredit für Ost-Berlin nicht ausreichend. In einem WELT-Interview meint Hoppe, daß während des erwarteten Honecker-Besuchs das „Umtausch-Ärgernis" beseitigt werden müsse. In den jüngsten massiven Moskauer Vorwürfen gegenüber Bonn sieht er eine „agitatorische Hilfestellung" für die „DDR" und eine Mahnung an den „Musterschüler" im Ostblock. Mit Hoppe sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Hoppe, Ihre kritische Äußerung, das jüngste deutsch-deutsche Verhandlungsergebnis sei absolut unbefriedigend, hat CSU-Chef Franz Josef Strauß als „falsch, schädlich und gefährlich" bezeichnet ...

Hoppe: Es gehört schon viel politische Blindheit und Arroganz dazu, um in einem so kurzen Satz gleich drei markante Fehlurteile plazieren zu können.

WELT: Was hätte denn nach Ihrer Meinung besser sein müssen und tatsächlich erreicht werden können?

Hoppe: Am Ergebnis herumzunörgeln, hilft jetzt nicht weiter. Genauso unergiebig ist allerdings auch die jubelnde Lobpreisung des Arrangements als politischer Wert an sich. Gewiß sind die Verbesserungen im humanitären Bereich erfreulich. Dennoch bleibt zu beklagen, daß die seit der drastischen Erhöhung des Zwangsumtauschs bestehenden Belastungen nicht aus der Welt geschafft worden sind. Denn es ist nun einmal die bittere Wahrheit, daß die Menschen in der DDR darunter leiden, daß die Besuche nach der Erhöhung zurückgegangen sind; und: der eingeräumte Rentnerrabatt ist auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

WELT: Was muß der Besuch von SED-Chef Honecker in der Bundesrepublik an Nachbesserung liefern?

Hoppe: Spekulieren bringt uns nicht weiter, und ultimative Forderungen per Interview wären eher abträglich. Es liegt auf der Hand, daß die Beseitigung des Umtausch-Ärgernisses dem Besuch eine neue politische Dimension geben würde.

WELT: Was bedeutet die massive sowjetische Einflußnahme auf die deutsch-deutsche Politik?

Hoppe: Einerseits sehe ich darin eine Mahnung an den Musterschüler in der kommunistischen Welt des Ostblocks. Zum anderen ist es die agitatorische Hilfestellung, mit der Besorgnis bei uns ausgelöst und gleichzeitig politische Verzichtsmentalität produziert werden soll.

WELT: Der Kanzler hat die Koalitionsparteien zur Gemeinsamkeit aufgefordert. Er wendet sich dabei an die FDP wegen deren kritischen Äußerungen zur Deutschlandpolitik, besonders aber zum Umweltthema Buschhaus.

Hoppe: Eine Koalitionsregierung profitiert in der Tat vom Miteinander und nimmt beim Gegeneinander Schaden. Es bleibt die vorrangige Aufgabe des Regierungschefs, unterschiedliche Auffassungen inhaltlich zu bündeln und durchsetzungsfähig zu machen. Der Appell an die FDP zu mehr Koalitionsdisziplin löst Verwunderung aus. Denn allein die Intervention der FDP-Minister im Kabinett hat verhindert, daß hier am Parlament vorbei entschieden worden ist. Wenn dem Bundeskanzler in dieser Lage schon das Verlangen nach mehr Disziplin gerechtfertigt erschien, dann muß immer auch Selbstdisziplin erwartet werden können.



Hans-Günter Hoppe, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender und Präsidiumsmitglied FOTO: PETER MITCHELL

WELT: Wie wird sich der Buschhaus-Kompromiß politisch für Berlin auswirken? Schließlich wird ja dort im nächsten Jahr gewählt.

Hoppe: Was in Niedersachsen gewiß Zustimmung erfahren wird, kann in Berlin schwerlich Begeisterung auslösen. Die Emissionen werden jetzt aus dem 300 Meter hohen Schornstein frisch auf den Berliner Tisch wehen. In einer Stadt, in der die Umweltproblematik schon jetzt Meinungsmacher ist und einen besonders hohen Stellenwert hat, wird das den Regierungsparteien schwer zu schaffen machen – und das sind dieselben wie in Bonn.

USA machen Fortschritte bei den defensiven Weltraumwaffen

Raketenabwehr-Systeme sollen vibrationsfrei gemacht werden / Tests laufen an

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Das amerikanische Programm, Waffensysteme für die Abwehr von Raketen zu entwickeln, macht Fortschritte. Wie von informierter westlicher Seite in Brüssel verlautet, sind die Amerikaner jetzt dazu übergegangen, potentielle Waffenplattformen, die in einer Umlaufbahn im Raum verankert werden könnten, auf Vibrationen zu untersuchen.

Damit hat Washington nach diesen Quellen einen grundsätzlichen technischen Schritt eingeleitet, denn die Beseitigung jeder Vibration in einem Raumwaffensystem gilt als Voraussetzung zur verzugslosen Bekämpfung gegnerischer Raketen-Gefechtsköpfe. Bei dieser Art der Raketenabwehr würden energiereiche Laserstrahlen über Spiegel auf anfliegende Objekte gelenkt.

Zahlreiche technische Probleme dieser Verteidigungsart gelten nach wie vor als ungelöst. Die amerikanische Entscheidung zeigt nach Ansicht dieser Kreise jedoch die Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit, mit der die von Präsident Reagan angekündigte „strategische Verteidigungsinitiative" angepackt wird.

Beobachter äußerten die Vermutung, daß die Sowjetunion, beeindruckt von dem amerikanischen Vorgehen, sich nicht für immer von Verhandlungen über nukleare Waffen fernhalten werde. Das Pendel könnte sonst leicht ins Gegenteil umschlagen, da Moskau bei einem Wettrennen um technologische Vorteile gegenüber der breiten amerikanischen Industriebasis ins Hintertreffen geraten würde.

Gegenwärtig durchlaufe die Sowjetunion eine Phase, in der sie noch vor Beginn der von ihr für den September in Wien vorgeschlagenen Verhandlungen über Weltraumwaffen versuche, die Vereinigten Staaten auf ein Moratorium derartiger Waffentests festzulegen. Da die Trümpfe in Washington liegen würden, sei jedoch mit einem amerikanischen Einlenken nicht zu rechnen. Ein NATO-Beamter sagte: „Moskau will Festlegungen, durch die Verhandlungen eigentlich überflüssig würden. Worüber soll man in Wien noch sprechen, wenn schon vorher dem Verhandlungsgegenstand das Lebenslicht ausgeblasen ist?"

Die Sowjetunion fürchtet nach Ansicht der Beobachter, in Wien auf das Thema der von ihr abgebrochenen Verhandlungen über nukleare Offensivwaffen festgelegt zu werden. Dies sei jedoch der Logik nach unvermeidbar, denn die Verbindung zwischen strategischen Defensivwaffen und dem atomaren Raketenpotential sei unübersehbar.

In Brüssel wird nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion trotz der entgegenkommenden Haltung Washingtons noch Vorwände findet, um die von ihr angeregten Wiener Verhandlungen vorerst nicht stattfinden zu lassen, weil sie eine Beeinträchtigung ihres Prestiges befürchtet, wenn sie in der Frage der Tagesordnung einen Kompromiß einzugehen hätte. Nach bei der NATO bestehenden Beobachtungen würde das Washington wenig berühren. Es werde an seiner strategischen Verteidigungsinitiative festhalten.

Im amerikanischen Wahlkampf dürfte eine sowjetische Absage der Wiener Verhandlungen für die gegenwärtige Reagan-Administration eher positive Auswirkungen haben. Offensichtlich habe Moskau darauf spekuliert, Reagan mit dem Vorschlag, in Wien zu verhandeln, in Verlegenheit zu bringen. Die Administration habe jedoch ihre Position zu den Weltraumwaffen geschickt vor der Öffentlichkeit begründet. Auch ein Wahlsieger Mondale werde sich der Eigengesetzlichkeit des neuen amerikanischen Programms nicht mehr entziehen können.

Sender für afghanische Opposition

Bundeswehrmajor gründet Gesellschaft zur Unterstützung einer Rundfunkstation

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Eine mobile, ausbaufähige Rundfunkstation für die afghanischen Freiheitskämpfer, die gegen die Rote Armee kämpfen, will eine neugegründete Organisation in Fellbach bei Stuttgart zusammenstellen. Träger dieses Projektes „Stimme freies Afghanistan" ist die von Bundeswehrmajor Erik Kothny als Privatperson ins Leben gerufene „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität" (GmbH), die sich Ende August der Öffentlichkeit vorstellen wird.

In einem der WELT vorab zur Verfügung gestellten Papier begründet der Offizier, der Ende 1983 als Gegengewicht zur sogenannten Friedensbewegung das „Fellbacher Forum" gründete und 1982 Afghanistan besucht hat, die Notwendigkeit seiner Initiative: „Seit Weihnachten 1979 diktieren 100 000 Rotarmisten den sozialistischen Alltag am Hindukusch. Die Bilanz: eine Million Tote, vier Millionen Flüchtlinge." Zwar könnten die Deutschen „den Afghanen den Kampf mit der Waffe nicht abnehmen", so Kothny, aber man könne über die rein humanitäre Hilfe hinaus einiges für die Freiheitskämpfer tun.

In Zusammenarbeit mit dem parteilosen afghanischen Wissenschaftler Asis Nadjibi, der in Deutschland Volkswirtschaft studiert hat, will die neue Organisation eine „Medienzentrale" aufbauen. Der erste Baustein soll ein 20-Fuß-Container sein (Kosten zwischen 10 000 und 20 000 Mark), in dem das Herzstück „Studio 1" untergebracht wird. Je nach finanzieller Situation und Spendenbereitschaft von Förderern und Bevölkerung sollen weitere Bausteine hinzukommen: Foto-, Druck-, Archiv-, Funk-, TV-, Energie- und Klima-Container bis hin zu Schule und Unterkunft. Das System sei „in allen Ausbauphasen voll mobil, ob für See-, Luft- oder Überlandtransport", sagte Kothny. Der Sender könne deshalb sowohl innerhalb wie außerhalb Afghanistans eingesetzt werden.

Die neue Organisation versteht sich nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu bestehenden Hilfsverbänden für Afghanistan. Sie wird deshalb das „Afghanistan-Komitee" und die Flüchtlingsorganisation HELP unterstützen, heißt es in der Gründungsmitteilung der „GmbH".

Neben Geld- erhofft sich die Organisation auch Sachspenden, z.B. Transportmittel, Kameras, Schreibmaschinen, Fotoapparate, Ferngläser, Funkgeräte, Schneebrillen, Rucksäcke, Gasmasken.

Major Kothny ist im Zusammenhang mit seinem Engagement für Afghanistan von sowjetischen, „DDR"- und hiesigen kommunistischen Medien polemisch angegriffen worden. Obwohl er seine politischen Aktivitäten ausdrücklich als Privatperson unternimmt, schreib Tass am 1. Februar 1984: „Die westliche Bundeswehr entsendet ihre Militärangehörigen zu den Banden der afghanischen Konterrevolutionäre."

Der Bonner „Prawda"-Korrespondent Juri Jachontow: „Hier wurde bekannt, daß der Bundeswehrmajor Erich Kothny als Journalist getarnt ... als aktiver Teilnehmer bei Bandenunternehmungen des konterrevolutionären Abschaums in Afghanistan teilgenommen hat." Wahrheitswidrig behauptete die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" am 1. Februar dieses Jahres: „Darüber, daß die Bundeswehrführung über Kothnys ‚Reise' informiert war, kann kaum ein Zweifel bestehen. Major Kothny ist kein unbeschriebenes Blatt für Wörner und die Generale: Er gehört zu den Initiatoren des berüchtigten ‚Fellbacher Forums', in dem sich reaktionäre Kreise um ZDF-Moderator Löwenthal und CDU-Mitglieder gegen die Friedensbewegung zusammengeschlossen haben."

In Japan macht Tagebuch über Massaker Furore

Jo. **Bonn**

Ein unscheinbares Tagebuch sorgt bei der heute eröffneten Friedensausstellung in der alten Kaiserstadt Kyoto für erhebliches Aufsehen. In dem erst kürzlich entdeckten, wahrscheinlich einzigen Augenzeugenbericht eines japanischen Soldaten geht es um die japanischen Massaker der kaiserlichen Armee in der südchinesischen Stadt Nanking. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, daß es sich bei dem „Blutbad von Nanking" nicht um die Auswüchse einiger weniger handelte, sondern um eine geplante, gutorganisierte Militäraktion.

Wie dunkel das Kapitel über die ersten sechs Wochen der Okkupation Nankings im Dezember 1937 in der japanischen Vergangenheitsbewältigung bis heute geblieben ist, zeigt der Wunsch der Angehörigen. Sie baten, den Namen des längst gestorbenen Soldaten geheimzuhalten. Die Familie befürchtet Repressalien.

Bislang wurden in den revidierten japanischen Schulbüchern der Überfall auf Nanking und auch die Greueltaten der japanischen Besetzung Chinas und Koreas kraß heruntergespielt oder gar nicht erwähnt. Der darüber 1982 aufgeflammte Schulbuchstreit spaltete das japanische Kabinett. Die „beschönte" Vergangenheit hatte die Beziehungen Japans zu diesen Staaten so stark belastet, daß der Streit erst beigelegt werden konnte, als die Regierung Suzuki eine Korrektur für 1985 ankündigte und offiziell ihr tiefes Bedauern über die japanischen Taten aussprach.

Diesem ungeliebten „Kotau vor der Wahrheit der Geschichte" kam inzwischen Prinz Takahito Mikasa, der jüngere Bruder des japanischen Kaisers, nach. Sein kürzlich veröffentlichtes Buch „Geschichte des Orientalischen Altertums und ich" – inzwischen auf Platz eins der japanischen Bestsellerliste – schildert Einzelheiten über bestialische Morde und Folterungen, die Augenzeugen dem Prinzen 1942, sechs Jahre nach der Tat, schilderten.

Noch schwerer aber wiegen die neu gefundenen Tagebuchaufzeichnungen. Der Soldat war einen Tag nach dem Einmarsch dabei, als die Chinesen zusammengetrieben wurden. „Es waren zu viele für ein Hinrichtungskommando. Unser Zug mußte sich daher zwei schwere und sechs leichte Maschinengewehre von der Kompanie ausleihen ... Es war ein wirklich erbärmlicher Anblick".

Nach chinesischer Darstellung hat die japanische Armee während der ersten sechs Wochen rund 300 000 Menschen getötet. Japan räumt inzwischen in seinen neuen Schulbüchern eine Zahl von „über 100 000" ein. Obwohl der Bruder des Tenno, dessen Einfluß ultranationale Kreise erhöht sehen wollen, mit seiner Autobiographie zum Vorreiter der „neuen Wahrheit" geworden ist, bleibt die Vergangenheit umstritten.

Hörfunk-Hits (1): Beim NDR ist Plattdeutsch eine der ältesten Sprachen

Von Luther haben sie's gelernt

Man solle auf den Markt gehen und dem Volk aufs Maul schaun, schrieb Martin Luther einst in seinem „Sendbrief vom Dolmetschen". Und wohl kein Sender tut dies so ausgiebig wie der Norddeutsche Rundfunk samt seinen drei Landesfunkhäusern in Kiel, Hamburg und Schleswig-Holstein. Seine Plattdeutsche und seine Kirchen-Redaktion mit ihren niederdeutsch ausgestrahlten Beiträgen sind in unserer Hörfunklandschaft einmalig und gehören zu den ältesten Radiosendungen überhaupt.

So existiert die „Plattdeutsche Morgenandacht", von 6.05 bis 6.10 Uhr im NDR II und als Wiederholung im Ersten NDR-Programm um 8.55 Uhr montags bis samstags, bereits seit den fünfziger Jahren, als NDR und WDR noch als NWDR kooperierten. Chef der Kirchenredaktion ist, mit Sitz im Funkhaus Hannover, Eike-Christian Hirsch. Ihm steht als Rundfunkbeauftragter der Hannoveraner Pastor Robert Mehlhose zur Seite, der im Gespräch mit der WELT nicht ohne Stolz auf den 23. September verweisen kann, da der NDR I zum ersten Mal überhaupt einen ganzen Plattdeutsch-Gottesdienst übertragen wird, „live" aus Bad Bevensen.

Für die Fünf-Minuten-Andachten liefern reihum etwa einhundert Geistliche, „aber auch plattsprechende Uhrmachermeister und ein Chirurg und andere" (Mehlhose), die Beiträge, die von der zuständigen Redaktion auf ein halbes Jahr im voraus eingeplant werden. Kontakt zwischen Funk und Autoren wird in gelegentlichen Tagungen gehalten, die Manuskripte liegen vier bis sechs Wochen vor Ausstrahlung vor. „Die Pastoren sprechen ihre Beiträge selbst", sagt der Rundfunkbeauftragte, „das heißt, sie sind ja alle keine geübten Sprecher. Einheitsplatt gibt es bei uns nicht; und so kann es schon mal vorkommen, daß etwa ein katholischer Sprecher aus Oldenburg, der in Hamburg lebt und arbeitet, Leserbriefe mit der Frage ins Haus lockt, wieso denn ein Oldenburger in Hamburg sein Platt spricht."

Daß das Niederdeutsche sich, wie schon zu Zeiten der seligen NORAG, wieder zunehmend stärkerer Verbreitung erfreut, weiß nicht nur der evangelische Geistliche Dirk Ronner, der seit noch nicht langer Zeit an der Universität Hamburg als Lehrbeauftragter für Platt arbeitet, sondern auch Ernst Christ, der gemeinsam mit Jürgen Hingst von Kiel aus alles betreut, was außer den Kirchenbeiträgen und dem „Niederdeutschen Hörspiel", das mit Sitz in Bremen von NDR und Radio Bremen überregional gemeinsam ausgestrahlt wird, mit Platt zu tun hat.

War bis zum 1. Juni dieses Jahres der NDR Hamburg in niederdeutschen Dingen zuständig für alle Landesstudios, so versorgt nun die Kieler Welle Nord in erster Linie Schleswig-Holstein, und zwar – seit 1981 – mit der von Irmgard Harder initiierten Sendung „Bi uns to huus", die von jeweils 55 Minuten jeden Freitagabend auf 70 Minuten wuchs.

„Die regionale Beschränkung garantiert Heimattradition", sagt Ernst Christ und nennt als Themenbeispiele der Sendung: „Die Uferstraßen in Schleswig-Holstein und die dort arbeitenden Menschen; Flohmärkte, Live-Beiträge aus Städten, etwas über Schleifischer und demnächst einen Report über den Alltag auf den Küstenmotorschiffen." Ein weiteres exklusives Welle-Nord-Programm, „Von Binnenland und Waterkant", verlegt sich jeden Mittwoch mit Fünf-Minuten-Kurzgeschichten auf Platt. „Die Kurzgeschichte ist im Norden die populärste literarische Form überhaupt", erklärt Christ.

Überregional am beliebtesten sind die allmorgendlichen fünf Minuten „Hör mal'n beten to" mit Glossen und Alltagsgeschichten, die seit Jahr und Tag von einem festen Sechserteam geschrieben und gesprochen werden – dem Mecklenburger Gerd Lüpke montags, dem Hamburger Hermann Bärthel dienstags, dem Ostfriesen Ewald Christophers mittwochs, dem „reinsten Hamburger" Günter Harte am Donnerstag, am Freitag von Irmgard Harder und samstags von dem Glossenspezialisten Wolfgang Sieg, einem „hamburgisch-holsteinischen Grenzfall", wie Christ sagt.

Außerdem bringt Kiel seit zehn Jahren aus dem Drathen-Hof des Freilichtmuseums bei Kiel einmal pro Wintermonat Aufzeichnungen öffentlicher Hörfunkveranstaltungen mit niederdeutschen Autoren und Rezitatoren, ein Programm, „das ohne jede Werbung jedesmal bis auf den letzten Platz besetzt ist". Kiel sendet außerdem die „Niederdeutsche Chronik", eine Hochdeutsch-Sendung mit Schwerpunkten Heimatkunde und Kulturgeschichte (Beispiele: Drukkerkunst in Holstein, Kleidung auf dem Lande im 19. Jahrhundert), und regelmäßig die Region betreffende Beiträge für das NDR-„Morgenmagazin".

„Kunstsprache und Alltagssprache", sagt Christ, „interessieren uns gleichermaßen, sind aber zwei völlig verschiedene Dinge." Und wenn es ans Überregionale geht, dann hat sich zwischen Flensburg und Westfalen eine Sprache als beste Ausgleichsform herausgeschält, die sich, so der Rundfunkmann, am ehesten als Mischung aus Ohnsorg-Theater und Funk bezeichnen ließe. „Hätte man den Zeitungen und Fachschriften immer geglaubt, dann hätte das Plattdeutsche schon 1850 ausgestorben sein müssen. Es stirbt seit 140 Jahren aus."

Recht hat er, das Niederdeutsche ist kregel wie eh und je. Nur – hat früher das Elternhaus für seine Erhaltung gesorgt, so tut das heute zunehmend der Arbeitsplatz. Dies und vieles zu Optimismus Anlaß Gebende hat jedenfalls das Bremer Institut für Niederdeutsche Sprache herausgefunden.

Arbeitsplatz, Marktplatz, die lebendige Sprache der Menschen: „Prominente interessieren uns für unsere Sendungen nicht", sagt Ernst Christ, „sondern die Alltagsmenschen und ihr Alltag in Geschichte und Gegenwart. Wenn wir von irgendwoher eine Sendung machen, dann gehen wir nicht zum Bürgermeister. Wir fragen den Friseur des Ortes."

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Ein halbes Jahrhundert danach

Ein Wiener Ehepaar erinnert sich nach 50 Jahren an den von Hitler nicht abgesegneten SS-Putsch gegen die autoritäre Regierung Dollfuß am 25. Juli 1934. Der Autor dieses TV-Spiels im ZDF, Hellmut Andics, ist Experte für die Geschichte des sogenannten Anschlusses.

Für sein quasi dokumentarisches Stück **Heiße Tage im Juli** erfand Andics zwei Verschwörer, Eduard Gorek und Paul Mitzko, Busenfreunde, beide in der illegalen SS-Standarte 89, beide ausersehen, an der Besetzung der RAVAG, des Rundfunksenders, teilzunehmen.

Im etwas verwirrend angelegten „Spiel" wechseln Dokumentation und gestellte Szenen, springt die Erzählung aus der Gegenwart ein halbes Jahrhundert zurück. Da hatte der Zuschauer mitunter schon Mühe, den roten Faden nicht zu verlieren.

Nicht zuletzt unter dem Einfluß seiner Freundin Fritzi, Schwester von Paul Mitzko, verwimmelt sich sozusagen Eduard fünf Minuten vor dem Beginn des Putsches, während Mitzko durchhält, bei der Schießerei in der RAVAG schwer verwundet wird und dann heimlich über die Grenze ins „Altreich" gebracht wird. Mitzko kehrt erst im Juli 1938 nach Wien zurück, vier Monate nach dem „Anschluß".

„Verräter"-Freund Gorek, nunmehr zum Leutnant der großdeutschen Wehrmacht befördert, hat Pauls Schwester Fritzi geheiratet, ist etabliert. Der völlig desillusionierte alte „Juli-Kämpfer" Mitzko mit einem lahmgeschossenen Bein findet binnen Stunden bei einer Auseinandersetzung mit dem „Verräter" den Tod: Er stürzt aus dem Fenster seiner Mansarde auf die Straße.

Für Kenner österreichischer Zeitgeschichte sicher ein interessantes Spektakel, für das deutsche Publikum ebenso sicher eine nicht leicht verständliche Szenenfolge.

WALTER GÖRLITZ

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

6.00 Guten Morgen, Olympia
Kurzfassung der wichtigsten Entscheidungen
10.00 heute
10.03 Dear Mr. Wonderful
Von S. Koperwas und P. Lillenthal
11.55 Umschau
12.15 Brennpunkt
12.55 Presseschau
13.00 heute

13.20 Olympische Sommerspiele
Höhepunkte der Olympianacht
16.00 Tagesschau
16.10 Ick baumle mit de Beene
Lieder, Szenen und Gedichte
Mit Ursela Monn, Helen Vita u. a.
Auf dem Weg zur Theaterprobe in Berlin macht die Schauspielerin Ursela Monn die einzelnen Stationen zu Schauplätzen von Liedern und Dialogen: Kongreß-Zentrum, Zoo, Hinterhöfe und Flohmarkt. Hier interpretiert sie Texte von Brecht, Tucholsky und Hollaender.
16.55 Lemmi und die Schmöker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
18.30 Olympische Sommerspiele
Dabei in Los Angeles
Live und Aufzeichnungen
Schwimmen / Rad Bahn
20.00 Tagesschau
20.15 Olympische Sommerspiele
Live und Aufzeichnungen
Boxen / Radsport Bahn / Handball Herren (Deutschland – Spanien) / Ringen griechisch-römisch
22.45 Tagesthemen
23.15 Olympische Sommerspiele
Dabei in Los Angeles
Live und Aufzeichnungen
Radsport Bahn / Ringen / Handball Herren (Deutschland – Spanien) / Basketball (Deutschland – Ägypten) / Wasserball (Deutschland – Japan)
1.00 Tagesschau

14.30 Mosaik
15.00 heute
15.03 Die unmögliche Sophie
16.00 Ferienkalender
16.20 Die Schlümpfe
16.35 Puschel, das Eichhorn
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Das Mädchen Lilian
19.00 heute
19.30 Leute wie Du und ich
Vier Geschichten von Herbert Reinecker
Mit Harald Juhnke u. a.
20.30 Ganz schön sportlich!
Goofys lustige Olympiade
21.00 Praxis-Patientenanwalt
21.45 heute-journal
22.05 Unter dem Joch der Befreier
Kambodscha und die Besatzungsmacht Vietnam
22.50 Zwei rechnen ab
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Kirk Douglas, Burt Lancaster, John Hudson u. a.
Regie: John Sturges
0.50 heute
1.00 Olympische Sommerspiele
Olympia live
Entscheidungen:
Schwimmen / Kunstturnen / Ringen griechisch-römisch / Gewichtheben / Fechten / Hockey Herren (Deutschland – Australien)



Die Berliner Schauspielerin Ursela Monn in ihrer ersten Personality-Show (Ick baumle mit de Beene – ARD, 16.10 Uhr) FOTO. RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Der Held von Tannenberg
Ruhm und Nachruhm von Paul von Hindenburg
19.45 Fahr' doch selbst hin
Auf Stippvisite im Luftbahnhof

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Gefährliche Leidenschaft
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Regie: Joseph H. Lewis
21.40 Diderot
Fragment aus dem Leben eines Verschwenders
22.35 Mord als Motiv in der Bildenden Kunst
Film von Rainer K. G. Ott
23.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik – Gymnastik
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur fur Rheinland-Pfalz.
19.00 Abendschau
Nur fur das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Stolz und Vorurteil
Englischer Fernsehfilm
20.25 Lion Feuchtwanger
Deutsche Literatur im Exil
20.55 Kulturlandschaft: Hegau
Der Hegau gehört zu den deutschen Landschaften, die der Reisende auf dem Weg an den Bodensee oder in die Schweiz oft berührt, aber nie richtig kennenlernt.
21.40 Rhône-Alpes
Frankreichs grandiose Region
22.05 Bei lebendigem Leibe
Der Maler Jorg Ratgeb
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
Der blaue Brief
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Kielwasser
Mit Götz George, Eberhard Feik u. a.
Regie: Hajo Gies
20.40 Z. E. N.
20.45 Der schweigende Schrei
Pantomime – Die wortlose Predigt
21.30 Rundschau
21.45 Jedermann für jedermann (1)
Gespräche mit Klaus Maria Brandauer
23.25 Rundschau

Gute Chance für Vernunft

HH – Die heute in Wien beginnende 4. UN-Konferenz für industrielle Entwicklung (Unido IV) ist – im Gegensatz zu ihren Vorgängern – weder mit Vorschußlorbeer noch mit überzogenen Erwartungen bedacht worden. Das erhöht die Chancen, daß bei dieser Konferenz – im Gegensatz zu ihren Vorgängern – Vernünftiges herauskommt.

Entwicklungsminister Warnke hat zu Recht daran erinnert, daß die Blütenträume von der Industrialisierung der Dritten Welt als Schwerpunkt und Vorhut der Entwicklung nicht gereift seien. Viele Entwicklungsländer haben Unmögliches davon erwartet. Die überzogenen Erwartungen wichen oft erst nach kostspieligen Experimenten der Ernüchterung. Die Unido hat solchen Erwartungen bisher mit absurden Vorgaben über eine gleichsam verordnete Verlagerung ganzer Industriezweige in die Dritte Welt zusätzliche Nahrung gegeben.

Wenn man in Wien etwas nüchterner und differenzierter zu Werke geht und die Industrialisierung nach ihren jeweiligen Realisierungschancen betrachtet, kann ein konstruktiver Nord-Süd-Dialog herauskommen. Das ist zwar nach den bisherigen Erfahrungen mit Mammutkonferenzen wenig wahrscheinlich. Es spricht jedoch nichts dagegen, es zu versuchen.

Gerade der durch die stürmische Entwicklung vor allem der Mikroelektronik ausgelöste Innovationsschub berührt auch ganz entscheidend die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Standortvorteile gehen oft über Nacht verloren. Um so wichtiger ist eine sachliche Diskussion.

Olympisch

lf – Für viele Experten ist die Dollarhausse ein Rätsel. Denn nach der üblichen Lehrmeinung müßte der Dollar auf Grund des hohen US-Leistungsbilanzdefizits eher fallen als steigen. Von den Zinsen abgesehen spricht kaum etwas für einen festen Dollar. Wenn die herkömmlichen Theorien versagen, ist die Versuchung groß, die abenteuerlichsten Erklärungsweisen in die Welt zu setzen. So berichtet die Nachrichtenagentur Reuter jetzt über einen Frankfurter Händler, der die Olympischen Spiele als „Haussefaktor" entdeckt hat. Er meint: „Die Aufmerksamkeit der Welt richtet sich jetzt eben auf die USA und dies kommt auch der Währung des Landes zugute." Immerhin scheinen aber nicht alle Märkte von Olympia angeregt zu werden. Der amerikanische Aktienmarkt dümpelt ebenso wie in den letzten Wochen herum. Und selbst der Goldmarkt, der doch von der Goldmedaillenflut profitieren könnte, tritt seit Wochen auf der Stelle. Die in den letzten Jahren enttäuschten Anleger würden sich über solche olympischen Impulse für das gelbe Metall gewiß freuen.

LATEINAMERIKA / Langjährige Umschuldung und bessere Konditionen gefordert

Neues Paket könnte das Ende eines möglichen Schuldnerkartells sein

PETER BAUER, New York

Mit Forderungen von drei großen Schuldnerländern nach langjährigen Umschuldungen zu viel günstigeren Konditionen, als sie bisher von den ausländischen Gläubigerbanken gewährt worden sind, ist die lateinamerikanische Schuldenkrise in ein neues Stadium getreten. Brasilien will seine Forderungen am Donnerstag dem Steuerungsausschuß der ausländischen Gläubigerinstitute in New York vorlegen.

Venezuela hat seine Pläne in der vergangenen Woche in der US-Finanzmetropole unterbreitet, und Mexiko verhandelt nach Darstellung von US-Bankenkreisen seit Anfang Juli über ein mittelfristiges Umschuldungsprogramm. Es soll die laufenden Umschuldungsgespräche ablösen, die die ausländischen Gläubigerbanken seit dem Beginn der Schuldenkrise im August 1982 mit praktisch allen großen lateinamerikanischen Nationen geführt haben.

Lateinamerika schuldet dem Ausland 350 Mrd. Dollar (980 Mrd. DM), davon einen erheblichen Teil den amerikanischen Großbanken. Mexiko und Brasilien stehen mit jeweils über 90 Milliarden Dollar in der Kreide, während die Auslandsschulden Venezuelas auf 34 bis 37 Milliarden Dollar geschätzt werden. Die Banken, die sich bisher noch nicht geäußert haben, sind offensichtlich vor allem den Umschuldungswünschen Mexikos und Brasiliens gegenüber aufgeschlossener.

Ein Umschuldungspaket würde das Ende eines möglichen Schuldnerländer-Kartells bedeuten und Druck auf Argentinien ausüben, ebenfalls mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein wirksames Sanierungsprogramm handelseinig zu werden. Venezuela ist noch einen Schritt weiter gegangen und besteht auf neuen finanzierbaren Abmachungen mit den Auslandsbanken, ohne daß eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds über ein Selbsthilfe-Programm mit strikten wirtschaftspolitischen Auflagen unter Dach und Fach ist.

Venezuela hat durch seinen Unterhändler Carlos Guillermo Rangel in der vergangenen Woche in New York gefordert, daß die Banken bis zu 27 Mrd. Dollar an staatlichen Schulden, die von 1983 bis 1990 fällig werden, auf 15 Jahre umschulden. Dafür will Venezuela nur ein Freijahr, in dem nur Zinsen gezahlt werden. Das Land will aber „festgelegte" gleichbleibende Rückzahlungsraten mit 13 Prozent Festzinsen. Wie bei einer Hypothek sollen in den Anfangsjahren bei gleichbleibenden Rückzahlungsbeträgen überwiegend Zinsen und wenig Kapital und später steigende Kapitalbeträge abgetragen und sinkende Zinsleistungen getätigt werden. Das Land hat mit den Banken eine dreimonatige Verlängerung eines Rückzahlungmoratoriums vom 1. August 1984 an vereinbart, und hofft, bis Ende Oktober ein langfristiges Umschuldungspaket unter Dach und Fach zu bringen.

Brasilien wird in New York versuchen, ein langjähriges Umschuldungsprogramm mit mehreren Freijahren durchzusetzen, in denen nur Zinsen gezahlt werden. Bis 1989 muß Brasilien sonst 57 Mrd. Dollar an Schulden tilgen, die zwischen 1985 und 1989 fällig werden. Das Land muß zusätzlich zwölf Milliarden Dollar an Zinsen pro Jahr zurückzahlen. Das am höchsten verschuldete Land der Welt will für 1985 auch Neukredite in Höhe von drei bis vier Milliarden Dollar gegenüber 6,6 Milliarden Dollar im laufenden Jahr aufnehmen. Brasilien und Mexiko setzen sich auf für die Verwendung des Londoner Interbanksatzes (Libor-Zins) ein, der weniger starke Schwankungen aufweist als die US-Primerate.

Die Strategie der drei großen Schuldnerländer läuft nicht auf eine Einheitsfront hinaus, doch ist eine gewisse Abstimmung und einheitliche Zielrichtung erkennbar. Dies war ein Ziel, das man auf der lateinamerikanischen Schuldnerkonferenz in Cartagena (Kolumbien) vor wenigen Wochen angestrebt hatte. Mexiko und Brasilien haben nämlich grundsätzlich die gleiche Forderung nach einer mehrjährigen Atempause und günstigeren Kreditkonditionen. (dpa/VWD)

DIW

Sparneigung der privaten Haushalte bleibt gedämpft

PETER WEERTZ, Berlin

Mit einer weiter gedämpften Sparneigung der privaten Haushalte rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) trotz der konjunkturellen Belebung 1984 und 1985. Als Gründe hierfür nennen die Berliner Konjunkturforscher die „gedrückten Realeinkommen" und die Arbeitslosenzahlen. Am wenigsten gesunken sei die Sparquote der Haushalte der Selbständigen, obgleich sich deren wirtschaftliche Situation ebenfalls verschlechtert habe. Hier wirke sich aber aus, daß zur Zeit Geldersparnisse eine bessere Rendite versprechen als die Verwendung der Gewinne für Investitionen im eigenen Betrieb.

Seit 1975 ist nach Angaben des Berliner Instituts der Anteil der ersparten Gelder der privaten Haushalte am verfügbaren Einkommen (Sparquote) von 15 auf jetzt 11,5 Prozent gesunken. Die privaten Haushalte haben freilich 1983 noch 123,1 (Vorjahr 135,8) Mrd. DM gespart. Seit 1970 hat sich damit immerhin die Ersparnis der privaten Haushalte mehr als verdoppelt.

Im vergangenen Jahr ist die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte auf 114,9 Mrd. DM zurückgegangen, nachdem sie in den beiden Vorjahren noch 125,7 und 129,2 Mrd. DM betragen hatte. An dieser Geldvermögensbildung waren die Spareinlagen bei Banken mit 30,5 (36,2), die Sparbriefe mit 11 (14,3) sowie die Geldanlage (Prämien) bei Bausparkassen mit 4,8 (4,8) und bei Versicherungen mit 36,2 (31,8) Mrd. DM beteiligt.

Zum Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren wurden 17,6 (17,2), von Aktien 3,7 (0,5) und sonstigen Geldmarktpapieren 1,4 (1,9) Mrd. DM ausgegeben. Turbulenzen gab es nach Ansicht des Instituts in den vergangenen Jahren bei der Geldanlage auf Sparkonten: „Während früher in der Regel jeweils mehr als ein Drittel des neugebildeten Geldvermögens in diese traditionelle Sparform floß, wurden 1981 per Saldo fast drei Mrd. DM von Sparkonten abgezogen und zugleich erhebliche Mittel als Termingelder angelegt oder zum Kauf festverzinslicher Wertpapiere verwendet."

Wie sehr die Sparer inzwischen auf das Zinsniveau reagieren, zeigt die Auffüllung der Sparkonten seit 1982, als die kurzfristigen Zinssätze wieder nachgaben. Gleichzeitig vermutet das Institut allerdings, daß der größte Teil der jährlichen Spareinlagen seit 1982 aus Zinserträgen stammt, die die Sparer auf ihren Konten beließen. Infolge der beachtlichen Rendite hätten die Sparer außerdem erhebliches Interesse an den Sparbriefen bekundet.

Der Geldvermögensbildung durch private Haushalte stehen die Kreditaufnahme zu Konsumzwecken gegenüber. Hier wurden 1983 Konsumkredite von zwölf Mrd. DM – das sind zwei Drittel mehr als 1981 – in Anspruch genommen.

Ende des Aufschwungs?

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Nach dem steilsten Konjunkturaufschwung in 35 Jahren hat in den USA die Talfahrt begonnen. Das bestätigte der Index der führenden Wirtschaftsindikatoren, der im Juni zum erstenmal seit August 1982 gesunken ist, und zwar gleich um 0,9 Prozent. Offen sind jedoch noch Tempo und Tiefe des Abschwungs. Von ihnen hängt es auch ab, wie schnell der Dollarkurs vom Markt korrigiert wird.

Schon bei einem Vergleich des ersten und zweiten Quartals 1984 hat sich in den USA das Wachstum, gemessen am Bruttosozialprodukt, verlangsamt. Preisbereinigt verringerte es sich von 10,1 auf 7,5 Prozent. Aber dieses Tempo war ohnehin nicht durchzuhalten. Was sich nun abzeichnet, ist im günstigsten Fall eine Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten; wegen der Zinsbremsen ist ein stärkeres Abrutschen allerdings nicht auszuschließen.

Der vom US-Handelsministerium zusammengestellte Index zeigt erfahrungsgemäß den künftigen Konjunkturverlauf mit hoher Treffsicherheit an, wenn die einzelnen Indikatoren in drei Monaten hintereinander in die gleiche Richtung marschieren. Ein Urteil liegt mithin im September vor. Eine Revision des Juni-Resultats ist durchaus wahrscheinlich; aber solch ein Minus – das höchste seit Oktober 1981 – läßt sich bestenfalls halbieren. Die Abschwächung im zweiten Halbjahr muß als sicher gelten.

Der wichtige Index, der schon im Mai und April um bescheidenere 0,4 (ursprünglich minus 0,1) und 0,5 Prozent gestiegen war, unterstreicht die in dieser Phase des Konjunkturzyklus typischen Schwachpunkte. Von zehn verfügbaren Indikatoren zeigten sieben nach unten. Dazu gehörten die Ordereingänge für Konsumgüter und Vormaterialien zu Preisen von 1972, die Lieferzeiten, Firmengründungen, Investitionsgüter-Aufträge, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Anträge auf Arbeitslosenunterstützung.

Nach oben zeigten Baugenehmigungen und die Geldversorgung, ebenfalls gemessen am 72er Preisniveau. Nicht verändert hat sich die durchschnittliche Arbeitswoche. Mit großer Deutlichkeit signalisiert der Index, daß die seit August 1982 stetig gestiegenen Zinsen die Verbrauchernachfrage bremsen. Darauf reagieren die Unternehmen, die inzwischen auch auf höheren Lagerbeständen sitzen, mit einer Drosselung der Orders, während gleichzeitig die Investitionsneigung der Produzenten abnimmt.

Noch deutlicher wird der Abwärtstrend bei diesem Vergleich: Im Monatsschnitt des ersten Halbjahres 1984 hat der Index um 0,4 Prozent zugenommen, verglichen mit 0,7 Prozent von Juli bis Dezember 1983. US-Handelsminister Malcolm Baldrige begrüßte das Juni-Ergebnis und sagte für das zweite Halbjahr eine „dauerhafte reale wirtschaftliche Wachstumsrate von drei bis vier Prozent bei sinkenden Zinsen" voraus.

Eine solche Entwicklung käme der erwünschten „weichen Landung" gleich. Aber in den privaten amerikanischen Wirtschaftsinstituten werden auch andere Szenarien gehandelt. Dort kann man sich vorstellen, daß Präsident Reagan etwas ähnliches erlebt wie sein republikanischer Vorgänger Gerald Ford im Wahljahr 1976: Damals ließ die US-Wirtschaft zur gleichen Zeit Dampf ab; vor dem Urnengang im November kletterten plötzlich die Arbeitslosenzahlen – Jimmy Carter schlug knapp Jerry Ford.

Denkbar ist aber auch, daß die USA für Ausländer als Anlageland an Attraktivität verlieren, wenn der Abschwung schärfer ausfällt. Dann sind die Renditen nicht mehr so verlockend, zumal das Währungsrisiko angesichts des enormen US-Leistungsbilanzdefizits an Bedeutung gewinnt. Die Folge wäre ein Nachlassen der Kapitalströme in die USA, wo die Zinsen steigen würden. Die Konsequenz wäre eine erneute Rezession, jedoch frühestens Mitte 1985. Nicht zu unterschätzen sind die Erwartungen, die schon jetzt umkippen können.

Ideal wäre es, wenn Washington in der neuen Konjunktursituation schnell das riesige Haushaltsdefizit zurückschneiden würde. Von der Treasury sonst benötigtes Kapital würde frei und die Zinsen in den USA drücken. Neutralisiert werden würden die Ausfälle bei der Kapitaleinfuhr. Auf ein den volkswirtschaftlichen Grunddaten entsprechendes Kursverhältnis würde der Dollar zurückgeführt. In den kommenden zwei Monaten werden die führenden Konjunkturindikatoren mit Sicherheit genauer beobachtet als je zuvor.

AUF EIN WORT



„Anpassung an Umweltveränderungen ist Überlebensvoraussetzung für Organismen und lebensentscheidend für Organisationen."

Dr. Franzjosef Höfler, Generalbevollmächtigter der Henkell & Co. Sektkellerei, Wiesbaden. FOTO: DIE WELT

CBI: Unternehmer pessimistischer

fu. London

Zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren ist das Vertrauen bei britischen Unternehmern in die Wirtschaftsentwicklung gesunken. Das geht aus der Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei 1685 Mitgliedsunternehmen der verarbeitenden Industrie hervor. Nach der Geschäftslage in ihrem Wirtschaftsbereich befragt, antworteten 18 Prozent, sie seien weniger optimistisch, und nur 15 Prozent, sie seien „optimistischer". Bei der letzten Umfrage im April – noch vor dem Hafenarbeiter-Streik – waren 36 Prozent der Befragten voller Optimismus und nur zehn Prozent brachten weniger Optimismus zum Ausdruck. Aus Gesprächen mit Unternehmern nach dem Ende des Streiks gehe, so der Industrieverband, aber hervor, daß die meisten weiterhin mit der Fortsetzung des Erholungsprozesses weit ins nächste Jahr hinein rechnen.

FERNMELDEWESEN IN DER DRITTEN WELT

Bonn beteiligt sich nicht am internationalen Fonds

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird sich nicht an einem internationalen Fonds zur Finanzierung des Fernmeldewesens in der Dritten Welt beteiligen. Das hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Entwicklungsministerium (BMZ), Volkmar Köhler (CDU), gestern in Bonn erklärt. Köhler vertritt die Bundesregierung auf der bis morgen dauernden dritten Tagung der „Unabhängigen Kommission zur weltweiten Entwicklung des Fernmeldewesens" in München.

Die von der Internationalen Fernmeldeunion eingesetzte Kommission hatte die Einrichtung eines solchen Finanzierungsfonds gefordert. Nach ihren Vorstellungen soll er für die Dauer von zehn Jahren mit drei Milliarden Dollar jährlich dotiert werden. Die Mittel sollen aus Überschüssen der Fernmeldeverwaltungen in den Industrieländern kommen. Bonn lehnt diese Vorstellungen aus mehreren Gründen ab. Bisher figuriert das Fernmeldewesen offiziell nicht unter den vom BMZ ausgewiesenen Sektoren der Zusammenarbeit. Seit Gründung des BMZ (1961) sind hierfür bisher gut 1,4 Milliarden Mark zugesagt worden.

Die Bundesregierung unterstützt auf bilateraler Ebene einige solcher Projekte, wenn damit zum Beispiel die Erschließung ländlicher Räume gesichert werden kann oder wenn es um die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) geht.

Darüber hinaus, so Köhler, könne die kommerzielle Finanzierung des Fernmeldewesens auch in der Dritten Welt kein Problem darstellen, da man von den Teilnehmern des Telefonnetzes kostendeckende Preise verlangen könne.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

RWI: Keine Hoffnungen auf zusätzliche Arbeitsplätze

HARALD POSNY, Düsseldorf

Hoffnungen, daß durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt, sind nur wenig begründet. Das stellt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, in einer Studie fest. Dennein zunehmender Teil des Arbeitskräftebedarfs konzentriere sich auf Dienstleistungssektoren und dienstleistungsorientierte Tätigkeiten.

Für diese haben der Studie zufolge in der Vergangenheit Rationalisierungsreserven bestanden, die relativ rasch zum Ausgleich von Kostensteigerungen genutzt wurden. Daneben bevorzugten auch bedeutende Zweige des verarbeitenden Gewerbes (z. B. Chemie oder Elektroindustrie) schon in den 60er Jahren eine Anpassung an Arbeitszeitverkürzungen über eine beschleunigte Steigerung der Produktivität je geleistete Arbeitsstunde. Mitentscheidend waren dabei im Bereich von Großbetrieben die Rationalisierungsmöglichkeiten durch unternehmensinterne Umsetzung von Arbeitskräften.

Generell bergen Arbeitszeitverkürzungen bei unsicheren Wachstumsaussichten – so die Studie – stets die Gefahr in sich, daß mit ihnen verbundene Kostenerhöhungen, sofern sie nicht über Preis- oder Produktivitätserhöhungen ausgeglichen werden können, die Unternehmen zur Einschränkung ihrer Aktivitäten veranlassen und somit die Beschäftigungslage nicht verbessert, sondern verschärft wird. Es überrasche daher auch nicht, daß Befürworter der Arbeitszeitverkürzung vielfach zusätzlich die Kontingentierung von Überstunden und Rationalisierungs-Schutzabkommen fordern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Urlaub

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen

	1982	1983	1984 (Schätzung)	
es verreisten …	70	67	62	… von 100 Familien
durchschnittl. Ausgaben	2.109	2.076	2.052	je Reise in DM
Reisedauer	21	23	23	Tage

imu 84 07 35 — Quelle: Stat. Bundesamt, e.B.

Die Bundesbürger sind immer noch Weltmeister in Sachen Urlaubsreisen. Die wirtschaftliche Erholung 1983 hat aber auf diesem Gebiet in der Kategorie „Familien mit mittlerem Einkommen" keine weitere Expansion gebracht. Im Gegenteil: Die Reisedauer wurde verlängert, die Ausgaben aber verringert. Insgesamt gesehen ließ der Anteil der Familien, die eine längere Urlaubsreise unternahmen, spürbar nach. QUELLE: IMU

Sparer zinsbewußter

Köln (dpa/VWD) - Die deutschen Sparer verhalten sich heute wesentlich zinsbewußter als zu Beginn der 70er Jahre. Nach einer Übersicht des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) ging der Anteil von Bargeld und Giroeinlagen am Geldvermögen seit 1970 von 9,9 auf 7,6 Prozent (1983) zurück. Der Anteil der Sparbuch-Einlagen sank gleichzeitig von 39,7 auf 29,8 Prozent. Gewinner waren hauptsächlich die höherverzinslichen Termingelder und Sparbriefe, die in diesem Zeitraum 8,8 Prozentpunkte zulegen konnten. Beinahe vervierfacht habe sich in diesen 13 Jahren das Geldvermögen der privaten Haushalte, nämlich von 517 Mrd. Mark auf 1,87 Billionen Mark 1983.

Gerste mit Rekorderträgen

Bonn (VWD) – Die Wintergerstenernte ist im Rheinland auf 98 000 ha abgeschlossen worden. Wie die Landwirtschaftskammer Rheinland mitteilte, schwanken die Erträge um rund 58 Dezitonnen je ha, womit das Druschergebnis des Rekordjahres 1982 eingeholt worden ist. Ein Wermutstropfen bleibt nach Angaben der Kammer die Preisentwicklung, weil die bisher erzielten Preise um etwa 1,50 bis zwei Mark unter dem Vorjahrespreis liegen.

Darlehen verbilligt

Hannover (dl) – Das Land Niedersachsen senkt die Zinsen des Landesdarlehens-Programms. Dies kündigte Wirtschaftsministerin Breuel in Hannover an. Der bisher übliche Zinssatz für Gelder aus diesem mit 158 Mill. Mark ausgestatteten Programm von 5 Prozent ist auf 4 Prozent herabgesetzt worden. Wer sich selbständig machen wolle, könne sogar mit einem Zinssatz von 3 Prozent rechnen. Für Antragsteller aus dem Zonenraum gilt der Zinssatz von einem Prozent.

Prämien gesenkt

London (VWD) – Die im Institute of London zusammengeschlossenen Versicherungs-Zeichner, die vor allem die Lieferungen von Ölgesellschaften versichern, werden die Prämienaufschläge für Frachten von Schiffen, die den Persischen Golf anlaufen, zurücknehmen. Da es in der letzten Zeit nicht mehr zu Angriffen auf Schiffe in dieser Region gekommen ist, werden die Prämien für Schiffsladungen, die in Iran angelandet werden, mit Ausnahme der am nächsten zu Irak liegenden Häfen, mit Wirkung vom 1. August auf zwei Prozent des Wertes festgelegt. Noch vor einigen Wochen waren es bis zu sieben Prozent des Frachtwertes für Lieferungen nach Kharg.

Ausländer gleichbehandelt

Bonn (rjg) - Ausländische Anbieter werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht benachteiligt. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Grüner (FDP), auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dörflinger (CDU) klargestellt. Dörflinger hatte sich erkundigt, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, daß ein stark von Subventionen profitierender belgischer Textilkonzern seine Exporterfolge besonders deutschen Staatsaufträgen verdanke. Grüner betonte, sowohl die einschlägigen deutschen Bestimmungen als auch EG-Recht schrieben die Gleichbehandlung von In- und Ausländern vor.

Liquiditätshilfe für Banken

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Deutsche Bundesbank hat im Rahmen ihres jüngsten Wertpapierpensionsgeschäftes den Kreditinstituten 7,3 Mrd. Mark zur Verfügung gestellt. Insgesamt hatten die Banken Gebote über 20,2 Mrd. Mark abgegeben. Wie die Bundesbank mitteilte, blieb der Zinssatz bei 5,7 Prozent. Gegenüber dem letzten Wertpapierpensionsgeschäft hat sich damit der Zinssatz nicht geändert. Die Wertpapiere müssen nach 32 Tagen von den Kreditinstituten zurückgekauft werden.

Mehr Stahl erzeugt

Washington (sbt.) – In den USA erreichte die Rohstahlerzeugung im ersten Halbjahr 1984 rund 46,2 Millionen Tonnen, verglichen mit 36,1 Millionen Tonnen im Vorjahrszeitraum. Das Niveau liegt aber immer noch unter dem der letzten 20 Jahre. Die Auslastung verbesserte sich von 53,6 auf durchschnittlich 71,4 Prozent, wobei aber die Produktionskapazitäten von 67,9 auf 61,1 Millionen Tonnen reduziert worden sind. Auf das Stranggußverfahren entfielen 35,9 (30,3) Prozent der Erzeugung.

BETRIEBSRENTEN

Kritik an ungünstigen Rückstellungsvorschriften

dpa/VWD, Köln

Ungünstige Rückstellungsvorschriften und die Dynamisierung der Betriebsrenten haben die Rahmenbedingungen der betrieblichen Altersversorgung nach Meinung des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, deutlich verschlechtert. Die Aufwendungen der Unternehmen für die betriebliche Altersversorgung sind nach den Berechnungen des Instituts zwischen 1977 und 1983 um knapp 50 Prozent auf 9,4 Milliarden Mark gestiegen. Bis 1987 sei eine weitere Erhöhung auf 11,5 Milliarden Mark zu erwarten.

Die gesetzliche Bestimmung, Versorgungsrenten in der Regel alle drei Jahre an die Kaufkraftentwicklung anzupassen, habe sich als „finanzieller Bumerang" für die Unternehmen erwiesen, da für diesen unvorhersehbaren Kostenanstieg keine steuermindernden Rückstellungen gebildet werden dürften. Die Dynamisierung der Betriebsrenten habe in Einzelfällen zu Mehrbelastungen von bis zu 70 Prozent geführt.

Das Institut fordert, daß die Gewährung von Betriebsrenten für die Unternehmen wieder kalkulierbar gemacht werden müsse. Nur so könne das Ziel erreicht werden, die Betriebsrente als „zweites Bein" der Alterssicherung für möglichst viele Arbeitnehmer zu etablieren.

Es verweist darüber hinaus auf die zusätzliche Kostenbelastung durch die vorgeschriebenen Beiträge für den Pensionssicherungsverein. Sie erreichten 1983 immerhin 550,7 Millionen Mark. Seit Gründung dieser Einrichtung im Jahre 1974 habe sich das Schadens- und Beitragsvolumen verdoppelt.

GEWERBESTEUER / Institut der Steuerzahler setzt sich für einen Abbau ein

„Wirtschaftswachstum beeinträchtigt"

HEINZ HECK, Bonn

Die Gewerbesteuer weist nach Meinung des Bundes der Steuerzahler von allen zur Zeit erhobenen Steuern die schwerwiegendsten Mängel auf. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie über „Abbau und Ersatz der Gewerbesteuer" des Karl-Bräuer-Instituts.

Zu den gravierenden Nachteilen gehöre die Mehrfachbesteuerung von Einkommen und die Verzerrung des nationalen und internationalen Wettbewerbs. Die Gewerbesteuer widerspreche einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und verursache übermäßige Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden sowie stark schwankende Einnahmen der Gemeinden im Konjunkturverlauf. Als teilweise ertragsunabhängige Belastung beeinträchtige sie das wirtschaftliche Wachstum und verschärfe Beschäftigungsprobleme.

Als Ersatz für die Gewerbesteuer schlägt das Institut des Bundes der Steuerzahler eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer vor. Die Verteilung des kommunalen Umsatzsteueranteils auf die einzelnen Gemeinden sollte sich am örtlichen Umsatz abzüglich pauschalierter Vorleistungen oder an der Beschäftigtenzahl orientieren. Darin sieht das Institut „eine einfache und sachgerechte Lösung". Die Gewerbesteuer könne auch stufenweise abgebaut werden. Zur Finanzierung der Steuerausfälle wird vorgeschlagen, in entsprechendem Umfang den Staatskonsum einzuschränken und Subventionen abzubauen.

Der Bund der Steuerzahler lehnt auch die vom wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums als Ersatz für die Gewerbesteuer vorgeschlagene Wertschöpfungssteuer ab. Sie würde vor allem eine spürbare Steuervereinfachung vereiteln. Komplikationen ergäben sich durch die Einführung des additiven Verfahrens zur Berechnung der Wertschöpfung, durch Korrekturrechnungen und die Berechnung steuerlicher Hilfsgrößen. Auch verstoße sie gegen die Grundsätze der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung, da sie nicht konsequent an dem Besteuerungsmaßstab der Wertschöpfung festhalte. Schließlich führe sie wegen der Einrichtung eines Hebesatzes und der Dominanz der Lohnsummen in der Bemessungsgrundlage zu nationalen Wettbewerbsverzerrungen. Da die Wertschöpfungssteuer Exporte belaste, Importe aber nicht, verursache sie auch internationale Wettbewerbsverzerrungen.

Eine von den Ländern eingerichtete Kommission, die verschiedene Modelle zur Ablösung der Gewerbesteuer prüfen sollte, war erst kürzlich zu dem Ergebnis gekommen, daß sich kein in jeder Hinsicht überzeugendes Nachfolgemodell anbiete.

Beschränkungen jetzt gelockert

J. Sch., Paris

Seit gestern dürfen die Franzosen wieder Kreditkarten im Ausland verwenden. Gleichzeitig hat die Regierung die Devisenbeschränkungen für Unternehmen gelockert: Geldüberweisungen ins Ausland bis zu 250 000 Franc können jetzt ohne behördliche Kontrolle durchgeführt werden. Diese Freigrenze betrug bisher 150 000 Franc. Der Geldtransfer der Unternehmen sei jetzt zu 95 Prozent liberalisiert, erläuterte Wirtschaftsminister Beregovoy.

Außerdem dürfen sich die Franzosen wöchentlich 2000 Franc bei ausländischen Banken gegen Vorlage ihrer Kreditkarte in bar auszahlen lassen. Schließlich können sie aus Frankreich je Reise 5000 Franc in Devisen oder nationalen Zahlungsmitteln ausführen. Zwischen März und Ende 1983 *war* dieses Barkontingent auf 2000 Franc begrenzt.

BELGIEN / Rigorose Einsparungen im Haushalt 1985 – Subventionen für Staatsunternehmen werden gekürzt

Ein Jahr Urlaub mit staatlicher Unterstützung

WILHELM HADLER, Brüssel

Belgier, die vorübergehend von ihrem Job Abstand gewinnen wollen, *können sich künftig bis zu einem* Jahr beurlauben lassen. Nach einem Gesetzentwurf, der im Herbst dem Brüsseler Parlament zugeleitet werden soll, erhalten sie vom Staat oder von der Arbeitslosenversicherung eine Vergütung von monatlich 10 500 Franc (518 DM), vorausgesetzt, daß ihre Stelle inzwischen mit einem Arbeitslosen besetzt wird.

Bedingung für die „freiwillige Unterbrechung der Karriere" ist das Einverständnis des Arbeitgebers. Gebrauch machen dürften von der Regelung vor allem die Frauen. Ursprünglich hatte die belgische Regierung die Einführung eines „Elternurlaubs" geplant. Dieser war jedoch auf heftigen Widerstand der Frauenorganisationen gestoßen. Auch die Hausfrauen sahen darin eine Diskriminierung.

Die Regierung will die Neuerung *nur für eine zweijährige Versuchszeit* einführen. Vorgesehen ist, daß Arbeitnehmer nur einmal von der Beurlaubung Gebrauch machen dürfen. Schrittmacher der Regelung soll der öffentliche Dienst werden.

Neben dem Kampf gegen die Arbeitslosenzeit hat in Belgien nach wie vor die Sanierung des Staatshaushalt *Priorität. Zum dritten Mal hat die Re*gierung Martens jetzt ein Budget vorgelegt, das zu erheblichen Einschränkungen zwingt. Ausgehend von der Erwartung eines nominalen Wirtschaftswachstums von 6,5 Prozent sollen die Ausgaben 1985 unter Ausschluß des Schuldendienstes nur noch um 1,5 Prozent steigen, bei einer in Rechnung gestellten Inflationsrate von 5,5 Prozent bedeutet dies erhebliche Einsparungen.

Die christlich-liberale Koalition hat sich darauf verständig, weder die steuerlichen Belastungen noch die Sozialabgaben zu erhöhen, dafür sollen eine Reihe von bereits vorher abgesprochenen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vorgenommen werden. Außerdem sollen Steuervergünstigungen für einzelne Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige abgebaut werden.

Geplant ist z.B. eine Kürzung der Subventionen für Staatsunternehmen. Die belgische Fluggesellschaft Sabena erhält überhaupt keine Beihilfen mehr. Sie muß ihren Finanzbedarf künftig entweder durch betriebliche Sanierungsmaßnahmen oder durch eine Teilprivatisierung decken.

Besonderes Kopfzerbrechen bereitet der belgischen Regierung nach wie vor die extrem hohe Staatsverschuldung. Rund 22,7 Prozent des Budgets für 1985 werden vom Schuldendienst für öffentliche Anleihen verschlungen. Auch im kommenden Haushaltsjahr wird die Zins- und Tilgungsbelastung wieder um 17,5 Prozent anwachsen.

Die Anstrengungen der Regierung können sich jedoch trotzdem sehen lassen. So ist es gelungen das Defizit der laufenden Ausgaben auf knapp 550 Mrd. Franc (100 Franc = 4,94 DM) zu begrenzen (1984: 507 Mrd. Franc). Von 13,0 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982 konnte der Finanzierungsbedarf 1983 auf 12,6 und 1984 auf 11,3 Prozent gedrückt werden. Für das Haushaltsjahr 1985 sehen die Planungen eine weitere Reduzierung auf 10,3 Prozent vor.

JAGUAR / *Großes Interesse aus Deutschland*

Aktien überzeichnet

WILHELM FURLER, London

Der Verkauf des britischen Automobilherstellers Jaguar an der Londoner Börse wird offensichtlich zum *größten* Privatisierungs-Erfolg bisher. Am morgigen Freitag werden knapp 180 Millionen Jaguar-Aktien zum Preis von je 1,65 Pfund angeboten. Schon jetzt steht fest, daß das Börsenangebot, mit dem der Hersteller von Luxus-Limousinen auf 297 Millionen Pfund oder knapp 1,13 Milliarden Mark bewertet wird, vielfach überzeichnet wird.

Als zum Wochenbeginn die Zeichnungsanträge verteilt wurden, setzte ein regelrechter Kampf um die begehrten Formulare ein. Bereits am Vormittag hatten einige der mit der Verteilung beauftragten Banken alle Exemplare vergeben. Die Tageszeitung Financial Times, der Zeichnungsanträge beigelegt worden waren, war bereits am frühen Morgen vergriffen.

Ein Sprecher der Londoner Merchant Bank Hill Samuel & Co, unter deren Leitung die Verkaufsaktion abläuft, erklärte gegenüber der WELT, ähnliches noch nicht erlebt zu haben. In der Londoner City wird damit gerechnet, daß der Kurs der Jaguar-Aktie mit dem Beginn ihres Handels am 9. August rasch von ihrem Ausgabekurs von 165 auf 205 Pence nach oben schnellen könnte.

Entgegen früheren Berichten können sich ausländische Interessenten an der Zeichnungsaktion beteiligen. Lediglich amerikanische Staatsbürger haben der US-Börsenaufsicht zufolge eine 90tägige Wartefrist einzuhalten. Wie der Sprecher von Hill Samuel weiter betonte, ist vor allem das Zeichnungs-Interesse aus Deutschland „überwältigend".

Günter Claus Aumund

Rechtsanwalt

* 10. 12. 1912 † 30. 7. 1984

In tiefer Trauer

Ilse Aumund geb. Hörnemann
Percy Aumund
Franz-Walter Aumund
Norbert Fahr und Marina geb. Aumund
mit Caroline und Friderike
Geschwister und Anverwandte

Die Trauerfeier ist um 11.30 Uhr am Freitag, dem 3. August 1984 in der Firma AUMUND-Fördererbau GmbH, Saalhoffer Straße 17, 4134 Rheinberg-Millingen.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Wir betrauern den Verlust des Seniorchefs

Günter Claus Aumund

Rechtsanwalt

der am 30. Juli 1984 im Alter von 71 Jahren für uns alle zu früh verstorben ist.
Mit ihm ist eine große Unternehmerpersönlichkeit von uns gegangen. Sein Leben war erfüllt von der Fürsorge für seine Firma und seine Mitarbeiter. Mit Dynamik und großem Weitblick und bis zuletzt voller Schaffensfreude hat er das Familienunternehmen aus kleinsten Anfängen zu seiner heutigen weltweiten Bedeutung geführt und ihm seine Prägung gegeben.

Sein Leben und Wirken werden uns Vorbild und Verpflichtung sein.

AUMUND-Fördererbau GmbH, Rheinberg

In Dankbarkeit

Aufsichtsrat Geschäftsleitung Betriebsrat
und alle Mitarbeiter der in- und ausländischen Unternehmen

Die Trauerfeier ist um 11.30 Uhr am Freitag, dem 3. August 1984 in der Firma AUMUND-Fördererbau GmbH, Saalhoffer Straße 17, 4134 Rheinberg-Millingen.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Am 30. Juli 1984 starb nach schwerer, tapfer ertragener Krankheit unser Vorstandsmitglied, Herr

Direktor

Heinz Gerd Brune

im Alter von 53 Jahren.

Sein viel zu früher Tod ist für unsere Gesellschaften ein großer und schmerzlicher Verlust, der uns tief betroffen hat.

Wir trauern um eine ausgeprägte Führungspersönlichkeit, die drei Jahrzehnte in verschiedenen Positionen des Außendienstes für unsere Gesellschaften Hervorragendes geleistet hat. Seit zehn Jahren war der Verstorbene als Vorstandsmitglied für die Außenorganisation unserer Lebensversicherungsgesellschaft verantwortlich. Er hat sie durch sein Wirken und durch seine Fähigkeit, Freunde und Partner zu gewinnen, entscheidend geprägt und damit die Entwicklung und den Erfolg unserer Gesellschaften mitbestimmt. Neben seiner großen fachlichen Qualifikation bleibt er uns vor allem auch wegen seiner menschlichen Wärme unvergessen. Seine Ausstrahlungskraft und seine Gabe, Menschen von einer gemeinsamen Aufgabe zu überzeugen, zeichneten ihn besonders aus.

Heinz Gerd Brune hat sich um unsere Gesellschaften verdient gemacht. Wir bleiben ihm in Dankbarkeit verpflichtet und werden sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

Oberursel/Taunus, 31. Juli 1984

Aufsichtsräte, Vorstände und Mitarbeiter

Alte Leipziger

Versicherungsgruppe

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 6. August 1984, 13 Uhr, auf dem Hauptfriedhof Frankfurt (Main) statt.

Anstelle von Kränzen wird eine Spende zugunsten des Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland e. V., SOS-Kinderdorf, Kto. Nr. 694 010 001 bei der Deutschen Bank, München, BLZ 700 700 10, erbeten.

VEBA / Erste Aktionärsversammlung in Hamburg

Ergebnis klar verbessert

JAN BRECH, Hamburg

Für das Geschäftsjahr 1984 hat der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder, ein deutlich verbessertes Ergebnis angekündigt. In der ersten von drei Aktionärsversammlungen, die der Hauptversammlung am 23. August in Düsseldorf vorgeschaltet sind, betonte der Veba-Chef in Hamburg, daß die weitgehende Bereinigung von Schwachstellen im Konzern zu einer merklichen Stärkung der Ertragskraft geführt habe.

Vor allem der wichtige Konzern-Bereich Elektrizitätswirtschaft wird nach Angaben von Bennigsen 1984 ein nochmals verbessertes Ergebnis bringen. Hierzu trage der bei der Preußenelektra von 40 auf mehr als 55 Prozent erhöhte Anteil der Kernenergie wesentlich bei. Von Bennigsen bestätigte in diesem Zusammenhang, daß die Preußenelektra mit der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) zur Zeit Verhandlungen über die Übernahme einer „Scheibe" am Kernkraftwerk Brokdorf führe, das 1987 fertig sein soll. Dabei geht es um die Hälfte des HEW-Anteils von 50 Prozent. Gekoppelt sei dieses Problem mit Verhandlungen, die HEW gleichzeitig mit den Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) über eine Neuordnung der Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein führe.

Wann die Verhandlungen abgeschlossen werden können, ließ von Bennigsen offen. Hier spielen politische Einflüsse eine Rolle. „Die Hamburger Szene ist etwas unübersichtlich" erklärte von Bennigsen wörtlich. Entscheidungen könnten zudem verzögert werden, wenn „Hamburg die Latte zu hoch anlege".

Zur Sparte Mineralöl erklärte von Bennigsen, daß Veba Oel im ersten Halbjahr per Saldo schwarze Zahlen geschrieben habe. Gute Erträge gebe es vor allem im Upstream-Bereich Exploration und Produktion. Die Mineralölverarbeitung sei dagegen durch den Höhenflug des Dollar und geringer Möglichkeiten, die Mehrkosten am Markt zu überwälzen, wieder tief ins Minus gerutscht.

Zum Thema Aral befragt betonte von Bennigsen, daß Veba an dieser Vertriebsgesellschaft festhalten werde und mit 56 Prozent der Anteile der weiteren Entwicklung gelassen entgegensehe. Gegenwärtig bemühten sich die Gesellschafter, eine kartellfreie Lösung zu finden. Das allerdings sei „wahnsinnig" schwierig. Die Verhandlungen liefen konstruktiv, aber der Ausgang sei ungewiß.

Die Kartellamtsentscheidung in Sachen Aral nannte von Bennigsen völlig unverständlich. Dies um so mehr, als das gleiche Amt eine Fusion der Deutschen Texaco mit der Chevron GmbH in der Bundesrepublik genehmige. Wenn man gar den Blick in die USA richte, so von Bennigsen, müsse man konstatieren, daß Konzentration ganz woanders als bei der Aral stattfinde.

HAG GF / Gerüchte über weiteren drastischen Personalabbau zurückgewiesen

Kaffeekrieg fordert noch immer Opfer

JAN BRECH, Bremen

Der Kaffeekrieg hat bei der Hag GF AG, Bremen, nicht nur materielle, sondern jetzt auch ein personelles Opfer gefordert. Mit Wirkung zum 31. *Juli ist der Vorstandsvorsitzende* Uwe Karsten ausgeschieden. Wie das Unternehmen mitteilt, habe Karsten aus „rein persönlichen Gründen" um die Entbindung von seinen Aufgaben gebeten. Über einen Nachfolger wird der Aufsichtsrat in Kürze entscheiden. In der Zwischenzeit hat der Vertriebschef Bernd Zurstiege die Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden mit übernommen.

Weitere Angaben werden zu den personellen Veränderungen nicht gemacht. Fest steht, daß Karsten durch seinen plötzlichen Abgang auch von der wenig erbaulichen Aufgabe befreit worden ist, den Geschäftsbericht 1983 und die Entwicklung von Hag GF in den ersten Monaten dieses Jahres zu kommentieren.

Das gilt besonders unter Ertragsaspekten. Hag GF, zu 99 Prozent im Besitz des US-Konzerns General Foods und aus einer kostspieligen Umstrukturierung noch immer mit einem Verlustvortrag von fast 35 Mill. *DM belastet, hat im eigentlichen* Geschäft mit Röstkaffee, löslichem Kaffee, Kakaogetränken und Beutelreis auch im Berichtsjahr nichts verdient. Der ausgewiesene Jahresüberschuß von 12,6 Mill. DM stammt ausschließlich aus außerordentlichen Erträgen. Vor Zinsen, so erklärt Zurstiege, sei das Betriebsergebnis eben ausgeglichen gewesen.

Die Bereinigung der Bilanz um den jetzt noch mit 22 Mill. DM zu Buch stehenden Verlustvortrag dürfte auch in diesem Jahr nicht gelingen. Nach Angaben von Zurstiege ist das Betriebsergebnis im ersten Halbjahr 1984 leicht negativ. Reserven, um einen Ausgleich zu schaffen, seien nur noch bedingt vorhanden.

Vor diesem Hintergrund bezeichnet Zurstiege es als zentrale Aufgabe, die Marge am gnadenlos umkämpften Kaffeemarkt wieder aufzubessern. Mit Wirkung zum 1. August hat Hag GF die Preise für Röstkaffee um durchschnittlich 4 Prozent heraufgesetzt. Das könne nur ein Anfang sein, *betont Zurstiege. Angesichts des hohen* Dollars brauche man mindestens weitere 5 bis 6 Prozent.

Daneben werde Hag die Anpassung an die veränderten Strukturen im innerbetrieblichen Bereich fortsetzen, erklärt Zurstiege. Die schwierige Verschmelzung der Unternehmen Hag und General Foods sei zwar abgeschlossen, doch bleibe Hag GF ständig gefordert, weiter zu rationalisieren. Gerüchte, daß bei Hag GF ein weiterer drastischer Personalabbau bevorstehe, weist Zurstiege allerdings zurück.

Entsprechende Entscheidungen gebe es zur Zeit nicht. Auch immer wieder auftauchende Vermutungen, daß sich General Foods von ihrer deutschen Tochter lösen könnte, hätten keinen realen Hintergrund, erklärt Zurstiege. General Foods betrachte Hag GF als langfristiges Engagement.

Die Ertragsmisere am Kaffeemarkt begründet Zurstiege nicht nur mit dem dramatischen Margenverfall, sondern auch mit den enormen Kosten, die aus der Umstellung auf das neue Röstverfahren entstanden sind. Im Zuge des „verhängnisvollen" Kaffeekrieges habe Hag in diesem Jahr auch Marktanteile verloren, räumt Zurstiege ein, die nach der Rückkehr zm Pfund jetzt langsam wieder aufgeholt würden. Über das Ausmaß der *Einbußen machte Zurstiege keine* Angaben.

Von den beträchtlichen Marktgewinnnen, die Hag 1983 erzielt hat, dürfte 1984 jedoch ein guter Teil abgebröckelt sein. Im Berichtsjahr 1983 hatte sich nach Angaben von Zurstiege der Marktanteil von Hag GF von 6,9 auf 7,7 Prozent erhöht. Davon entfielen 3,9 (3,5) Prozent auf die Marke Onko und 3,8 (3,5) Prozent auf Kaffee Hag. Bei löslichem Kaffee steigerte Hag den Anteil mit der Marke Maxwell auf 11,4 Prozent.

Trotz des Mengenplus bei Kaffee weist Hag GF für 1983 einen um 3,3 Prozent niedrigeren Umsatz von 1,2 Mrd. DM aus. In dem Rückgang machen sich die Preiskämpfe bei Kaffee und die Aufgabe einiger Randprodukte bemerkbar. 85 Prozent des Umsatzes stammen aus dem Kaffeegeschäft, den Rest setzt Hag mit dem Kakaogetränk Kaba (Marktanteil 15,3 Prozent) und Reis unter der Marke Reisfit (Marktanteil 10,8 Prozent) um.

NATTERMANN / Fortschritte auf Auslandsmärkten

„Konsolidierung geglückt"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vollen Erfolg meldet das Kölner Pharma-Familienunternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH mit dem Abschluß für 1983 aus ihren Ende 1982 eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung und Stabilisierung. Heinz Wernicke (62), vom altgedienten Finanzchef zum Interims-Vorsitzenden der Zentralgeschäftsführung aufgerückt, wo ihm ab Anfang 1985 Beiersdorfs Pharmachef Martin Mohs (49) nachfolgt, begründet diesen Umschwung nicht nur damit, daß im Inlandskonzern 1983 nach zwei Verlustjahren wieder ein echter Gewinn von 3,5 Mill. DM erzielt wurde, der sich mit Sondererträgen auf 10,3 (0,04) Mill. DM Jahresüberschuß steigerte.

Weiterer Grund der Zufriedenheit ist die Tatsache, daß es 1983 gelang, die Anfang 1981 erworbene US-Pharmatochter Lemmon Corp. in Sellersville nach unerwartet hohen Verlu*sten (bis Ende 1982 fast 20 Mill. Dol*lar) durch Programmstraffung nebst günstigem Teilverkauf der zu breit gelagerten Aktivitäten wieder leicht in die Gewinnzone zu bringen. Das *kann man auch symbolisch werten:* Das Schicksal der Firma, die vor 78 Jahren mit Gesundheitstees begann und mit nun 34,6 (32,5) Mill. DM Forschungsaufwand längst zum „echten" Pharmaproduzenten geworden ist, hängt mehr denn je von Auslandsmärkten ab.

Diese brachten 1983 bereits 53,2 (48,2) Prozent des bei reichlich 2500 (2900) Mitarbeitern mit 442 Mill. DM konstant gebliebenen Weltumsatzes; vor vier Jahren lag die Auslandsquote erst halb so hoch. Der Inlandskonzern hingegen schaffte 1983 mit 1403 *(1601)* Beschäftigten nur noch 285 (306) Mill. DM Bruttoumsatz in der Mischung aus leichtem Exportanstieg auf 78,2 (76,9) Mill. DM und nochmals starker Minderung des Inlandsumsatzes um 9,7 (8,6) Prozent auf 207 Mill. DM. Im Heimatgeschäft leidet die Firma weiterhin unter der „restriktiven gesundheitspolitischen *Entwicklung", bei der einige Prä*parategruppen 1983 auch in die neue „Negativliste" fielen. Man hofft, das durch Ausbau rezeptpflichtiger Mittel, die bereits gut die Hälfte vom Inlandsumsatz stellen, allmählich ausgleichen zu können.

Frischen Mut nach überwundenen Turbulenzen zeigt die Firma auch in der Investitionsplanung. Die 1983 auf nur noch rund 3 (9) Mill. DM geschrumpften Sachanlagenzugänge des Inlandskonzerns sollen 1984 beträchtlich steigen. Der Schwerpunkt liegt *bei der dann „endgültigen" Kon*zentration aller betrieblichen Aktivitäten auf das moderne Werksgelände Köln-Bocklemünd.

Bei weiterhin relativ dünner Eigenkapitaldecke von 66,4 (60,5) Mill. DM oder 22,7 (22,4) Prozent der Bilanzsumme schuf sich der Inlandskonzern finanziellen Spielraum auch dadurch, daß 40 Prozent des Kölner Grundbesitzes durch Rück-Leasing mobilisiert wurden. Der daraus 1984 zufließende Verkaufserlös von 37 Mill. DM wurde bereits 1983 (durch Aufnahme kurzfristiger Bankkredite) mit 23 Mill. DM zur Mittelauffüllung bei der ausgebluteten US-Tochter transferiert.

DOAG WARENHANDEL / Wieder Dividende

Hoffnung auf US-Geschäft

JAN BRECH, Hamburg

Die Wiederaufnahme einer Divi*dende für 1983 von 5 Prozent auf das* berechtigte Kapital von 3,24 Mill. DM will die Doag-Warenhandels-AG, Hamburg, als Zeichen der Zuversicht verstanden wissen, daß die schlimmsten Rückschläge wohl überstanden sind und die positiven Aspekte in den USA die Risiken weiterer Enttäuschungen in Nigeria übertreffen.

*So meldet die Doag für die US-*Tochtergesellschaft United Cotton Goods im ersten Halbjahr 1984 eine Umsatz- und Ertragssteigerung von 30 Prozent, während sie die Fortführung des Geschäfts in Nigeria bezweifelt. Wenn die Beteiligungsgesellschaften, die das Geschäft bislang nur über Vorräte aufrechterhalten haben, nicht in den nächsten Monaten die beantragten Importlizenzen erteilt bekämen, dürfte die Präsenz der Doag in Afrika ernsthaft gefährdet sein, heißt es im Geschäftsbericht.

*Die schweren Rückschläge in Ni*geria haben das Geschäft der Doag auch im Berichtsjahr stark negativ beeinflußt. Der Umsatz der Indisch-Afrikaansche Cie NV. Amsterdam, die das Nigeria-Geschäft mit zwei Beteiligungsgesellschaften abwickelt, ging von 4,5 auf 0,2 Mill. DM zurück. Als Jahresfehlbetrag mußte die Doag *nach hohen Wertberichtigungen fast* 5 Mill. hfl übernehmen. Der Gruppenumsatz von 103 Mill. DM stammt inzwischen fast ausschließlich aus dem US-Geschäft. Cotton Goods weist 38 Mill. Dollar Umsatz und 1,1 Mill. Dollar Gewinn aus.

Das Gesamt-Ergebnis rechtfertigt die der Hauptversammlung (21. August) vorgeschlagene Dividende nicht. Im Konzern betrug der Jahresfehlbetrag 1,5 Mill. DM. Nach 3,6 Mill. DM Gewinnvortrag aus früheren Jahren und 4,4 Mill. DM Entnahme aus dem Konsolidierungsausgleichsposten verbleibt ein Bilanzgewinn von 8,1 Mill. DM. Die AG schließt auch mit einem Jahresfehlbetrag. Die Dividende stammt aus Gewinnvortrag und Rücklagenauflösung.

MÜNCHENER RÜCK / Wieder 18 Prozent Dividende

Höherer technischer Verlust

DANKWARD SEITZ, München

Eine unveränderte Dividende von 18 Prozent auf das erhöhte und voll dividendenberechtigte Grundkapital von 475 (377) Mill. DM stellt die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) in Aussicht. Ermöglicht wird dies, wie es in einem Zwischenbericht heißt, durch einen „kräftig erhöhten Überschuß" im allgemeinen Geschäft. Das versicherungstechnische Ergebnis wird hingegen nochmal schlechter ausfallen.

Die Beitragseinnahmen für 1983/84 werden nach Angaben der Gesellschaft mehr als 9,9 (9,6) Mrd. DM betragen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von etwa 4 *Prozent, womit die Wachstumsrate* des Vorjahres von 4,7 (15,3) Prozent erneut nicht erreicht wird. Abstriche mußten dabei sowohl im In- als auch im Ausland hingenommen werden.

„Entsprechend der Marktsituation", so die Münchener Rück, ergab sich im Inlandsgeschäft in der gewichtigen Kfz-Versicherung nur ein unterdurchschnittliches Umsatzplus, während in der Transportsparte und in den technischen Bereichen sogar ein Rückgang zu verzeichnen war. Auch im Auslandsgeschäft führten diese Versicherungszweige zu geringeren Beitragseinnahmnen. Lediglich ihre Umrechnung in D-Mark führe zu einem höheren Gegenwert und stelle die tatsächliche Geschäftsentwicklung überhöht dar.

Daß das versicherungstechnische Geschäft schlechter ausgefallen ist, resultiere nahezu ausschließlich aus dem Ausland. Generell habe aber wie schon im Vorjahr sich die Tendenz eines schlechten Schadenverlaufs *fortgesetzt, wobei ein erheblicher An*stieg der Größtschäden (mehr als 8 Mill. DM) festzustellen gewesen sei. Dennoch gebe es keine Entnahme, sondern erneut eine „nicht unerhebliche" Zuführung zu den Schwankungsrückstellungen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mädler-Konkursverfahren

Offenbach (dpa/vwd) - Das Konkursverfahren über die zusammengebrochene Moritz Mädler GmbH und Co KG Koffer- und Lederwarenfabrik sowie über die Moritz Mädler GmbH, Offenbach, ist am Dienstag angelaufen. Dies bestätigte der Präsident des Offenbacher Amtsgerichts, Albert Grimm. Unterdessen hat die Wirt*schaftsabteilung der Staatsanwalt*schaft Darmstadt routinemäßige Vorermittlungen eingeleitet. Nach Darstellung von Oberstaatsanwalt Kilian wird dabei in erster Linie geprüft, ob der Konkursantrag des Alleingeschäftsführers Moritz Mädler zu spät gestellt worden ist.

Produktion konzentriert

Wuppertal (dpa/VWD) – Die Ackermann-Fruehauf Corp. oHG, Wuppertal, will ihre gesamte deutsche Fertigung von Lastwagenanhängern und -aufbauten *bis 1989 in* Kerpen *kon*zentrieren und das Werk Wuppertal schließen. Zu diesem Zweck wurde jetzt das Sindorfer Werk des selbständigen Familienunternehmens Peter Bauer erworben, das Lkw-Aufliegerbauten produziert. Über den Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Wie ein Sprecher der Tochtergesellschaft der amerikanischen Fruehauf Corp., Detroit, auf Anfrage mitteilte, wird das Werk Sindorf für einen zweistelligen Millionenbetrag modernisiert. Bereits 1985 soll die Fertigung aus dem Hauptwerk Wuppertal verlagert werden. Der (nach eigenen Angaben) Marktführer bei Kofferaufbauten, der in der Bundesrepublik etwa 1100 Personen beschäftigt, bekam die schwierige Phase der Branche 1983 deutlich zu spüren. Der Umsatz fiel auf 150 (170) Mill. DM, der Ertrag habe „nicht dem Kapitaleinsatz" entsprochen.

Genehmigtes Kapital

Mannheim (VWD) – Die Kerkerbachbahn AG schlägt der Hauptversammlung am 7. September laut Bundesanzeiger die Schaffung eines genehmigten Kapitals vor. Durch Ausgabe neuer 50-DM-Stamm- oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien soll das Grundkapital auf 12,285 (8,19) Mill. DM erhöht werden. Die neuen Aktien sollen den Altaktionären im Umfang des gesetzlichen Bezugsrechts angeboten werden. Für das Geschäftsjahr 1983 sollen aus 1,77 (1,57) Mill. DM Bilanzgewinn wieder 60 und 63 Prozent Dividende auf 2,1 Mill. DM Stamm- und 0,98 Mill. DM Vorzugsaktien gezahlt werden.

Gold-Pfeil stark im Export

Offenbach (dpa/VWD) – Bei dem Lederwarenhersteller *Gold-Pfeil* Ludwig Krumm AG, Offenbach, entwickelt sich der Export verstärkt zur tragenden Säule des Unternehmens. Nach eigenen Angaben weist er zweistellige Zuwachsraten in allen Hauptabsatzmärkten der Welt auf. Der Inlandsmarkt stagniere nach wie vor, zeige aber in Teilbereichen steigende Tendenz. Der Auftragseingang der ersten sechs Monate nahm um über acht Prozent zu. Der Umsatz lag 1983 mit 57,7 Mill. DM leicht unter dem Vorjahreswert. Der Jahresüberschuß nahm um 24 000 DM auf 324 000 DM zu. Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung für 1983 wieder acht Prozent Dividende auf unverändert vier Mill. DM Grundkapital vor. Es befindet sich zu über 25 Prozent im Besitz der Dresdner Bank AG.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Albstadt: Peter Hans Steitz, Albstadt (Lautlingen); **Augsburg:** Herbert Sponsel, Merching; **Detmold:** ALKU-Fenster GmbH, Bad Salzuflen; **Düsseldorf:** Windsurfing Shop Düsseldorf GmbH & Co. KG; Windsurfing Shop Düsseldorf GmbH i. L.; **Landshut:** Eicher Traktoren- u. Landmaschinenwerk GmbH, Landau/Isar; **Lehrte:** Interstone Jost Klein Natursteinhandel u. Estrichbau GmbH, Sehnde; **München:** Italdesign Möbelhandels GmbH; Nachl. d. Therese Michel, Taufkirchen; Nachl. d. Artur Leo Kidalla, Ismaning; Nachl. d. Elfriede Stoltze; **Neustadt:** Nachl. d. Wilhelm Luhm, Garbsen; **Nürnberg:** Nachl. d. *Lily Kellermann, Neunkirchen;* **Salzgitter:** Hildegard Malie Krüger geb. Saleika; **Stuttgart:** Pagallies Anlagenvermittlungs-Ges. mbH, Leinfelden-Echterdingen; **Wuppertal:** Nachl. d. Ernst-Adolf Paul Bender.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: MEKO Treuhandges. mbH.

INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR / Bis 1990 wird eine ausgeglichene Lage am Ölmarkt erwartet

Nutznießer der Preis-Baisse sind die USA

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Preisrückgang am Weltölmarkt beunruhigt die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris noch nicht. Aber wenn er sich fortsetzen sollte, bestünde die Gefahr, daß die Verbraucherstaaten weniger Energie sparen und ihre Investitionen für alternative Energiequellen einschränken. Dies hänge allerdings auch von der weiteren Entwicklung des Dollarkurses ab. Bisher wurde die Ölpreisverbilligung weitgehend von der Dollarhausse kompensiert.

Nutznießer der jüngsten Ölpreisbaisse waren im wesentlichen die Vereinigten Staaten, die ihre Importe in nationaler Währung bezahlen. Dagegen sind die Verbraucherstaaten, die Nettoexporteure von Mineralöl sind, von dem Preisrückgang negativ betroffen. Zur Zeit versuchen sie allerdings noch, ihre Preise hochzuhalten.

Andererseits haben verschiedene Produzentenstaaten (Entwicklungsländer und Sowjetunion) ihre Förderung und ihren Export gesteigert, um sich in dem geschrumpften Markt größere Anteile zu erkämpfen. Dazu kommt eine gewisse Baissespekulation der Mineralölgesellschaften. Sie wird durch die saisonbedingt schwache Sommernachfrage nach Mineralölprodukten begünstigt.

Daß es aus diesem Grunde zu einem Zusammenbruch der Ölpreise kommen könnte, erwartet man bei der OECD nicht. Anfang 1983 sei das Gefälle zwischen den offiziellen und den Spotpreisen noch größer gewesen als heute. Die Preise hätten sich dann aber doch wieder gefangen. Allerdings ist seitdem der Weltölmarkt weiter geschrumpft, während die Zahl der Marktpartner zugenommen hat. In einer solchen Situation können selbst kleinere Transaktionen zu größeren Preisausschlägen – nach unten wie oben – führen.

Ausdrücklich stellt die IEA fest, daß die Ölvorrate der Verbraucherstaaten zur Zeit nur unwesentlich oberhalb ihres operationellen Minimums liegen. Die meisten ihrer Staaten könnten sich nicht allzulange eine Einschränkung ihrer Ölimporte leisten. Im übrigen könnte bei den immer noch sehr hohen Ölpreisen und der Unsicherheit des Dollarkurses eine Baissespekulation sehr teuer zu stehen kommen.

Nachdem die IEA immer wieder die Gefahr einer neuen Ölkrise schon für Mitte der 80er Jahre glaubte auf*zeichnen zu können, erwartet sie jetzt* bis mindestens 1990 eine ausgeglichene Marktlage. Danach könnte es allerdings schon wegen der Verringerung der Fördermengen in der Nordsee und in Nordamerika zu Preissteigerungen kommen, heißt es in ihrer jüngsten Prognose.

Schon vor Mitte nächsten Jahres *würde sich allerdings die Marktsitua*tion verengen, falls sich das Wirtschaftswachstum der Verbraucherstaaten stärker als erwartet beschleunigt. Außerdem sei die Gefahr plötzlicher Versorgungsstörungen – etwa durch die Verschärfung des Nahost-Konflikts – nicht auszuschließen.

Grundsätzlich geht die IEA davon aus, daß sich die Ölnachfrage der *westlichen Industriestaaten in den* nächsten zwei Jahrzehnten nicht wesentlich erhöhen wird. Zwar werde der Bedarf an Primärenergie in dieser Zeit um etwa zwei Drittel zunehmen. Gleichzeitig aber werde das Rohöl weiter durch alternative Energiequellen ersetzt. 1983 hatte das Erdöl dem Bericht zufolge einen Anteil von 43,5 *Prozent des Primärenergiever*brauchs, die Kohle von 27 Prozent und das Erdgas von 19,5 Prozent.

Für Westeuropa erwartet die IEA noch bis 1990 einen leichten Anstieg der Ölnachfrage, die im nächsten Jahrzehnt dann aber wieder auf das Niveau von 1982 zurückfallen dürfte. Für die USA wird bis zum Ende dieses Jahrhunderts mit einem Rückgang der Nachfrage um 4,7 Prozent und für die Pazifikstaaten mit einem Zuwachs von acht Prozent gerechnet. Die Weltnachfrage nach Erdöl aus den Opec-Ländern veranschlagt die IEA für das Jahr 1995 auf 24 Millionen Barrel, nachdem sie bisher mit 38 Millionen Barrel gerechnet hatte.

Aktien lebhaft und fest

Ausländer kauften Spitzenpapiere des deutschen Marktes

DW. – Der Wiederanstieg der deutschen Aktien hat sich am Mittwoch bei lebhaften Umsätzen beschleunigt. Dabei wurde der erneut angehobene Dollar-Kurs nicht als Störargument, sondern eher als Kaufanregung empfunden, da Exporte deutscher Unternehmen in den Dollar-Raum von Tag zu Tag höhere Erträge bringen. Die ausländischen Käufer überwinden allmählich den Schock des Metallarbeiterstreiks und setzen nach der Einigung über das Kraftwerk Buschhaus wieder Vertrauen in die Regierungskoalition in Bonn.

Die Beteiligung der Ausländer schlug sich merklich in der Kursbildung solcher Aktien nieder, die schon früher in ihrem Blickfeld gelegen hatten: Deutsche Bank, Siemens, Schering, Mannesmann und den Titeln der Großchemie. Die inländischen Investoren beginnen den Kreis der für sie interessanten Papiere langsam zu erweitern. Das kam neben den Bankaktien neuerdings auch den Maschinenbauwerten zugute. Überall zeigt sich, daß auf der zur Zeit erreichen Kursbasis keine nennenswerten Beträge mehr zur Verfügung stehen. So kommt es, daß Papiere mit einem relativ breiten Markt wie Preußag um mehr als 10 DM heraufgesetzt werden mußten. Bei Hoesch, wo erstmals das Bezugsrecht gehandelt wurde, kam es zu einer Überraschung. Obwohl vom Kurs das Bezugsrecht (3,25 DM) abging, lag er mit 89 DM um 1 DM höher als die Vortagsnotiz, ein Zeichen für die gute Vorbereitung für den jetzt angelaufenen Bezugsrechthandel.

Düsseldorf: Keramag befestigten sich um 3 DM auf 150 DM und Aseag stiegen um 5 DM auf 380 DM. Bonner Zement fielen um 5 DM auf 175 DM, Heinrich Lehmann verminderten sich um 3 DM auf 177 DM und Düwag gaben um 3 DM auf 122 DM nach.

Frankfurt: Cassella erhöhten sich um 13 DM auf 438 DM. Schering stiegen um 10,50 DM auf 334 DM und Hutschenreuther Bz. gaben um 0,50 DM nach. Holzmann stiegen um 15 DM auf 440 DM. Steigenberg verminderten sich um 30 DM auf 1690 DM.

Hamburg: HEW standen mit 91,50 DM plus 4 DM im Vordergrund. NWK-Vz. wurden mit 162 DM plus 1 DM höher bewertet. Beiersdorf dagegen schwächten sich auf 325 DM minus 3 DM ab.

München: Agrob St. verminderten sich um 9 DM auf 221 DM und Dywidag gaben um 5,50 DM auf 174 DM nach. Etienne Aigner erhöhten sich um 3 DM auf 267 DM, Hutschenreuther konnten sich um 2 DM auf 230 DM verbessertn und Spinnerei Kolbermoor schlossen mit einem Plus von 15 DM ab.

Berlin: Schering zogen um 9 DM, Detewe um 7 DM und Herlitz St. um 5 DM an. DUB-Schultheiss konnten sich um 3,50 DM, Berliner Kindl und Berthold um je 2 DM, Berliner Bank um 1,50 DM und Herlitz Vz. um 1 DM befestigen. Orenstein bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: weiter aufwärts

WELT-Aktienindex: 139,8 (138,0)
WELT-Umsatzindex: 1850 (1510)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Wien

	1. 8.	31. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	206	206
Gösser-Brauerei	325	325
Länderbank Vz.	205	205
Österr. Brau AG	300	301
Perlmooser	349	–
Reininghaus	405	400
Schwechater Br.	151	151
Semperit	–	94
Steyr-Daimler-P.	148	–
Universale Hoch/Tief	210	–
Veitscher Magnesit	210	215
Index	53,46	53,54

Kopenhagen

	1. 8.	31. 7.
Den Danske Bank	238	235
Jyske Bank	470	466
Kopenh. Handelsbk.	242	248
Novo Industri	2115	2115
Privatbanken	209	208
Ostasiat. Komp.	702	705
Dan. Sukkerfabr.	645	645
For. Bryggerier St.	725	720
Kgl. Porc. Fabr.	370	375

Brüssel

	1. 8.	31. 7.
Arbed	1388	1382
Brux. Lambert	2175	2145
Cockerill Ougrée	234	234
Ebes	2600	2575
Gevaert	3085	3080
Kredietbank	4800	4800
Pétrofina	6550	6530
Soc. Gén. d. Belg.	1695	1670
Sofina	6150	6120
Solvay	3750	3665
UCB	4475	4465
Index	–	142,75

Singapur

	1. 8.	31. 7.
Cycle + Car.	3,56	3,50
Cold Storage	3,56	3,50
Dev. Bk. of Sing.	8,50	8,50
Fraser + Neave	5,45	5,50
Kl. Kepong	2,70	2,71
Mal. Banking	8,80	8,60
Nat. Iron	5,00	5,10
OCBC	9,85	9,70
Sime Darby	2,12	2,15
Singapur Land	3,64	3,64
Un. Overs. Bank	4,84	4,82

Optionshandel

Frankfurt: 1. 8. 84: 453 Optionen = 26 200 (30 100) Aktien, davon 132 Verkaufsoptionen: = 8 150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-85/8,5, 10-90/3, 10-95/1,9, 1-90/4, 4-100/5, BASF 10-170/1,4, 1-150/12, 1-160/4,9, 1-170/3,8, 4-150/17, Bayer 10-170/2, 1-160/9,2, 1-170/5, 1-160/2, 4-160/16, 4-180/6, Commerzbank 10-150/4, 10-160/1,6, 1-160/51-170/2,5, 4-150/13,4-160/6,8, Conti 10-120/2,6, 1-130/3,6, Daimler 10-560/8,6, 1-580/8, Deutsche Babcock St. 4-150/8,5, Deutsche Bank 10-330/8, 4-330/24, 4-370/6, Dresdner Bank 4-160/6, Hoechst 10-160/8,6, 10-170/2,9, 4-160/18, 4-170/10, Hoesch 10-90/6, 10-100/1,1, 1-95/6,5, 1-100/3,4, 1-110/2,9, 4-95/9,4, 4-100/5,9, Klöckner 10-55/3,5, 1-50/8,5, 1-55/5,5, Lufthansa St. 10-140/16, 1-150/9, Mercedes 1-490/12, Mannesmann 10-140/3, 1-140/8, Siemens 10-370/15,5, 1-380/12, 1-410/2,7, 4-410/5,4, Thyssen 1-70/6,4, 1-75/5, 1-80/3, 1-85/1, Varta 1-170/5, Veba 10-160/9,6, 10-170/3, 1-160/12, 1-170/5, 4-170/8, VW 10-170/9,5, 1-180/3, 1-180/8,6, 1-190/5,2, 1-200/2,6, 4-170/19, 4-200/5,05, Chrysler 10-70/11, 10-75/6,2, 10-80/3,5, 1-80/5,3, 4-75/11, 4-80/6, General Motors 10-200/10, IBM 10-290/35, Litton 1-220/3, Philips 4-40/4,5, Royal Dutch 1-130/6, Xerox 10-100/6. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-80/1,2, 10-85/4, 10-90/5,1, 1-80/3,3, 1-85/5, 1-90/7,4, Conti 10-110,/3,2, 1-110/4, Daimler 1-560/30, Deutsche Bank 1-300/3,5, 1-310/8, Dresdner Bank 1-140/4, Hoechst 10-160/2, KHD 1-210/4,8, Lufthansa St. 4-140/4,2, Lufthansa Vz. 10-140/2,9, Mannesmann 1-136/6,9, 1-130-2,9, Schering 1-320/7, Siemens 10-360/4,5, 1-340/3,5, 1-350/4, 1-360/10, 4-350/8, 4-360/17, Veba 10-160/2,4, VW 10-170/5, 1-160/3, 1-170/7, 4-160/5,5, 4-170/12, Chrysler 10-70/1,1, 10-80/6, 1-70/3,2, 1-75/5,7, 4-70/4,4, 4-75/7, 4-80/9,6, IBM 1-300/6,1, Litton 1-200/10,4-4-210/20, Philips 10-40/2,4, 1-40/3,2, Royal Dutch 10-120/3, 1-120/6,1-6,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11¾–11⅞	5⅝–5¾	4¾–5
3 Monate	11⅞–12	5¾–5⅞	4¾–5⅛
6 Monate	12⅜–12½	6⅛–6¼	5 –5⅛
12 Monate	12⅝–12⅞	6⅛–6¼	5 –5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1540,00	1903,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1540,80
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	228,00	282,72
1 £ Sovereign Elizabeth II.	222,00	275,88
20 belgische Franken	175,00	226,86
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	224,00	277,02
Krüger Rand, neu	1002,00	1182,18
Maple Leaf	1002,00	1182,18
Platin Noble Man	984,00	1161,66
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	179,00	228,00
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	918,00	1110,36
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,00	231,42
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	427,00	538,94
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York⁵)	2,9128	2,9208	2,8720	2,86	2,95
London¹)	3,787	3,801	3,733	3,73	3,88
Dublin¹)	3,071	3,085	3,019	2,98	3,13
Montreal⁵)	2,2243	2,2322	2,1891	2,16	2,28
Amsterd.	88,365	88,585	88,39	87,50	89,50
Zürich	117,870	118,070	117,97	116,50	119,25
Brüssel	4,939	4,959	4,881	4,80	5,08
Paris	32,585	32,665	32,085	31,75	33,50
Kopenh.	27,310	27,430	27,01	26,25	28,00
Oslo	34,785	34,875	34,21	33,75	35,50
Stockh.**)	34,510	34,870	33,80	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,591	1,58	1,69
Wien	14,222	14,262	14,282	14,15	14,37
Madrid**)	1,764	1,774	1,73	1,74	1,86
Lissabon**)	1,926	1,946	1,831	1,45	2,36
Tokio	1,1845	1,1875	–	1,14	1,30
Helsinki	47,500	47,700	46,43	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5075	2,5615	–	2,08	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4215	2,4405	–	2,32	2,44
Johannesbg.*)	1,7425	1,7615	–	1,60	1,86

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ⁵) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der feste Ultimogeldmarkt in New York ließ den Dollar-Kurs bereits an den Überseemärkten bis 2,9220 anziehen. In Europa lagen die Notierungen am 1. 8. mit der Bandbreite von 2,9120 bis 2,9215 geringfügig darunter. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,9168 verkaufte die Bundesbank 13,25 Mill. Dollar als Nachfrageausgleich. Gegenüber der D-Mark war der Anstieg des US-Dollars am ausgeprägtesten, so daß sie überwiegend Kurseinbußen hinnehmen mußte. Dabei festigte sich der Schweizer Franken um 37 Pfg. auf 1,1880, Das britische Pfund legte 1,1 Pfg. zu auf 3,794. US-Dollar in: Frankfurt 2,9168; Amsterdam 3,2935; Brüssel 58,9225; Paris 8,9445; Mailand 1787,50; Wien 20,4820; Zürich 2,4725; Ir. Pfund/DM 3,078; Pfund/Dollar 1,3007; Pfund/DM 3,794.

Ostmarkkurs am 1. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht nachgebende Euro-DM-Sätze führten am 1. August zu einer Erweiterung der Dollar-Abschläge per Termin.

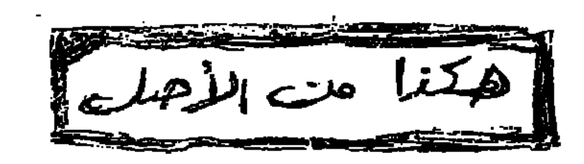
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,63/1,53	4,53/4,43	8,49/8,29
Pfund/Dollar	0,08/0,06	0,13/0,09	Pari/0,05
Pfund/DM	3,00/1,60	6,80/5,40	11,3/9,90
FF/DM	26/10	59/43	108/93

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 8.: Tagesgeld 5,5-5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8-5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0-6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 1. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.



Renten nicht ganz einheitlich

Hoffnungen, die festere Tendenz bei den US-Bonds würde eine ähnliche Entwicklung am deutschen Rentenmarkt hervorrufen, wurden durch den weiter gestiegenen Dollar zunichte gemacht. Öffentliche Titel tendierten uneinheitlich. Während für Anleihen das Interesse wuchs und hier die Kurse teilweise heraufgesetzt wurden, lagen Bundesobligationen eher unter Druck. Am Pfandbriefmarkt zeigten sich kaum Veränderungen. Höhere Kurse ließen sich hier nicht durchsetzen. DM-Auslandsanleihen lagen bei geringen Umsätzen behauptet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		1. 8.	31. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,05	100,1G
6¾ dgl. 75	9/84	100,19G	100,15G
8 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,95G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kakao erlitt in allen Sichten Einbußen. Kaffee konnte sich nur im Kassa-Monat und im entfernten Dezember gut behaupten, alle weiteren Positionen mußten Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	31. 7.	30. 7.
Sept.	349,50	349,00
Dez.	368,50	368,50
März	379,00	378,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	31. 7.	30. 7.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	240,84	240,74
Amber Durum	238,75	243,04

Kakao New York ($/t)	31. 7.	30. 7.
Terminkontr. Sept.	1975	2031
Dez.	1985	2031
März	1988	2035
Umsatz	5554	2846

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,40	4,40
Okt.	4,53	4,55
Jan.	5,12	5,14
März	5,70	5,71

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	1. 8.	31. 7.
10.30	337,35	341,60
15.00	339,00	342,35
Zürich mittags	geschl.	341,50–342,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 200	97 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	538,80	544,60
3 Monate	554,35	560,15
6 Monate	570,75	576,80
12 Monate	600,00	606,25
Platin (£-Feinunze) London	31. 7.	30. 7.
fr. Markt	253,65	249,70
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	100,75	99,50

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	1. 8.	31. 7.
Kasse	873,00–874,00	879,00–880,00
3 Monate	898,50–899,00	904,50–905,00
Blei (£/t) Kasse	370,00–371,00	378,50–379,50
3 Monate	385,00–386,00	373,00–373,50
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1000,5–1001,0	1009,5–1010,0
3 Monate	1021,0–1021,5	1029,0–1029,5
abends Kasse	–	1011,0–1012,0
3 Monate	–	1032,0–1032,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1006,0–1007,0	1021,0–1022,0
3 Monate	1021,0–1023,0	1033,0–1035,0
Zink (£/t) Kasse	644,00–644,50	641,70–642,00
3 Monate	648,00–649,00	646,50–646,50
Zinn (£/t) Kasse	9530–9540	9465–9475
3 Monate	9453–9455	9410–9415
Quecksilber ($/FL.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	77–79

Am 24. Juli 1984 verstarb im Alter von 81 Jahren

Ministerialdirektor a. D.

Dr. jur. Karl H. Schubert

Inhaber des großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Wir trauern um einen Mann, der als Leiter der Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums in den Jahren des Wiederaufbaues die deutsche Seeschiffahrt entscheidend mitgestaltet hat. Unermüdliche Schaffenskraft, hohe geistige Gaben und überragende menschliche Eigenschaften prägten seine Persönlichkeit.

Sein verdienstvolles Wirken bleibt Vorbild und Verpflichtung.

Wir nehmen in Dankbarkeit Abschied.

Der Bundesminister für Verkehr
in Vertretung
Alfred Bayer

Wir trauern um

Karlheinz Vollmer

der am 29. Juli 1984 im Alter von 61 Jahren gestorben ist.

Seit 1967 hat sich der Verstorbene als Pressereferent und später dazu als Chefredakteur der Zeitung „Der Haus- und Grundeigentümer" mit Energie und großer Einsatzbereitschaft für die Interessen des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums eingesetzt.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Vorstand und Geschäftsführung
des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.

Geschäftsführung
des Verlages Deutsche Wohnungswirtschaft GmbH

Programm und Fernsehen

Dreizehn Entscheidungen in sechs Sportarten stehen heute auf dem Programm in Los Angeles. Im Gewichtheben (Mittelgewicht) greift nun auch Karl-Heinz Radschinsky (Langen) ins Geschehen ein. Radschinsky, 30 Jahre alt, hat bisher 31 deutsche Rekorde aufgestellt. Seit 1971 wird er bereits von der Stiftung Deutsche Sporthilfe unterstützt, länger als Rolf Milser. In Los Angeles gehört Radschinsky zu den Anwärtern auf eine Goldmedaille.

Matthias Gey steht an der Spitze der erfolgreichen deutschen Florettfechter, die heute um Medaillen kämpfen. Als „Mathematiker mit dem Florett" wird der Taktiker Gey gern bezeichnet. Das hat seinen Grund: Selbst wenn er verliert, verliert er nur hauchdünn. Bei den letzten Weltmeisterschaften in Wien unterlag Gey im Finale dem Sowjetrussen Alexander Romankow nur mit 8:10.

Die Entscheidungen: Schießen: Frauen: KK-Gewehr, Dreistellungskampf (18.00). – Männer: Schnellfeuerpistole

Schwimmen: Männer: 400 m Freistil (ab 1.15), 200 m Brust, 4x100 m Freistil. – Frauen: 100 m Schmetterling, 100 m Brust.

Turnen: Einzelfinale, Männer (2.30)

Gewichtheben: Mittelgewicht (3.00)

Ringen: Finale der Klassen bis 52, 74, über 100 kg, Griechisch-römisch (21.00/3.00)

Fechten: Florett, Männer (5.00).



Das übrige Wettbewerbsprogramm: Rudern: Hoffnungsläufe, Männer (ab 16.30), Halbfinale Männer und Frauen. – **Schwimmen:** Vorläufe (ab 17.30): Männer: 400 m Freistil, 200 m Brust, 4x100 m Freistil. – Frauen: 100 m Schmetterling, 100 m Brust. – **Fechten:** Vorrunde, Florett, Männer und Frauen (18.00). – **Schießen:** Skeet (18.00). – **Boxen:** Vorrunde (20.00/-3.00). – **Radsport:** Sprint-Halbfinale (ab 19.00), Mannschaftsverfolgung, Qualifikation und Viertelfinale. – **Ringen:** Vorrunde Griechisch-römisch Klassen bis 57, 68, 82, 100 kg (21.00/3.00). – **Segeln:** 3. Wettfahrt (22.30). – **Hockey:** Männer (ab 17.30): Indien – Spanien, Malaysia – USA, Australien – Deutschland (23.30), Frauen: Australien – Neuseeland (23.30). – **Wasserball:** (ab 17.30): Spanien – Griechenland, Brasilien – USA, (ab 22.30): Italien – Australien, Japan – Deutschland, (ab 4.30): Jugoslawien – China, Kanada – Niederlande. – **Basketball:** Frauen: Australien – Kanada (18.00), USA – Korea (23.30), China – Jugoslawien (5.00), Männer: Deutschland – Ägypten (18.00), Brasilien – Jugoslawien (23.30), Italien – Australien (5.00). – **Volleyball:** Männer (ab 19.00): Ägypten – China, Brasilien – Tunesien, (ab 3.30): Japan – Italien, Korea – USA. – **Handball:** Frauen (ab 20.00): Dänemark – Korea, Deutschland – Spanien, Schweden – USA, Männer (ab 3.30): Jugoslawien – Japan, Rumänien – Island, Schweiz – Algerien. – **Fußball:** (1.00) Qatar – Norwegen, Chile – Frankreich, (4.00): Costa Rica – Italien, Ägypten – USA.

Und so berichten die beiden Fernsehanstalten:

Erstes Deutsches Fernsehen (ARD):

6.00–8.30 Frühstücksfernsehen. Jeweils halbstündige Zusammenfassungen der Nachtveranstaltungen.

13.20–16.00 Uhr: Höhepunkte der Olympianacht.

18.30–19.50 Uhr: Dabei in Los Angeles: Live-Sendungen und Aufzeichnungen vom Rudern, Halbfinale Herren/Damen, Schwimmen Vorläufe: 400 m Freistil Herren, 100 m Schmetterling Damen, 200 m Brust Herren, 100 m Brust Damen, 4x100 m Freistil Herren, 800 m Freistil Damen, Bahnradfahren Sprint-Halbfinale und Qualifikation-Mannschafts-Verfolgung.

20.15–22.30: Dabei in Los Angeles: Live-Sendungen und Aufzeichnungen vom Boxen, Vorrunde, Bahnradfahren Sprint-Halbfinale, Mannschafts-Verfolgung Viertelfinale, Ringen Vorrunde.

23.00–1.00 Uhr: Olympia für Kenner: Live-Sendungen und Aufzeichnungen vom Bahnradfahren, Ringen Vorrunde, Ballspiele.

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF):

1.00–6.00 Uhr: Olympia live: Entscheidungen: 100 m Delphin Damen, 100 m Brust Damen, 400 m Kraul Herren, 200 m Brust Herren, 4x100 m Kraul Herren, Turnen Zwölfkampf Herren, Ringen griechisch-römisch, Klassen bis 52, 74 und über 100 kg. Gewichtheben Klasse bis 75 kg, Fechten, Herren Florett Einzel, Hockey, Herren: Deutschland – Australien.

TURNEN / Amerikanische Riege überraschend Olympiasieger – Chinas Sportler aus der Isolation aufs Siegerpodest



Noch auf dem Siegerpodest heizten die Amerikaner die Stimmung an. Dabei war es jetzt eigentlich gar nicht mehr notwendig, denn die Preisrichter hatten sie längst auf ihre Seite gezogen. Ruhig und gelassen verhielten sich die Chinesen und Japaner FOTO: DPA

Li Ning: „In China wird man wissen, wie dieses Ergebnis zustande kam"

dpa/sid, Los Angeles

Fast 10 000 Zuschauer gerieten in Ekstase, kreischten, jubelten, küßten wildfremde Nachbarn: Die USA hatten die erste Turn-Goldmedaille in der olympischen Geschichte gewonnen – erster Grund zum frenetischen Jubel. Die US-Riege hatte Weltmeister China besiegt – zweiter Grund zur Freude: „Wir Amerikaner haben der Welt gezeigt, wer heute die Nummer 1 im Kunstturnen ist." - „Go, go USA."

Über drei Jahrzehnte hatten die Amerikaner auf diesen Tag gewartet, um zu sagen: Wir sind die Größten. Die beste Plazierung bei Olympischen Spielen war 1960 in Rom ein fünfter Rang. Bei Weltmeisterschaften war es 1979 der dritte Platz von Fort Worth – und auch da profitierten sie vom Heimvorteil. Seither haben sie geschuftet, die Weltmeisterschaften 1981 in Moskau und 1983 in Budapest als Zwischenstation, Los Angeles 1984 aber als Endstation gesehen.

„Ende ist erst, wenn alles zu Ende ist." So hatte Trainer Abie Grossfield nach dem überraschenden Pflicht-Sieg von 295,30:294,25 Punkten über den Weltmeister die Euphorie noch gebremst, aber er wußte, daß die Goldmedaillen greifbarer als je zuvor waren. Mit 591,40 war alles okay. Bei der Kür brauchten die Kampfrichter nicht mehr zuzulegen – der Vorsprung von 1,05 Punkten war auch von den Spezialisten aus China, die im Oktober mit 591,45 Punkten einen neuen Weltrekord aufgestellt und die USA noch um 4,80 distanziert hatten, nicht mehr einzuholen. Zwar gab es mit 296,55 eine neue Höchstmarke in der Kür, aber das reichte nicht mehr aus.

„Auch anderswo hätte diese begeisterungsfähige Riege eine solche Punktzahl geturnt", kommentierte der ehemalige deutsche Cheftrainer Eduard Friedrich den Triumph der Amerikaner, ohne zu verhehlen, daß es in der Pflicht „ein paar saftige Zulagen" gegeben hatte. Genau das meinte der chinesische Trainer Zhang Jian auch: „Wir haben gut geturnt, aber hier konnten wir heute einfach nicht gewinnen. Da war das Kampfgericht, das vorrangig in der Pflicht gegen uns eingestellt war, da waren die Zuschauer, die mit ihrem Geschrei jede Konzentration unmöglich machten." Der Sieg der USA im Kunstturnen war die erste wirkliche Sensation in Los Angeles.

Die zweite war die Noten-Inflation, denn nie zuvor hatte es soviel „Zehner" gegeben. Die allererste hatte Alexander Detjatin (UdSSR) 1980 bei den Olympischen Spielen bekommen, vier weitere folgten dann damals schon in Moskau. In Los Angeles gab es nun schon 17mal die Zehn in der Pflicht, siebenmal obendrein in der Kür. Dreimal gab es diese Note für die Chinesen: durch Barren-Weltmeister Li Yung beim Sprung, durch Boden-Weltmeister Tong Fei an den Ringen und durch den sechsmaligen Weltcup-Sieger Li Ning ebenfalls an den Ringen. Die USA zog in der Kür gleich: Die Maximalnote erzielten Mitchell Gaylord an den Ringen, Bart Conner am Barren und Timothy Daggett am Reck. Die siebte Höchstnote ging im Hexenkessel des Pauley Pavilion an den Japaner Shinji Morisue am Reck. Die Amerikaner jubelten – Peter Vidmar: „Nach dem vierten Kür-Durchgang war alles klar für uns" –, die Chinesen trauerten. In der Pressekonferenz waren sie nur drei Minuten gefragt. Verloren, aus, vorbei. Was nicht bekannt war: Jeder Chinese hätte für den Sieg umgerechnet rund 7500 Mark kassiert, eine Summe, die ein normalsterblicher Chinese daheim erst durch zwei Jahre Arbeit verdienen kann.

Die Leistung der Amerikaner soll nicht geschmälert werden, aber sie profitierten auch von dem Ungleichgewicht innerhalb der Jury. Doch meinte Friedrich: „Die USA haben verdient gewonnen, denn die Mannschaft turnte sicher, originell und virtuos." Auch die Notengebung war in der Kür weitgehend korrekt. Eine Standpauke von Jurij Titow (UdSSR), dem Präsidenten des Internationalen Turnerbundes (FIG), hat offensichtlich gefruchtet. Und was den Chinesen nach dem Schock in der Pflicht fehlte, waren Pep, Spritzigkeit und Ruhe.

Was freilich in Los Angeles mit Gold belohnt wurde, begann vor 18 Jahren in Dortmund. Kurz vor den Weltmeisterschaften 1966 übernahm ein damals 32jähriger, weithin unbekannter Sportlehrer das Training der amerikanischen Kunstturner. Am 31. Juli 1984, Ortszeit 21.04 Uhr, war Abie Grossfield am Ziel: Gold.

„Ich hätte jeden für verrückt erklärt, der mir vorher diesen Sieg prophezeit hätte. Unser Ziel war es, die Japaner zu schlagen", diktierte Grossfield nach dem Wettkampf den wartenden Journalisten in die Stenoblöcke. Sein Blick schweifte immer wieder zur Anzeigetafel, von der das Sensationsergebnis herableuchtete: USA 591,40 Punkte, China 590,80 Punkte, Japan 586,70 Punkte.

Das Geheimnis des Erfolges? „Der Kern der Mannschaft ist seit vier Jahren zusammen. Olympische Spiele im eigenen Land waren für meine Turner eine ungeheure Herausforderung. Sie haben so hart wie nie zuvor trainiert", lautete die Erklärung Grossfields, der die besten Turner mehrmals pro Jahr für einige Wochen am Southern Connecticut State College zusammenzieht. Sein Ziel: „Dieser Erfolg darf keine Eintagsfliege bleiben. Jetzt wollen wir uns in der Spitze etablieren."

Ein realistisches Ziel, denn auch wenn es keiner der siegestrunkenen Amerikaner und der 9356 Zuschauer im Pauley Pavilion wahrhaben wollte: Ihr Sieg war die Verkettung glücklicher Umstände. Eine ungünstige Auslosung und eine eklantante Überbewertung im Pflichtwettbewerb raubten den Chinesen die sicher geglaubte Goldmedaille. Der Boykott der Sowjetunion kam hinzu.

Weltcup-Sieger Li Ning, in der Einzelwertung völlig überraschend einen Zehntelpunkt hinter dem Amerikaner Peter Vidmar auf Platz zwei, hatte jedenfalls vor Vorwürfen aus der Heimat keine Angst: „In China wird man wissen, wie dieses Ergebnis zustande gekommen ist."

Verständlich, denn für Li Ning war es klar, daß er die Goldmedaillen von Los Angeles allenfalls mit seinem Landsmann Tong Fei teilen müßte. Doch nun haben die Amerikaner ihnen erst einmal einen Olympiasieg vor die Nase gesetzt. Wer hätte das im Ernst gedacht?

Platz vier – die deutschen Turner waren sehr zufrieden

DW. Los Angeles

Die deutschen Turner brachten nur eine solide Leistung, aber sie wurden – wie erhofft – Vierte. In der Pflicht gab es keinen Hänger, in der Kür gingen nur Groß' Barren-Kür (9,40) und Simmelbauers Boden-Kür (9,30) daneben – und die 581,10 bedeuteten neuen deutschen Punkte-Rekord. „Zufrieden? – Mehr als das", jubelte Philipp Fürst, der nach der Wahl des neuen Bundeskunstturn-Ausschusses am 21. Oktober „zu 90 Prozent" nicht mehr Cheftrainer ist.

Er war dabei, als seine Turner die Freude verströmten: „Wenn wir Vierter werden, dann ab in den Brunnen", hatten der 19jährige Volker Rohrwick und seine Kollegen beschlossen. Mit dem Ex-Turnstar Fürst, der 1964 mit der letzten gesamtdeutschen Riege in Tokio noch Bronze gewann, mit Stolz zurückblicken. Das ist die bisher beste Plazierung einer DTB-Riege – auch ohne Eberhard Gienger, aber auch ohne die osteuropäischen Turner.

Fürst sagt: „Ich glaube eigentlich, daß vier Jahre genug sind. Wenn jedoch der neugewählte Bundesfachausschuß und alle Kaderturner einstimmig der Meinung sind, daß ich im Amt bleiben soll, werde ich die Situation neu überdenken. Somit bleibt vorerst alles in der Schwebe, denn der Fachausschuß wird erst am 21./22. Oktober neu gewählt."

„Sicherlich haben wir davon profitiert, in der letzten Gruppe turnen zu dürfen. Aber unsere Leistung war so homogen, daß wir in dieser Form wohl so oder so Platz vier belegt hätten", erklärte Daniel Winkler selbstbewußt. Neben dem Heusenstammer werden der deutsche Zwölfkampfmeister Jürgen Geiger aus Herbolzheim und der Hannoveraner Andreas Japtok den Deutschen Turnerbund (DTB) im Mehrkampffinale der besten 36 Turner vertreten.

Der schlafende Riese überschritt die Startlinie

Von FRANK QUEDNAU

Der Korrespondent der Nachrichtenagentur „Neues China" erzählt in Los Angeles, was daheim im Fernsehen zu beobachten war: Premierminister Zhao Ziyang habe Englands Außenminister, Geoffrey Howe, empfangen. Dabei sei ihm die Meldung überbracht worden, daß China die erste Goldmedaille bei Olympischen Spielen gewonnen hat. Breit lächelnd habe der Premier die Glückwünsche seines Gastes entgegengenommen, den Daumen der rechten Hand erhoben und in die Kamera gesagt: „Wir haben die Startlinie überschritten."

Radio Peking hat einen Kommentar gesendet: „Dieser Sieg hat gezeigt, daß das chinesische Volk die Sehnsucht, die Fähigkeit und die Zähigkeit besitzt, in der Familie der fortschrittlichen Völker der Welt auf eigenen Füßen zu stehen."

Der Korrespondent von „Neues China" hat geweint, als „unsere Fahne gehißt und unsere Hymne gespielt wurde zu Ehren des Schützen Xu Haifeng" am ersten Tag dieser Spiele. Seitdem spüren er und seine Kollegen jeden Morgen eine Woge des Stolzes, wenn sie auf die erste Seite des „Los Angeles Herald" blicken. Diese Zeitung veröffentlicht einen Medaillenspiegel mit den farbigen Nationalfahnen vorneweg. Und das rote Tuch mit dem einen großen Stern, der links oben von vier kleineren im Halbkreis flankiert wird, taucht da immer in direkter Nähe der amerikanischen Stars and Stripes auf.

Die Chinesen kommen, hieß es, als sich die politische Führung des Milliarden-Volkes entschloß, zum ersten Mal seit 1948 an Olympischen Spielen teilzunehmen. Nun sind sie da, sind kein schlafender Riese mehr, sondern hellwache Medaillenjäger. Sie stellen in Los Angeles hinter den USA (597 Athleten), Italien (416) Kanada (415), Deutschland (408), Großbritannien (357), Frankreich (258), Australien (257) und Japan (237) die neuntstärkste Mannschaft mit 213 Athleten. Li Menghua – graublauer Anzug, roter Schlips, Chinas Fahne und die olympischen Ringe am Revers – lächelt fein, als er sagt: „Wir werden besser sein als 1932 in Los Angeles, als ein Chinese antrat und keine Rolle spielte." Li Menghua ist Chef de Mission der chinesischen Mannschaft. Auch sein Lächeln kann nicht verbergen, daß diese Worte in die Kategorie chinesischer Untertreibungen gehören, mit denen im Sport jetzt Schluß ist. Ein für alle Male.

Der Pistolenschütze Xu Haifeng führt gleichsam mitten hinein ins Bett des erwachten Riesen: Vor zwei Jahren war er in seiner Heimatstadt Anfei, 700 000 Einwohner, im Osten des Reiches gelegen, berühmt dafür, daß er Vögel mit einer Steinschleuder im Flug traf. Nun ist er Olympiasieger – chinesisches Tempo.

„Kämpft die Japaner und Amerikaner nieder"

In der Turnhalle des Pekinger Sportzentrums prangte vor den Spielen in großen Schriftzügen diese Aufforderung an der Wand: „Kämpft die Japaner und Amerikaner nieder." In der Ecke, in der die Frauen trainierten, standen unter einer Grafik mit den eigenen Bestnoten die Namen und Leistungen der Amerikanerinnen und Rumäninnen verzeichnet. Die Zeiten sind vorbei, in denen Chinas Tischtennisspieler auch schon einmal absichtlich verloren und dann mit einer Verbeugung erklärten: „Freundschaft ist wichtiger als der Sieg."

Das ist ein Wort des einst so großen Vorsitzenden Mao, der dem chinesischen Sport in der Vergangenheit auch eine klare Linie aufzwang: „Sport ist die Basis für die Gesundheit des Volkes, unser Volk muß ein Volk von Athleten werden, so kann es seine Arbeitsleistungen verbessern." Also Training als Kraftquelle für die Berg- und Feldarbeit. So sollte es sein. Und während der Kulturrevolution stürmte dann die Rote Garde die Sportfelder, pflügte sie um und baute Süßkartoffeln an.

In dieser Zeit schrieb der Leitartikler der „Peking-Rundschau": „Besonders abartig ist die Medaillenjagd. Diese bourgeoise Droge vergiftet die Moral des sozialistischen Menschen und verleitet ihn dazu, der reaktionären Klasse zu dienen." Zwischen diesem Zitat und den chinesischen Goldmedaillen in Los Angeles liegen nur neun Jahre. China bewältigte seine Entwicklung zu einer Weltmacht des Hochleistungssports mit Sieben-Meilen-Stiefeln.

Und die Sache mit der Freundschaft steht hintenan. Wu Zhongyuan, der stellvertretende Generalsekretär des Sportverbandes, sagt: „Freundschaft, ja, sie ist sicher auch wichtig. Aber vor allem wollen wir Medaillen sehen." Medaillen statt Mao – das ist der sportliche Aufbruch des neuen China.

Im Jahr 2000 will Peking die Spiele

Ein historischer Durchbruch, schrieben chinesische Zeitungen, als ihre Mannschaft 1982 bei den Asien-Spielen in Neu-Delhi Dauersieger Japan (57 Goldmedaillen) vom Sockel gestoßen und insgesamt 153 Medaillen gewonnen hatte, davon 61 in Gold. Die Zwischenstatistik des sechsten Fünfjahresplans (1981 bis 1985) weist aus, daß 91 Millionen Chinesen die staatlichen Normen für sportliche Stählung erfüllt haben. Das ist so etwas wie eine Sportabzeichen-Prüfung in den Disziplinen Laufen, Hoch- und Weitsprung, Stangenklettern und Werfen. Und die Zukunft ist verplant: 1990 sollen die Asien-Spiele, im Jahre 2000 dann die Olympischen Spiele in Peking stattfinden.

Schon jetzt gibt es 2600 Sportschulen und zwölf Sport-Akademien im Lande. In diese internatähnlichen Ausbildungsstätten werden die Besten des Milliarden-Volkes delegiert. Wenn die Leistung stimmt, werden die Athleten zu Arbeitern des Sports ernannt und vom Staat bezahlt. Li Menghua, der Chef der Mannschaft in Los Angeles: „Es ist für uns eine Ehre, hier gute Leistungen zu bringen." Und nach einer kurzen Pause: „Es gibt keine Prämien, aber Stipendien für erfolgreiche Sportler." Wie es heißt, erreichen diese Stipendien den dreifachen Monatslohn eines chinesischen Facharbeiters.

Hochsprung-Weltrekordler Zhu Jianhua ist einer von diesen Auserwählten. Die Gagen, die er im Ausland verdient, muß er zwar abliefern. Aber die Geschenke darf er behalten. Den Walkman, den er zwischen seinen Sprüngen gerne trägt („Ich höre leichte chinesische Musik"), hat er bei der Weltmeisterschaft in Helsinki geschenkt bekommen. Und wer für ihn an Chinas Sportverband zahlt, sieht man an seinen Füßen: Die amerikanische Sportartikel-Firma Nike hat mit Peking einen Ausrüster-Vertrag geschlossen. Sie zahlt eine Million Dollar für zwei Jahre.

Etwa 450 Millionen Mark soll Peking im letzten Jahr in den chinesischen Sport gesteckt haben. Das schreit nach einem Ausgleich in Goldmedaillen. Besonders Zhu Jianhua ist sich dessen bewußt. Er sagt: „Wenn ich springe, trage ich die Sehnsucht von einer Milliarde Landsleuten auf meiner Schulter. Ich werde diese Sehnsucht erfüllen, sonst hätte ich ja gar nicht nach Los Angeles zu kommen brauchen. . . "

Wie Amerikaner den Heimvorteil nutzen, das streift die Grenze der Erpressung

Wir Deutschen sind ja gar nicht so. Den Herrn Steuben haben wir ja auch exportiert, den Albert Einstein, Wernher von Braun, das Wort Kindergarten und die Frankfurter Würstchen. Die wurden dann in Amerika bald zu Hot Dogs.

Und nun durfte auch noch beobachtet werden, in den Morgenstunden des Mittwoch (MEZ), daß unser lieber alter Turnvater Jahn seine vier „F" ebenfalls auf Reisen geschickt haben muß. Irgendwann – und wir haben gar nicht so recht bemerkt, wie die Amerikaner sie benutzen.

Nein, nicht die modernen deutschen „F" Feierabend, Fernsehen, Filzpantoffeln und Flaschenbier blieben uns erhalten. Aber das Frisch-Fromm-Fröhlich-Frei, unter dem Turnvater Jahn einst in der Berliner Hasenheide die wehrhaften Mannsbilder strammstehen ließ – unter Mißachtung aller Inhalte seiner Parolen-Worte –, die tauchen nun völlig verändert in Los Angeles auf.

Jetzt haben die locker-flockigen Amis auch noch die Goldmedaille mit ihrer Turnmannschaft gewonnen. Die weder deutsche Tradition noch sowjetischen Drill noch chinesischen Zirkus haben. Fürwahr eine Flutwelle des Althergebrachten, aber ein Hechtsprung mitten hinein ins pralle Menschenleben.

Hier sind nicht die Leistungen gemeint. Das, was die amerikanischen Turner aufführen, bevor sie ans Gerät gehen, und wie sie sich benehmen, wenn sie ihre Übungen beendet haben, das ist das Thema.

Es gab Zeiten, da schritten die Kampfrichter ein, wenn die Turner nicht auch noch aufrecht und steif die Bühne verließen. So als hätten sie den Stock verschluckt, mit dem sie im Training geprügelt wurden.

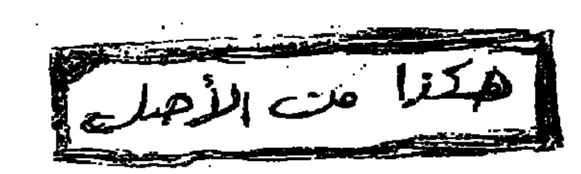
Was die Amerikaner zeigen, ist Fröhlichkeit bis zur Ekstase gesteigert, eine frische Brise, die zum Orkan wird. Fromm wird ersetzt durch den Glauben, daß alle Mittel, die zum Sieg führen, Rechtens sind, damit die 9356 Zuschauer in der Halle auch merken, wie gut sie sind. Wer Kamm-Griff oder Yamashita mit dreifacher Schraube nicht erkennt, muß eben sehen, daß da Bombastisches geschehen sein muß.

Mitchel Gaylord wird niemals in den Verdacht geraten, sich etwas bei deutschen Fußballspielern abgesehen zu haben. Aber hoffentlich schauen sich unsere Bundesliga-Torschützen ihn noch einmal im Fernsehen an, um von ihm zu lernen. Die Szene, wie er vom Reck abgeht und danach die Faust in die Luft streckt, in die Luft springt, eine ganze Drehung macht, damit er auch alle Zuschauer im Blick hat und dann in den Armen seiner Kameraden landet, die die Bühne gestürmt hatten, das ist künstlerisch wertvoller als deutscher Fußball-Torjubel. Nebenan federt der Chinese Li Ning am Boden. Als er fertig ist mit seiner Kür, denkt er tatsächlich, daß Achterbahn-Gejaule der von Gaylord aufgeputschten Zuschauer sei sein Beifall. Er verbeugt sich, winkt und geht still.

Beim frommen Zuschauerwunsch, den Landsmann siegen zu sehen, bleibt es nicht, das Publikum will handeln, selbst eingreifen – und schreit. Und es buht selbst bei Noten wie den 9,95 Punkten für Gaylords Reckübung. Der Chor, weil er nun mal nicht an den Ringen hängen oder am Barren handstehen kann, will wenigstens die Kampfrichter zwingen, daran zu denken, in welchem Land und für wen sie die Noten verteilen. Der Heimvorteil, den jeder ausnutzt, streift hier die Grenze der Erpressung. Die Turner nutzen es aus.

Die Amerikaner haben aus der Maxime des braven deutschen Turnvaters einen Aufschrei der Begeisterung gemacht, aber nur für die Landsleute. Ein Mann wie Li Ning kann da gar nicht zurechtkommen. Er muß Salti mit der Bürde seines Namens schlagen, den in Los Angeles beim Turnen niemand übersetzen und deshalb auch nicht achten kann. Li Ning heißt Stille . . .

FRANK QUEDNAU



XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

SCHWIMMEN / Bronzemedaille für deutsche Staffelmädchen war eine große Überraschung – Auch Korthals konnte gefallen

Mehr gefreut als über das Gold von Michael Groß

dpa/sid, Los Angeles

Das Stofftier heißt Howie. Howie ist eine Robbe. Gestern stand sie im Mittelpunkt: Fast erdrückt wurde sie, jeder wollte sie zumindest einmal streicheln.

Howie ist das Maskottchen der deutschen 4x100-m-Freistil-Staffel der Damen. Gestern gewannen sie die Bronzemedaille, seitdem sind sie für Trainer Niels Bouws „einfach die Größten".

In der Tat: Ohne Iris Zscherpe, Susanne Schuster, Christiane Pielke und Karin Seick wäre die deutsche Olympia-Mannschaft am dritten Wettkampftag leer ausgegangen. So wurde der dritte Platz gefeiert wie ein Olympiasieg.

„Für mich ist diese Bronzemedaille fast noch mehr wert als die Goldmedaillen von Michael Groß. Bei ihm hat eigentlich jeder damit gerechnet, unser Erfolg aber kam doch überraschend." Susanne Schuster sagt das (21), Bankkaufmann-Lehrling aus Bietigheim. Von den USA und Holland geschlagen worden zu sein kümmert niemanden. „Obwohl ich zwischendurch einmal ganz kurz von Silber geträumt hatte", sagt Christiane Pielke (21), „aber da hat es mir wohl an Realismus gefehlt." Schon im Vorlauf hatte die deutsche Staffel mit 3:46,49 Minuten deutschen Rekord erzielt. Im Endlauf dann schwammen alle vier Teilnehmerinnen persönliche Bestzeiten. Was dabei herauskam, war erneut ein deutscher Rekord: 3:45,56 Minuten.

„Das muß erst einmal geschwommen werden", sagt Susanne Schuster, „heute morgen war Bronze für uns alle noch ein Traum. Jetzt ist er plötzlich Wirklichkeit."

Iris Zscherpe aus Berlin, mit 17 Jahren die Jüngste, findet alles „einfach ganz, ganz toll". Christiane Pielke sagt: „Für mich ist es das Größte" und drückt dabei die Robbe Howie fest an sich. „Beim Training liegt er auf der Stoppuhr", sagt sie, „und nachts schläft er bei mir." Mehr krächzend als redend hört sich das an, „die Stimme ist schon bei der Staffel der Jungens draufgegangen".

Karin Seick (22), Schlußschwimmerin in der Staffel, profitierte vom Pech einer anderen. Ihr Start war im Grunde gar nicht vorgesehen, zu enttäuschend waren ihre Leistungen in den vergangenen Wochen. Doch als die Kölnerin Ina Beyermann an einem Infekt erkrankte, bekam sie ihre Chance. Zunächst nur für den Vorlauf, doch als sie dann zum deutschen Rekord schwamm, hatte sie ihren Platz sicher. Die olympische Bronzemedaille ist für sie „der Höhepunkt *meiner Laufbahn*". Sie *sagt das* trotz ihrer 20 deutschen Rekorde, trotz elf deutscher Meistertitel, trotz ihrer Silbermedaille bei der Europameisterschaft in Split und des vierten Platzes bei den Weltmeisterschaften in Guayaquil. Nach Los Angeles wird sie ihre Laufbahn beenden.

Ina Beyermann hingegen, 16malige deutsche Meisterin, hofft trotz ihres fiebrigen Infekts (DSV-Mannschaftsarzt Dirk Clasing: „Ich hoffe, die Sache wieder in den Griff zu bekommen") auf die geplanten Einsätze über 100 und 200 m Schmetterling. Die 19jährige will auch in der 4x100-m-Lagen-Staffel starten.

Die Freistilstaffel wird ihren Erfolg freilich erst einmal ausgiebig feiern. „Wir fahren im Anschluß für ein paar Tage nach Hawaii", sagt Trainer Niels Bouws, „Surfen, Wellenreiten und alles, was nichts mit Wettkampfschwimmen zu tun hat." Die Reise *soll aus der Mannschaftskasse* und über Sponsoren finanziert werden.

Einen weiteren unerwarteten Erfolg feierte der 22jährige Student Dirk Korthals (Gladbeck), der mit der 4x200-m-Freistil-Staffel schon Silber gewonnen hatte.

Im Endlauf über 100 m Freistil schwamm er mit 51,02 Sekunden die drittbeste Zeit auf dieser Strecke, die jemals von einem deutschen Schwimmer erzielt wurde. Hier fiel die Entscheidung nach einem eindeutigen Fehlstart des amerikanischen Weltrekordlers Rowdy Gaines, der in der Weltjahresbestzeit von 49,80 Sekunden die Goldmedaille gewann. Mark Stockwell, Silbermedaillengewinner aus Australien: „Die glauben wohl, die könnten hier in Amerika ihre eigenen Regeln machen." Gaines hielt sich dezent zurück. „Ich habe nur die Anweisung meines Trainers befolgt, *den Startblock möglichst früh zu verlassen*", sagt er. „Alles andere ist nicht meine Sache."

Olympische Entscheidungen

SCHWIMMEN

4x100 m Freistil, Frauen

Gold: USA (Johnson/Steinseifer/Torres/Hogshead) *3:43,43 Minuten*

Silber: Niederlande (Verstappen/Voskes/Reijers/van Bentum) 3:44,40

Bronze: Deutschland (Zscherpe/Schuster/Pielke/Seick) 3:45,56

4. Australien *3:47,79.*

200 m Rücken, Männer

Gold: Carey (USA) 2:00,23 Minuten

Silber: Delcourt (Frankreich) 2:01,75

Bronze: Henning (Kanada) 2:02,37

4. Prado (Brasilien) 2:03,05, ... 13. Peter (Deutschland) 2:05,66.

100 m Rücken, Frauen

Gold: Andrews (USA) 1:02,55 Minuten

Silber: Mitchell (USA) 1:02,63

Bronze: de Rover (Niederlande) 1:02,91

4. Bunaciu (Rumänien) *1:03,21*, ... 6. Schlicht (Deutschland) 1:03,46.

100 m Freistil, Männer

Gold: Gaines (USA) 49,80 Sekunden *(Olympischer Rekord)*

Silber: Stockwell (Australien) 50,24

Bronze: Johannsson (Schweden) 50,31

4. Heath (USA) 50,41, ... 8. Korthals (Deutschland) 50,93.

400 m Freistil, Frauen

Gold: Cohen (USA) 4:07,10 Minuten (Olympischer Rekord)

Silber: Hardcastle (Großbritannien) 4:10,27

Bronze: Croft (Großbritannien) 4:11,29

4. Linehan (USA) 4:12,26, ... 7. Kowalczik (Deutschland) 4:16,33

SCHIESSEN

Luftgewehr, Frauen

Gold: Spurgin (USA) 393 Ringe

Silber: Gufler (Italien) 391

Bronze: Oxuan Wu (China) 389

4. Bowes (Kanada) 388, ... 6. Sailer 385, ... 11. Sperber *(beide* Deutschland) 381.

Laufende Scheibe

Gold: Li (China) 587 Ringe

Silber: Bellingrodt (Kolumbien) 584

Bronze: Huang (China) 581

4. Schröder *(Deutschland)* 581.

Trapschießen

Gold: Giovannetti (Italien) 192 Tauben/24 im Stechen

Silber: Boza (Peru) 192/23

Bronze: Carlisle (USA) 192/22

4. Nieminen (Finnland) 191, ... 28. Blecher (Deutschland) *179.*

TURNEN

Mannschaftswertung, Männer:

Gold: USA 591,40 Punkte

Silber: China 590,80

Bronze: Japan 586,70

4. Deutschland 582,10.

GEWICHTHEBEN

Federgewicht

Gold: Chen (China) 282,5 (125,0/157,5)

Silber: Radu (Rumänien) 280,0 (125,0/155,0)

Bronze: Tsai (Taiwan) 272,5 (125,0/147,5)

4. Wabiko *(Japan) 270,0.*

Medaillenspiegel nach 27 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
USA	16	7	1
China	5	3	3
Kanada	3	3	1
Deutschland	3	1	4
Italien	1	1	–
Australien	–	2	4
Frankreich	–	2	1
Großbritannien	–	1	3
Niederlande	–	1	3
Schweden	–	1	1
Brasilien	–	1	–
Kolumbien	–	1	–
Peru	–	1	–
Rumänien	–	1	–
Japan	–	–	3
Norwegen	–	–	1
Belgien	–	–	1
Taiwan	–	–	1

Anmerkung: Über 100 m Freistil/*Damen wurden zwei Goldmedaillen* vergeben.

SCHIESSEN / Mit den Medaillen klappt es nicht

Bislang ging der Schuß meistens nach hinten los

dpa, Los Angeles

Der Mann hat kein Schwein, obwohl der Keiler 60mal vor ihm hin- und hergelaufen war. Schütze Uwe Schröder wollte im Wettbewerb Laufende Scheibe Gold, schien zunächst Silber sicher zu haben, rechnete dann wenigstens mit Bronze – und stand am Ende ohne Medaille, dafür mit Tränen in den Augen da. Das Schicksal und die änderungsbedürftige Wettkampfordnung meinten es mit dem 22jährigen aus Linden bei Hannover nicht gut. Denn bei gleicher Ringzahl (581) mit dem Bronzemedaillengewinner Huang hatte Schröder genau genommen besser gezielt als der Chinese. Doch die Bestimmungen sehen vor, daß bei Ringgleichheit die Mehrzahl der besten Abdrücke auf der Scheibe entscheidet.

Also wieder keine Medaille, aber Deu*tschlands Sportschützen haben* das Schießpulver wahrlich nicht erfunden: In den bisherigen sechs von elf Wettbewerben bei den Olympischen Spielen in Los Angeles gingen ihre Schüsse allesamt nach hinten los. „Den Beruhigungsschluck, das Zielwasser, gibt es bei uns nicht", sagt Silvia Sperber. Es fällt schwer, der Gewehrschützin dabei zu widersprechen. Denn obwohl die starken osteuropäischen Länder fehlen, erwies sich die verbleibende Konkurrenz bisher als zu stark. Mannschaftsführer Walter Schumann wirft die Flinte trotzdem *nicht* ins *Korn*: *„Die* Spiele sind noch lange nicht beendet."

Seit 1968 hatten die Aktiven des Deutschen Schützen-Bundes (DSB) stets Gold geholt, und auch im Prado Park wurden Medaillen anvisiert. Doch der erste Rückstoß traf die Pistolenschützen, dann wurde im English Match übers Ziel hinausgeschossen. Im Trap und bei der Laufenden Scheibe blieben *Volltreffer* aus, und schließlich ging auch bei *den Luftgewehr-Damen mancher* Schuß daneben. Angesichts dieser Mißerfolge ist verständlich, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis es zum großen Knall kommen kann.

Bemängelt wird die Vorbereitung auf die Spiele und die Wahl der Unterkunft. Ein Teil der Mannschaft war im April und dann noch einmal vor vier Wochen in Los Angeles. „Dies ist ein Witz. Kein Mensch verkraftet in *einer solch kurzen Zeit dreimal* diese enorme zeitliche Umstellung", wettert Trautwein. Blecher ärgert sich über die Unterbringung im knapp 90 Kilometer entfernten olympischen Dorf. „Der Weg zum Training ist einfach zu aufwendig und aufreibend. Außerdem sind wir aus dem Pfadfinderalter heraus. Dies ist für uns doch völlig ungewohnt." Andere Nationen machten es besser: Sie buchten ein Hotel neben der Schießanlage.

Auch individuell wurden Fehler gemacht. So trainierte Silvia Sperber („Das Wasser lief mir nur so herunter") *zu Hause* in Penzing auf dem Speicher, um für die Hitze in Los Angeles gewappnet zu sein. Nur – die Halle im Prado Park ist klimatisiert. Ulrich Lind schoß im Wettbewerb mit seiner Trainingsmunition, ehe er nach 25 Schüssen und sechs Neunern erfolgreicher zu einer anderen Herstellungs-Serie der Patronen griff. Doch die Medaille war bereits futsch. „Ihr müßt schnell schießen", empfahl *Trainer Schumann seinen KK-Schützen.* Lind und Seibold ließen sich besonders viel Zeit.

Weitere Querschläger: Trapschütze Blecher wurde als Luftgewehr-Dame gemeldet und durfte deswegen nicht auf der Trapanlage trainieren. Und als ein Journalist wissen wollte, wie lange denn der Schütze den Keiler bei der Laufenden Scheibe zu sehen bekomme, wußte das der Trainer nun *wirklich nicht.*

HOCKEY

Schlechte Einstellung

sid, Los Angeles

Ein glatter Sieg und dennoch Unzufriedenheit: Den 4:0-Sieg der deutschen Hockey-Nationalmannschaft nannte Bundestrainer Klaus Kleiter „eine Pflichterfüllung, die aber wesentlich überzeugender hätte ausfallen können".

Nach dem 3:1 gegen Spanien kam die deutsche Mannschaft zwar zu ihrem zweiten Turniersieg und ist jetzt sogar zwölf Spiele hintereinander ungeschlagen. Sie *versäumte* es *jedoch*, ihre Tordifferenz, der am Ende des Turniers wahrscheinlich große Bedeutung zukommen wird, zu verbessern.

„Die Tore waren ja wunderschön", sagte Jörg Schäfer, Präsident des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), „ich hätte mir aber gewünscht, daß unsere Mannschaft die Begegnung ernster nimmt und mehr Tore schießt."

Drei schöne Kombinationen mit Toren von Heiner Dopp (2.), Stefan Blöcher (24.) und Markku Slawyk (33.) sowie ein Alleingang wiederum von Heiner Dopp: das ist die Bilanz des Spiels gegen die technisch schwache Mannschaft aus Amerika, gegen die das deutsche Spiel einfallslos wirkte. Beste Spieler waren noch Stefan Blöcher und Abwehrspieler Michael Peter.

Symptomatisch für das unkonzentrierte Spiel war eine Szene in der 41. Minute, als der eingewechselte Reinhart Krull aus Hannover drei Meter vor dem amerikanischen Tor freistehend vergab. „Die Mannschaft hatte einfach nicht die richtige Einstellung zu diesem international zweitklassigen Gegner", sagte Lutz Endlich vom Bundesausschuß für Leistungssport (BAL), „hoffentlich geht dieser Schuß jetzt nicht nach hinten los."

Spätestens im Spiel gegen den Favoriten Australien wird sich das her*ausstellen.*

REITEN / Aus für Weltmeister Norbert Koof

Ist Fire schon lahm nach Los Angeles gekommen?

sid/dpa, Los Angeles

Die Olympischen Spiele finden ohne den Weltmeister der Springreiter, Norbert Koof, statt. Sein elfjähriger westfälischer Fuchswallach Fire, mit dem der *29* Jahre alte Landwirt aus Willich vor zwei Jahren in Dublin die Weltmeisterschaft gewonnen hatte, lahmt. Neben den Hoffnungen auf eine Medaille sind damit auch zahlreiche Profi-Angebote geplatzt.

24 Stunden hielt die deutsche Reiterführung die Nachricht *geheim*, ehe ihr schließlich nichts anderes übrigblieb, als die Misere einzugestehen, die bereits durch deutsche Schlachtenbummler aus dem Quartier in Santa Anita an die Öffentlichkeit gedrungen war. Gustav Pfordte, Chef der deutschen Equipe, verteidigte die späte Bekanntgabe so: „Wir konnten keinen Journalisten erreichen."

Und das war in Los Angeles passiert: Am Samstag waren die Pferde in der Olympia-Stadt eingetroffen und mußten anschließend die vorgeschriebene Quarantänezeit einhalten. *Am Dienstag begann dann die* Trainingsarbeit. „Nach dreißig Minuten Bewegung in Schritt und leichtem Trab ging Fire plötzlich lahm", erklärte Tierarzt Peter Cronau. Bei einer genauen Untersuchung stellte sich bei Fire eine Knochenabsplitterung am vorderen rechten Bein heraus.

Obwohl Gustav Pfordte den Gerüchten, Fire sei bereits krank nach *Los Angeles gekommen, energisch* widersprach, wollen derartige Meldungen nicht verstummen. Schon beim Abschlußtraining in Warendorf, vor dem Flug nach Kalifornien, soll Fire lahm gewesen sein. Nach einer Kurzbehandlung durch den Tierarzt hätten jedoch keine Bedenken mehr gegen eine Verladung des Wallachs bestanden.

Nach der Untersuchung des Pferdes durch Peter Cronau erklärte Pfordte: „Ich habe Norbert Koof nun für die Springen im Nationenpreis und um die Einzelmedaillen zurückgezogen." Der Weltmeister hat zwar mit Lovely Boy noch ein Ersatzpferd *in Los Angeles, doch wird es nicht als* gut genug für Olympia angesehen. Damit setzt sich die Mannschaft aus Franke Sloothaak mit Farmer, Fritz Ligges mit Ramzes, Peter Luther mit Livius und Europameister Paul Schockemöhle mit Deister zusammen.

Der erzwungene Verzicht markiert einen weiteren Meilenstein auf dem Leidensweg von Norbert Koof. Nach dem Weltmeistertitel von 1982 ging es fast nur noch bergab. Einen Tag vor Beginn der Europameisterschaft 1983 in Hickstead mußte Fire wegen einer plötzlich aufgetretenen Sehnenverletzung ebenfalls zurückgezogen werden.

Nach einer neunmonatigen Pause zeigte das Weltmeister-Paar aber wieder ansteigende Form und nährte Hoffnungen auf eine Medaille bei den Olympischen Spielen. Doch bei der Deutschen Meisterschaft im Mai in Balve verlegte sich der Wallach in der *zu kleinen Box und mußte erneut von* der Konkurrenz zurückgezogen werden. Als Fire dann beim Internationalen Spring-Championat in Aachen am Wassergraben stürzte, glaubten viele schon, dies sei das Aus für Los Angeles. Fire erlitt eine schwere Prellung.

*Besonders betroffen von den Ereig*nissen in Los Angeles muß Ulrich Meyer zu Bexten sein. Der Herforder war bei zwei Europa- und der letzten Weltmeisterschaft nur als Ersatzreiter nominiert und auch in diesem Jahr in der Qualifikation unterlegen. Vor wenigen Wochen noch siegte er mit der deutschen Equipe im Preis der Nationen in Hickstead. Damals schon sagte er, Fire sei seiner Meinung nach ein Risiko-Faktor.

„Stimmt es, daß man mit Handball Geld verdienen kann?"

Von *MARTIN HÄGELE*

Als der Schlußpfiff kam, lagen sich Deutschlands Handballspieler in den Armen. Jubel, Küsse, Glück nach dem 21:19-Startsieg über die US-Boys. Die deutschen Beobachter rieben sich die Augen. Mein Gott, was *müssen* Simon Schobels Schützlinge erst für Veitstänze aufführen, wenn sie hier eine Medaille holen sollten.

Vielleicht haben sie wirklich ihre Erleichterung hinausgeschrien. Vielleicht standen sie wirklich unter so starkem Druck. „Fünfzig Prozent der Mannschaft sind Junioren, unser erstes großes Turnier wollten wir erst Anfang '85 spielen. Dann kam der Boykott. *Und deshalb sind* wir *hier.* Aber wir sind noch nicht soweit." Trainer Schobels Rede klang wie eine Entschuldigung.

Er habe alles versucht, um diese jungen Leute abzulenken, so Schobel. Aber lenk mal ab, von morgens acht bis *nachts um halb zehn.* Es waren eher die Alten, die durchhingen. Erhard Wunderlich zum Beispiel, ein Mannsbild, erst gestern war er Vater geworden. Wunderlich verlangte zuviel von sich. Torjäger wollte er sein und gleichzeitig Spielmacher. Nachdem Wunderlich schon zu Anfang einen Siebenmeter an die Latte geknallt hatte, war bei ihm der Ofen aus. Wunderlich warf nur noch ein einziges Tor – das entscheidende 21:19 allerdings. Sein psychologisches Hoch hatte sich eher als Bremse ausgewirkt.

Torwart Andreas Thiel ist 24, und er studiert Jura. Doch von Routine oder Reife keine Spur. Er flippte am meisten aus. Thiels „Sch..." verstanden sogar die Amerikaner in der *letzten Reihe. Aus Wut über die* Abwehrleistung seiner Kollegen setzte er sich vor der Torlatte auf den Hosenboden. Eigentlich hätte ihn Simon Schobel schon da wegen Unkameradschaftlichkeit in den Hintern treten müssen. Denn solche Gesten muntern keine jüngeren Mitspieler auf.

Doch Simon Schobel schützte, er breitete selbst da noch seine Hand über den Torwart, als der die Geduld der deutschen Reporter und die Gastfreundschaft der Amerikaner schon über Gebühr strapaziert hatte. Weil die Dolmetscherin mit Handballfachausdrücken nicht viel anzufangen wußte und sich deshalb der Beginn der *Pressekonferenz verzögerte*, stand der Torwart einfach hinterm Mikrophon auf und verschwand. Nicht ohne vorher noch anzudeuten, daß er alle übrigen Anwesenden im Raum für Idioten hielt. „Andreas ist sehr stark durch*geschwitzt gewesen", entschuldigte* Schobel den Affront.

Gott sei Dank ließen sich die *21jährigen Rüdiger Neitzel (VfL* Gummersbach) und Martin Schwalb (Frisch Auf Göppingen) nicht von den Macken ihres Torwarts anstekken. Neitzel brachte das, was man von Wunderlich eigentlich erwartet hatte (sechs Tore). Und der junge *Schwalb verwandelte den wichtigen* Siebenmeter zum 19:18. Alle anderen – auch die Alten – hatten sich vor der Verantwortung dieses Schusses gedrückt.

Sicher, die Atmosphäre war schon besonderer Art. Man weiß inzwischen, was in solchen amerikanischen Collegeburschen vor sich geht, *wenn draußen das „ju-aes-ei" dröhnt.* Und diese amerikanische Mannschaft gehört nicht zur Sorte der Landkundschaft, sie ist in einem siebenmonatigen Trainingslager und in über 65 Länderspielen zusammengewachsen.

Dreieinhalb Jahre haben die Amerikaner trainiert, um als Gastgeber nicht den olympischen Hanswurst spielen zu müssen. Denn Hallen-Handball ist in den *Vereinigten* Staaten noch unpopulärer als Frauenringen im Schlamm. Über kämpfende Weiber im Dreck sind in Amerika garantiert schon mehr *Artikel* erschienen als über diese rätselhafte Sportart aus Europa. Wenn man dies bedenkt, bleibt nichts anderes, als vor den Fortschritten der Amerikaner den Hut zu ziehen.

So stand am Ende des Nervenkitzels nicht nur die Frage nach den Chancen der Deutschen in diesem Turnier auf dem Tapet, sondern auch die Zukunft des Handballs in amerikanischen Hallen. Ein Auszug aus der Pressekonferenz. Ein paar Fragen von Kollegen aus New York, Los Angeles und Boston:

„Stimmt es eigentlich, daß man mit diesem Sport in Europa Geld verdienen kann?"

„Was hat denn dieser Torwart für eine komische Aufgabe? Ich glaube, er darf kein Angsthase sein. Kommt dieser Torwart vom Völkerball?"

„Und warum haben wir keine Farbigen in unserer Mannschaft?"

„Wie trainiert man Handball. Mit Sprints und Gewichtheben?"

Wer gegen so viel Unverständnis anspielen muß, dem gehört eigentlich die Goldmedaille verliehen.



Erhard Wunderlich – ein Prost im fernen Los Angeles auf seine Tochter Lena Olympia FOTO: AP

Olympia in Zahlen

Kein guter Auftakt für die deutschen Segler: Willi Kuhweide, der beim Start nicht gut weggekommen war, segelte auf die falsche Seite und kam an der ersten Tonne nur als 15. an. Kuhweides Crewmitglieder Axel May und Eckard Löll: „Der Willi ist *nervös geworden." Der Druck,* 20 Jahre nach dem Gewinn der Goldmedaille im Finn-Dinghi nun auch in der Solingklasse eine Medaille zu gewinnen, ist doch sehr groß.

Noch schlimmer als Kuhweide erging es allerdings den beiden größten deutschen Medaillen-Hoffnungen: Jörg und Eckart Diesch, im Flying-Dutchman Goldmedaillen-Gewinner von 1976, wurden nach einem Protest der Engländer Jonathan Richards/Peter Allam ebenso disqualifiziert wie die Starbootsegler Achim Griese/Michael Marcour wegen eines *Frühstarts. Achim Griese* war vor einem Jahr bei den vorolympischen Regatten ebenfalls mit diesem Ergebnis gestartet und hatte am Ende überlegen gewonnen. Diesmal hoffte er, der Disqualifikation entgehen zu können. Ein Ohrenzeuge tauchte auf, der gehört haben wollte, daß nicht Griese, sondern „Greece" per Funk übermittelt wurde, also der Grieche Hatzipavlis gemeint war. Griese zog seinen Protest zurück, als ihm die Jury ein Startfoto vorlegte, das klar seinen Frühstart zeigte. Teamchef Uli Libor gewann dem ganzen eine gute Seite ab: „In den Klassen, wo wir nervenstarke Leute haben, hatten wir heute schlechte Ergebnisse, das läßt sich noch relativ gut ausgleichen."

FUSSBALL

Gruppe A, zweiter Spieltag: Norwegen – Frankreich 1:2, Chile – Qatar 1:0. – Tabelle: 1. Frankreich 4:3 Tore/3:1 Punkte, 2. Chile 1:0/3:1, 3. Qatar 2:3/1:3, 4. Norwegen 1:2/1:3. – Gruppe D: Ägypten – Costa Rica 4:1, Italien – USA 1:0. – Tabelle: 1. Italien 2:0/4:0, 2. Ägypten 4:2/2:2, 3. USA 3:1/2:2, 4. Costa Rica 1:7/0:4.

HOCKEY

Herren, Gruppe A: Australien – Spanien 3:1, Deutschland – USA 4:0, Indien – Malaysia 3:1. – Tabelle: 1. Australien 8:1/4:0, 2. Indien 8:2/4:0, 3. Deutschland 7:1/4:0, 4. Spanien 2:6/0:4, 5. Malaysia 1:8/0:4, 6. USA 1:9/0:4. – Damen, Finalrunde, erster Spieltag: *Holland* – Neuseeland 2:1.

VOLLEYBALL

Männer, Gruppe A, zweiter Spieltag: Brasilien – Argentinien 3:1, USA – Tunesien 3:0. – Tabelle: 1. USA 100:44/4:0, 2. Südkorea 45:21/2:0, 3. Brasilien 61:47/2:0, 4. Tunesien 21:45/0:2, 5. Argentinien 83:116/0:4. – Gruppe B, zweiter Spieltag: Kanada – Ägypten 3:0, Italien – China 3:0. – Tabelle: 1. Italien 101:64/4:0, 2. Japan 45:26/2:0, 3. Kanada 77:77/2:2, 4. Ägypten 22:45/0:2, 5. China 58:91/0:4.

BASKETBALL

Frauen, Finalrunde, zweiter Spieltag: USA – Australien 81:47, China – Kanada 61:66, Jugoslawien – Südkorea 52:55. – Tabelle: 1. USA *184:102/4*, 2. Südkorea 122:114/4, 3. China 133:130/3, 4. Kanada 128:128/3, 5. Jugoslawien 107:135/2, 6. Australien 111:148/2. – Männer, Gruppe B: Spanien – Uruguay 107:90. – Tabelle: 1. USA 186:117/4, 2. Spanien 190:172/4, 3. Uruguay 181:194/3, 4. China 134:180/3, 5. Frankreich 170:176/2, 6. Kanada 150:172/2.

SEGELN

Soling, erste Wettfahrt: 1. Haines (USA) 0 Punkte, 2. Law (Großbritannien) 3,00, 3. *Greal (Brasilien) 5,70*, ... 10. Kuhweide (Deutschland) 16,00. – Star: 1. Buch/Erickson (USA) 0, 2. Hatzipavlis/Pelekanakis (Griechenland) *3,00*, 3. *Gorla/Peraboni* (Italien) 5,70, ... 17. Griese/Marcour (Deutschland) 26,00. – Flying Dutchman: 1. Jörgen u. Jacob Moeller (Dänemark) 0, 2. McKee/Buchan (USA) 3,00, 3. McLaugherty/Bastert (Kanada) 5,70, ... 9. Jörg und Eckart Diesch (Deutschland) 15,00. – 470er Klasse: 1. Joachim und Wolfgang Hunger (Deutschland) 0, 2. Peponnet/Pillot (Frankreich) 3,00, 3. Doreste/Molina (Spanien) 5,70. – *Tornado:*

1. Smyth/Glaser (USA) 0, 2. White/Campbell/James (Großbritannien) 3,00, 3. Sellers/Timms (Neuseeland) 5,70, ... 12. Kaphengst/Böse (Deutschland) 18,00. – Finn-Dinghi: 1. Bertrand (USA) 0, 2. Coutts (Neuseeland) 3,00, 3. Neilson (Kanada) 5,70, ... 6. Gerz (Deutschland) 11,70. – Windglider, erste Wettfahrt: 1. Meyer (Deutschland) 0, 2. Kerndall (Neuseeland) 3,00, 3. Bellini (Spanien) 5,70.

HANDBALL

Herren, Gruppe A, erster Spieltag: Jugoslawien – Island 22:22, Schweiz – Japan 20:13, Rumänien – Algerien 25:16. – Tabelle: 1. Rumänien 25:16/2:0, 2. Schweiz 20:13/2:0, 3. Jugoslawien 22:22/1:1, Island 22:22/1:1, 5. Japan 13:20/0:2, 6. Algerien 16:25/0:2. – Gruppe B: Schweden – Südkorea 36:23, Dänemark – Spanien 21:16, Deutschland – USA 21:19. – Tabelle: 1. Schweden 36:23/2:0, 2. Dänemark 21:16/2:0, 3. Deutschland 21:19/2:0, 4. USA 19:21/0:2, 5. Spanien 16:21/0:2, 6. Südkorea 23:36/0:2.

BOXEN

Halbmittelgewicht, Vorrunde: Zielonka (Deutschland) – Milo (Zimbabwe) 4:1-PS.





XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE · XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

GEWICHTHEBEN / Nur ein Rekordversuch

Keine Muskelpille - da halten sich alle zurück

sid, Los Angeles

Rein statistisch kann man nachweisen, daß zwei Drittel aller Versuche im Stoßen, der reinen Kraftübung der Gewichtheber, beim olympischen Turnier auf dem Universitätsgelände von Loyola in Los Angeles ungültig sind. Der kritische Beobachter erlebt nur schwankende Gestalten auf der Heberbühne – ein optischer Hinweis auf psychische Schwächen. Medizinisch wird nichts zu beweisen sein, wenn nicht einer der Medaillengewinner mit Anabolika-Rückständen im Körper erwischt wird. Das ist die Situation der starken Männer, doch sie ist ein Tabu-Thema für den Weltverband der Gewichtheber.

Kein Gewichtheber von Rang wird heute bei der Leistungsaufbereitung auf muskelstärkende Präparate verzichten, also Anabolika in verschiedener Stärke und Dosierung nehmen, dann aber, um bei einem wichtigen Kampf sauber zu sein, diese Drogen absetzen. In dem Augenblick aber, in dem der Körper die gewohnte Muskelpille vermißt, machen sich bei dem Athleten Entzugserscheinungen bemerkbar. Er ist für bestimmte Bewegungsabläufe und Aktivitäten nicht mehr geeignet. Er gibt schneller auf, wagt sich erst gar nicht mehr an große Lasten.

In der Tat hat kaum einer der Gewichtheber in Los Angeles seine angegebene oder nachgewiesene persönliche Bestleistung erreicht, geschweige denn verbessert. Man hielt sich zurück. Ein einziger Weltrekordversuch wurde in den ersten drei Gewichtsklassen gestartet, ging aber daneben. Ein Chinese fiel auch hier aus dem Rahmen. Daß die neuen Heber aus Peking unter allen Anabolika-Schluckenden die am besten vorbereiteten Athleten sind, steht außer Frage. Am härtesten trifft wohl die favorisierten Rumänen der Entzug der Muskelpille, da hilft auch die beste Ärztin, die Frau des einstigen Meisterhebers Lazar Baroga, nicht viel.

Bei der IWF halten sich Präsident Gottfried Schödl und Generalsekretär Tamas Ajan bedeckt. Dopingkontrollen sind angekündigt, „ganz scharfe", sagt Schödl. Aber mehr sagt er nicht. Etwas deutlich wird nur der deutsche Hauptkampfrichter Kurt Wegmann, ein Kenner der Szene, aber er weicht auf Nebenkriegsschauplätze aus: „Es wird hier kontrolliert, und es wäre eine Katastrophe, würde ausgerechnet beim olympischen Turnier ein Dopingsünder erwischt."

Es wäre deshalb eine Katastrophe, weil gerade das olympische Gewichtheber-Turnier von Los Angeles in aller Regel nur mit zweit- und drittklassigen Herbern besetzt ist. Würden dann noch die mutmaßlichen Medaillengewinner wegen verbotener Doping-Einnahme gefaßt, verurteilt und der Medaillen verlustig gehen, so würden am Ende viertklassige Heber auf dem Siegerpodest stehen. Eine Farce der Farce!

Denn nach dem Boykott der osteuropäischen Länder, vor allem der UdSSR und Bulgariens, fehlt in Los Angeles in dieser Sportart die gesamte Weltelite ohnehin. In Los Angeles geht kein einziger Weltrekordler im Gewichtheben an den Start, in Los Angeles fehlen fast alle Weltmeister der letzten Jahre. Weil die sowjetischen und die bulgarischen Heber stets der verbotenen Doping-Einnahme verdächtigt werden (in einigen Fällen hat sich dieser Verdacht als begründet erwiesen), nahm man an, beim olympischen Turnier ginge es diesmal etwas weniger schlimm zu. Aber weit gefehlt! Doch, was wollte man angesichts der Skandale um westliche Heber bei den letzten panamerikanischen Spielen schließlich erwarten? Noble Zurückhaltung im Sinne des ohnedies nie wahrgenommenen olympischen Geistes oder gnadenlosen Kampf um Medaillen?

Was freilich diesmal fehlt, ist die offen zur Schau gestellte Pseudo-Freundschaft der osteuropäischen Verbände in dieser Sportart und das Verdächtigen und Anklagen hinter den Kulissen, wie es schon so oft zwischen Sowjetrussen, „DDR"-Hebern und Bulgaren der Fall gewesen ist. Was auch zu Manipulationen bei der Medaillenvergabe führte.

Zur Belohnung winkt Urlaubsreise auf eine Insel

Alle deutschen Medaillengewinner der Sommerspiele von Los Angeles und der Winterspiele von Sarajevo erhalten zur Belohnung vom 29. September bis 6. Oktober eine Woche Gratisurlaub auf der griechischen Insel Kos. Die erfolgreichen Trainer der Athleten dürfen ebenfalls mitreisen. Finanziert wird dieser Urlaub von vier Unternehmen der Reise- und Sportartikel-Branche. Heinz Fallak, Chef de Mission der deutschen Mannschaft, nannte dieses Geschenk „eine feine Geste".

Vergnügung: Ganz Amerika ist von Olympia begeistert, nur die Besitzer von Vergnügungsparks in der Umgebung von Los Angeles nicht. „Wenn das so weitergeht, wird es der schlimmste Sommer, den wir je hatten", kommentiert Al Flores vom weltberühmten Disneyland. Während er und seine Kollegen sonst um diese Jahreszeit lange Schlangen vor den Kassenhäuschen melden, gibt es derzeit nur wenige Besucher.

Besuch: Einen besonders prominenten Zuschauer hatte Halbmittelgewichtler Manfred Zielonka aus Düren bei seinem Vorrunden-Sieg über Ambrose Mlilo aus Zimbabwe. Der frühere Profi-Weltmeister Muhammad Ali, der vor 24 Jahren bei den Spielen in Rom die Goldmedaille im Halbschwergewicht gewonnen hatte, saß am Ring.

Streik: Rund 65 000 Arbeitnehmer von zwölf Supermarktgesellschaften in Kalifornien, die unter anderem für die Verpflegung der olympischen Dörfer sorgen, streiken für mehr Lohn. Die Lieferanten wollen die Verpflegung deshalb außerhalb Kaliforniens beschaffen. Allerdings ist es fraglich, ob sich die dortigen Gewerkschaftsmitglieder als Streikbrecher betätigen.

Ausfall: Vize-Weltmeister Rob Druppers ist nach Willi Wülbeck (Wattenscheid) der zweite prominente Ausfall im Feld der 800-Meter-Läufer. Der Start des Holländers wurde durch eine Sehnenzerrung in der linken Kniekehle gestoppt.

Stadtstreicher: Ein unbewaffneter Stadtstreicher hat versucht, über einen Zaun ins olympische Dorf zu gelangen. Der iranische Staatsangehörige wurde jedoch von den privaten Sicherheitskräften, die zum Schutz der Athleten eingesetzt sind, gestellt und der Polizei übergeben.

Verzicht: Der Internationale Ruder-Verband (FISA) hat seinen Plan verworfen, das Leichtgewichtsrudern (bis 72,5 Kilogramm) zur Aufnahme ins olympische Programm vorzuschlagen. FISA-Präsident Thomas Keller (Schweiz) begründete den Verzicht: „Dann kommen bald Sportarten wie Basketball, die verlangen, daß ein zweites Turnier für Spieler unter 1,70 Meter Größe ausgetragen wird."

Finanzspritze: Rumänien, als einziges Land des Ostblocks in Los Angeles angetreten, erhält vom IOC und vom Organisationskomitee (LAOOC) finanzielle Unterstützung. Dies bestätigte IOC-Direktorin Monique Berlioux, allerdings nannte sie keine Summe. Nach inoffiziellen Angaben haben die Rumänen für ihren Aufenthalt in den USA 60 000 Dollar (rund 174 000 Mark) selbst aufgebracht und jeweils die gleiche Summe nochmals von IOC und LAOOC erhalten.

Journalisten: Von den rund 8500 Journalisten, die aus Los Angeles berichten, stellen die Amerikaner mit 1647 Reportern den größten Teil. Deutschland folgt an zweiter Stelle mit 402 vor England mit 369.

Strafe: Wegen ungenügender Leistungen beim olympischen Ringer-Turnier sind der Mattenrichter Franz Sulsbacher (Österreich) und der Punktrichter Simion Popescu (Rumänien) von der technischen Kommission des Weltverbandes (FILA) bestraft worden. Sulsbacher darf keinen Kampf mehr leiten. Popescu wird erst wieder mit Beginn der Freistil-Kämpfe (7. August) eingesetzt.

Wahrsager: Wilhelm Schmidt, Delegationsleiter der deutschen Schwimmer, gilt in Los Angeles seit dem Gewinn der Silbermedaille durch die 4x200-m-Freistil-Staffel als Wahrsager. Von mehreren Schwimmern wurde er bereits um eine Voraussage der Lottozahlen gebeten. Der Grund hierfür ist: Schmidt hatte die vorher kaum für möglich gehaltene Zeit der deutschen Staffel (7:15,73 Minuten) bis auf drei Hundertstelsekunden genau vorausgesagt.

Kleidung: Die Basketballspieler Uruguays wurden von Journalisten zum „schlechtestgekleideten Team" gekürt. Beim 91:87-Sieg gegen Frankreich waren die Südamerikaner in weißen Trikots mit gelben Rückennummern angetreten. Im Spielverlauf löste der Schweiß die gelbe Farbe der Nummern auf. Ihr Coach Etchamendi scherzte: „Das ist eine taktische Variante. Unsere Gegner wissen nicht, wen sie vor sich haben."



Jeder Sportler genießt seinen Erfolg auf seine Weise: Einmalig ist aber wohl der Salto vorwärts des Japaners Takashi Ichiba beim Gewichtheben FOTO: AP

NACHRICHTEN

Hidalgo lehnte ab

Paris (sid) – Michel Hidalgo, zurückgetretener Trainer von Fußball-Europameister Frankreich, lehnte ein Angebot der Regierung als Sportminister ab. Hidalgo arbeitet jetzt als Manager für den französischen Fußball-Verband.

Keser nach Istanbul

Istanbul (sid) – Erdal Keser wechselt vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund zum türkischen Erstliga-Verein Galatasaray Istanbul, dem neuen Klub des ehemaligen Bundestrainers Jupp Derwall. Keser unterschrieb einen Zweijahresvertrag.

Raducanu verletzt

Dortmund (dpa) – Wegen Schmerzen an der Achillessehne wurde der Fuß des Rumänen Marcel Raducanu, Mittelfeldspieler vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund, eingegipst. Raducanu fällt für zwei Wochen aus.

Neuer Werbevertrag

Mannheim (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim wird in der Saison 1984/85 Trikot-Werbung für die Kosmetik-Firma Lingner und Fischer betreiben. Für den Vertrag erhält Mannheim 350 000 Mark.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Hertha BSC – Austria Wien 2:2, Aachen – Mönchengladbach 1:3, Burgwedel – Hannover 96 1:7, Karlsruhe – Homburg 6:2, Viktoria Krefeld – Uerdingen 2:20, Wetzlar – HSV 1:8, Lindenberg – Bielefeld 0:10, Quickborn – Düsseldorf 0:5, Itzehoe – St. Pauli 3:3, Mannheim – Kaiserslautern 0:0.

MOTORSPORT

Rallye Argentinien, achter von zwölf Läufen zur Fahrer-Weltmeisterschaft, Zwischenstand nach drei von vier Etappen: 1. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden) Audi Quattro, 2. Recalde/Del Buono (Argentinien) Audi Quattro, 3. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Quattro.

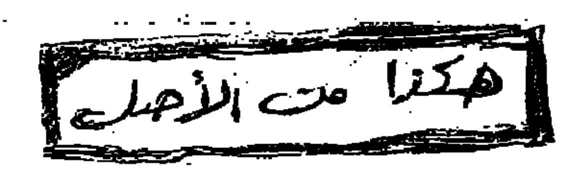
TENNIS

Grand-Prix-Turnier in New Jersey, erste Runde, Herren: Westphal (Deutschland) – Tim Gullikson (USA) 6:3, 7:6. – **Grand-Prix-Turnier in North Conway,** erste Runde, Herren: Glickstein (Israel) – Sundström (Schweden) 7:6, 6:4, Ganzabal (Argentinien) – Smid (CSSR) 7:6, 7:6.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777



Kompetenz für Förster

A. W. – „Mit großer Bestürzung" hat eine Arbeitsgruppe Bildende Kunst in Hamburg auf den Senatsentscheid reagiert, Joseph Beuys die Bepflanzung eines Spülfelds im Hafenviertel zu verwehren. Das sei, meint die Gruppe, ein „Eingriff in die Fachkompetenz der Kultursenatorin und ein Affront gegen den Sachverstand der Kunstkommission".

Bürgermeister von Dohnanyi ist bekanntlich ganz anderer Meinung. „Für die Bepflanzung haben wir doch Förster", meinte er mit erstauntem Augenaufschlag. Er empfindet den Beuysschen Plan also eher als einen Eingriff des Kulturressorts in die Kompetenz der hanseatischen Forstbeamten.

Soweit kann es kommen, wenn ein „entgrenzter Kunstbegriff" praktiziert wird, der die Kompetenz der Kunst-Gurus auf alles und jedes ausdehnen will. Man verfängt sich schnell im Kompetenzgewirr aller möglichen Ressorts, denn in Sachen „Kompetenz" läßt der deutsche Beamte nicht mit sich spaßen, da hört die Gemütlichkeit auf.

Vielleicht ist in Sachen Hamburger Spülfeld aber ein Vorschlag zur Güte angebracht: Förster und Beuys sollten sich die Kompetenz teilen. *Die Förster sollten pflanzen,* denn sie wissen am besten, wo etwas wächst und wo nicht. Die Beuyssche Einlassung, man müsse nur „wollen", dann wachse überall alles, klingt doch ein bißchen allzu windig, als daß sie als Sachverstand ernst genommen werden könnte.

Aber Beuys soll das Recht haben, das Gepflanzte und Gewachsene anschließend zum Kunstwerk zu erklären. In diese „Kompetenz" kann ihm niemand hineinreden. Und die braven Förster werden sich möglicherweise sogar geschmeichelt fühlen.

H. v. Karajan und die Salzburger Gerüchteküche

Rosenkavalier-GmbH

Die Wiener Philharmoniker werden nun also auch die beiden Festspielkonzerte unter Karajans Leitung in Luzern übernehmen, die von ihren Berliner Kollegen (wie auch schon die beiden geplanten Auftritte in Salzburg) verweigert worden sind. Als versöhnliches Zeichen ließ der Luzerner Festspielpräsident allerdings hören, die Berliner Philharmoniker hätten die Wiener Konkurrenz nachdrücklich um dieses Einspringen gebeten – eine etwas sonderbare, *aber immerhin gut klingende Note im* Konflikt zwischen den Berliner Philharmonikern und ihrem Chefdirigenten. *In Salzburg wie Luzern wird* Karajan mit den Wienern zwei Programme bieten: Tschaikowskis „Pathétique", *gekoppelt mit* Anne-Sophie Mutters Interpretation der „Vier Jahreszeiten" Vivaldis, und die 1. Sinfonie von Brahms, der Krysztian Zimerman das Schumannsche Klavierkonzert vorausschicken wird.

Als nächster Termin für die Zusammenarbeit des Berliner Philharmonischen Orchesters mit Karajan steht nun im Rahmen der Berliner Festwochen im September die gemeinsame Aufführung der Bachschen Matthäus-Passion an. Karajan läßt keinen Zweifel daran, daß er seine Berliner Konzerte geben will. Es dürfte seinem Orchester schwerfallen, seine wiederholten Versöhnungsgesten noch länger zu übersehen.

Was sich freilich außerdem nicht länger übersehen läßt, ist die in Salzburg bekannt *gewordene Tatsache,* daß die Berliner Philharmoniker mit ihren langjährigen Schallplattenpartnern *EMI und* Deutsche Grammophon in Verhandlungen eingetreten sind, die auf eine starke Erhöhung der Sitzungsgelder wie der *Lizenzgebühren* zielen. Beide Firmen glauben indessen, diesem Wunsch des Orchesters *aus* wirtschaftlichen Bedenken nicht entsprechen zu können.

Einzig CBS, die amerikanische Firma, schwimmt im Geld, das ihr Michael Jackson, der Pop-Star, in vergleichbarer Fülle in die Kassen schaufelt wie einst die Beatles der EMI. CBS allein, heißt es in Salzburg, könnte im Augenblick willens sein, die Forderungen der Berliner zu erfüllen, und ihr Star ist ausgerechnet Lorin Maazel, der nach seinem vorzeitigen Abgang von der Wiener Staatsoper als einziger Dirigent seines Kalibers neuerdings über eine Fülle freier Termine verfügt.

Außerdem aber gibt es im CBS-Dunstkreis auch noch Leonard Bernstein, dessen Vertrag mit der Deutschen Grammophon endet. Es könnte *schon sein (obwohl noch durchaus* ins Reich der Spekulation gehörend), daß die finanziell wohl gepolsterte *CBS sich die Dienste der Berliner* Philharmoniker zu sichern versuchte, um sie als Morgengabe Maazel wie Bernstein anzudienen. Im Wege freilich steht dabei einer: Karajan.

Aber der hat gerade in Salzburg gezeigt, daß er sein Medienparadies wie seine Festspielaufführung des „Rosenkavalier", die in „standing ovations" für den Dirigenten mündete, noch fest im Griff hat. Live übertragen von den Fernsehkameras, gleichzeitig aufgezeichnet für Video von Karajans eigener „Telemondial", präsentierte die Deutsche Grammophon bereits am Tag nach der Premiere die Schallplattenausgabe dieses Salzburger Festspiel-„Rosenkavalier". Karajans musikalische Verbundwirtschaft mit ihren künstlerisch wie meist für alle Teile auch finanziell bestrickenden Resultaten ist nach wie vor im klassischen Bereich ohne Vergleich auf der Welt.

Von den Stimmen Tomowa-Sintows, Agnes Baltsas und Kurt Molls getragen, *gestützt auf die prachtvoll* und delikat spielenden Wiener Philharmoniker, lief die Aufführung im Großen Festspielhaus Salzburgs auf jeden Fingerwink Karajans mit Leichtigkeit ab, wobei die auffälligen *Melancholien,* die noch im Vorjahr über der Komödie brauten, sich verflüchtigt hatten. Nur der Schluß des 1. Aktes gehörte nun noch ins Reich der musikalischen Meditation über die Vergänglichkeit.

Aber auch Riccardo Muti wartete in Salzburg mit Überraschungen auf. Michael Hampes bildschöne Inszenierung von „Cosi fan tutte", von Muti zwei Jahre lang als musikalisches Exerzierfeld für ein Mozart-Spiel neuer, schneidiger Art genutzt, wurde mit einem Schlag gelöster, überquellender Musizierfreude zurückgegeben. Muti, an der Spitze der wundervoll einfühlsamen Wiener Philharmoniker, gab der Musik, ohne die Zügel zu lockern, plötzlich freien Lauf, ließ sie (und die Sänger) atmen und bescherte den Festspielen damit eine Aufführung von wunderbarer Heiterkeit des Herzens wie des Verstandes. Cosi fan tutte? – Ach, wenn's doch alle so täten. KLAUS GEITEL

Auftakt der „Sommerlichen Musiktage" Hitzacker

Danzig als Dekorum

Mit Absagen *muß* ein Veranstalter rechnen und leben. Von derlei Unbill bleiben auch die sommerlichen *Musiktage in Hitzacker nicht* verschont. Sie begannen in diesem Jahr mit zwei Programmänderungen: *Nachbarn aus Frankreich,* der *Pianist* Michel Beroff und das Pasquier-Streichtrio, erschienen nicht auf dem kleinen grünen Hügel am Ende der westlichen Welt. Aber das Management war den Pannen gewachsen: Ohne Qualitätseinbuße begannen im östlichen Zipfel des niedersächsischen Wendlandes zum 39. Mal die „Sommerlichen Musiktage".

Den bescheidenen Titel hat das Kammermusik-Festival behalten, seine Bedeutung ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Aber nicht in dem Sinn, *den ihnen die Grußworte bei der* Eröffnung der Konzertwoche unterlegten: Der Festredner verglich sie mit den Olympischen Spielen. Zwar möchte auch Hitzacker völkerverbindend wirken, die Brücke zwischen Ost und West schlagen helfen. Beispiele dafür sind diesmal das Engagement der Danziger Kammerphilharmonie, die, dirigiert von Wojciech Rajski, eine Woche lang in Hitzacker *das orchestrale* Dekor bildet *und ein* Konzert des Warschauer Varsovia-Streichquartetts. Aber damit hat sich's. Kein Wettstreit, keine Medaillen.

Auch die Idealkonkurrenz wie der diesmal ausgetragene Kompositionswettbewerb bleibt beim freundlichen Vergleich, der jeden leben läßt. Die *Forderung nach perfekter, absolut* höchster Wiedergabequalität wird nicht so großgeschrieben wie die *ungehemmte Dankbarkeit, Musik zu* entdecken und genießen zu dürfen, seien es Meisterwerke, sei es den dafür notwendigen *Humus. Dabei weiß* man Qualität durchaus richtig einzuschätzen, und sie war es denn auch, die die ersten Tage bestimmte.

Zum Auftakt erklangen Mozarts Kantate „Dir, Seele des Weltalls", Jan Dismas Zelenkas Magnificat und Schuberts Es-Dur-Messe, gesungen von Eidwen Harrhy (Sopran), Mary King (Mezzosopran), Mark Curtis und Holger Off (Tenor), Ulrik Cold (Baß) und dem Bergedorfer Kammerchor, dirigiert von Hellmut Wormsbächer und Günther Weissenborn, das Var*sovia-Quartett spielte mit* technischem Feinschliff und temperamentvoller Musikalität Streichquartette von Boccherini, Moniuszko und Dvořák. Volker Banfield, ein Pianist der großen Geste, eines al-fresco-Anschlags, dem erst im Forte wohl wird, und nicht immer gleichberedter musikalischer Inhalte, hatte Werke von Chopin, Ravel und Schumann auf seinem Programm.

Herausragendes Ereignis bisher war der Abend, in dem David Levine zwei Klavierkonzerte von Mozart (A-*Dur KV 414, C-Dur KV 415) spielte.* Levine, Serkin-Schüler, ist seinem Meister auf der Spur, dessen Statur zu erreichen und dessen Geheimnis, das Einfache aufzuspüren.

HANS-OTTO SPINGEL

Der Bogen schwingt zwischen Belling und Barlach – Köln zeigt „Skulptur des Expressionismus"

Die frühe Glut, die heute noch aufregt

Unter dem lakonischen Titel „Skulptur des Expressionismus" findet in Köln eine in vielfacher Hinsicht bemerkenswerte Ausstellung statt, die gleichermaßen einem wissenschaftlichen Nachhol- wie einem populären Schaubedürfnis entgegenkommt. Im Obergeschoß der Kunsthalle präsentieren sich rund 150 *großenteils unbekannte Skulpturen* von 33 Künstlern, die summarisch dem Expressionismus zugerechnet werden; der Bogen spannt sich zwischen Minne und Kirchner, Barlach und Belling.

Die einzigartige Schau kam über Washington aus Los Angeles an den Rhein; Köln bleibt die einzige Station in *Europa,* die dritte und letzte überhaupt. Das ist verständlich im Hinblick auf die seltenen und kostbaren *Leihgaben beziehungsweise* deren Versicherungswert. Sie wurden aus über siebzig privaten und öffentlichen Sammlungen in Europa und, überwiegend, in Amerika zusammengetragen; nicht selten handelt es sich dabei um echte „Funde" und Entdeckungen.

Die wissenschaftliche und organisatorische Vorarbeit wurde vom Los Angeles County Museum of Art und dessen Kuratorin Stephanie Barron *geleistet. Das Ergebnis ist vielleicht* nicht gar so „sensationell" und „spektakulär", wie verschiedentlich zu lesen war; dennoch, *diese Ausstellung* ist wichtig wie seit langem nur wenige hierzulande, und sie ist attraktiv, teilweise auch aufregend. „Immerhin regt die frühere Glut, auch als solche, noch auf." Diese Feststellung Ernst Blochs gilt noch immer. Die Anziehungskraft des Expressionismus, auch an den Besucherzahlen gemessen, scheint ungebrochen.

Wichtig ist die Ausstellung nicht nur, weil sie ein weithin vernachlässigtes Kapitel der jüngeren Kunstgeschichte erstmals so umfassend vorführt und damit den Anstoß zu seiner gründlichen Aufarbeitung geben könnte; sie macht zugleich auch das problematische Verhältnis zwischen Plastik und Expressionismus deutlich, das die bisherige Vernachlässigung möglicherweise aus sich selber erklärt. Denn der Expressionismus, wie er im Buche steht, und die Plastik, die unter dem Gesetz von Maß und Form steht, müßten eigentlich einander ausschließen.

Unmaß und Deformation gehören zu den Elementarbegriffen des Expressionismus, die sich in der Malerei exemplarisch manifestieren. Es leuchtet ein, daß Darstellungen dieses Kunststils, sei es in Büchern oder Ausstellungen, zu seiner schärferen Charakterisierung sich hauptsächlich auf die Malerei konzentrieren und auf die Plastik mangels triftiger Beispiele weitgehend verzichten. Selbst die holzgeschnitzten und „gehackten" (Heckel) Skulpturen der Brücke-Maler Kirchner, Heckel und Schmidt-Rottluff fügen sich Formgesetzen, die *in ihren Bildern weithin außer Kraft* gesetzt waren.

Auch die Veranstalter hatten offensichtlich ihre Schwierigkeiten mit der „Skulptur des Expressionismus"; wie anders wäre sonst das erstaunliche Nebeneinander von schier impressionistischen, veristischen, fast abstrakten und klassisch orientierten Plastiken zu erklären. Die Ausstellung unterwirft sich einfach nicht dem engen „deutschen" Begriff des Expressionismus, der als Stilbezeichnung ohnehin fragwürdig ist wie fast alle derartigen Etikettierungen (Gotik, Barock), die sich trotzdem verewigt haben. Hier wird der Begriff nach internationalem Brauch ausgedehnt auf Kunst (im vorgegebenen Zeitraum), die vordringlich etwas „ausdrückt". Aber welche Kunst täte das nicht? „Jede Kunst ist Ausdruck einer besonderen Intention." Diese Feststellung stammt von Wilhelm Worringer, der wesentlich zur ideologischen *Fundamentierung des Expressionismus* in Deutschland beigetragen hat. Die Plastik ist selbstverständlich davon nicht auszuschließen.

So sehen wir hier „expressive" Skulpturen von sehr unterschiedlichem Charakter, die sich nicht einfach in der gebräuchlichen Rubrik „Expressionismus" unterbringen lassen, hervorragende Bildwerke durchweg, von Archipenko bis Zadkine, von Wilhelm Lehmbruck bis William Wauer, Otto Freundlich und Oto Gutfreund, von Hoetger bis zu Christoph Voll, Milly Steger, Hermann Scherer und Max Beckmann.



Erinnerung an das frühe Mittelalter: Hermann Scherer, „Liebespaar" (Holz, 1924), aus der Kölner Ausstellung FOTO: DW

Sie lassen Grundströmungen der Epoche erkennen: Spuren vom Jugendstil, Tendenzen zur Abstraktion, zu Kubismus und Futurismus, Hinwendung zu exotischem oder archaischem Primitivismus, ebenso zu Art Déco und zur Neuen Sachlichkeit. Diese Strömungen sind nicht an einzelne Künstler gebunden; denn deren *Schaffen war selbst vielfachen* Wandlungen und Entwicklungen unterworfen. Doch sie alle sind, wenn wir nach dem Gemeinsamen und Spezifischen dieser Schöpfungen suchen, von dem gleichen Gedanken inspiriert: Die größte Einfachheit im starken, schier ungehemmten Ausdruck zu erzielen.

Lehmbruck erreicht dies durch die absolute Aussagekraft des „Gestürzten", Barlach durch die blockhafte Geschlossenheit seiner Plastik, die im „Rächer" eine fast futuristische Vehemenz gewinnt, Belling durch die beinahe karikaturistische Abbreviatur des kühnen Flechtheim-„Porträts" ebenso wie durch die rhythmische Dynamik seines „Dreiklangs", der ersten abstrakten Gestaltung deutscher Plastik mit monumentalem Anspruch. Kirchner, wie Heckel, Nolde, Schmidt-Rottluff, erzielt seine Ausdruckskraft durch den direkten Zusammenhang von malerischem und plastischem Stil.

Die Skulpturen Scherers und Albert Müllers, obwohl deutlich von Kirchner beeinflußt, erinnern eher an frühmittelalterliche Bildwerke, während der erschütternde Männerakt von Voll an Rodins „Bürger von Calais" denken läßt. Wauer vereinigt kubistische und futuristische Elemente zu einer eigenen charakteristischen Formensprache. Hoetger liefert mit seinen Figuren zum Bremer Gewerkschaftshaus ein eindrucksvolles Beispiel sozial engagierter Plastik.

Es müßte nun weiter von Käthe Kollwitz die Rede sein, auch von Renée Sintenis, von dem jungen Georg Kolbe und dem jungen Gerhard Marcks, von Joachim Karsch, Paul Rudolf Henning, Oswald Herzog, Karl Knappe, die zu Unrecht fast vergessen sind.

In ihren Werken bietet sich uns das Menschenbild jener Epoche – die ungefähr die ersten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts umfaßt – in seiner spannungsvollen individuellen Vielfalt dar, gebrochen durch Kunstformen, die bekenntnishaft nach Ausdruck suchen, die sich aber zugleich, weil es sich um Plastik handelt, auch ebenso zur Form bekennen (bis 26. 8. 84; Katalog 38 Mark).

EO PLUNIEN

Neu im Kino: Der Film „Krieg der Eispiraten"

Maulhelden vom Mond

Irgendwo im All, unzählige Lichtjahre von unserem Planeten entfernt, befindet sich eine Galaxis, in der innerhalb von 10 000 Jahren noch niemand ein anständiges Glas Wasser bekam. Schuld daran ist jenes inhumane Tempelritter-Imperium, welches die absolute Kontrolle über die letzten Frischwasserquellen ausübt. In Form von Eisblöcken an Bord großer Kühlschiffe versorgen die feindlichen Templer die darbenden Bewohner der von ihnen abhängigen Kolonialplaneten mit gerade soviel kostbarem Naß, wie es zum Überleben nötig ist. Nur eine Streitmacht erweist sich schließlich als stark genug, um aus ihrem Geheimversteck, einem Trabantenmond, den mächtigen Tempelrittern entgegenzutreten: „die Eispiraten", ein Haufen verwegener Freibeuter, Maulhelden und Säbelrassler.

„Krieg der Eispiraten" heißt dieses filmische Weltraum-Abenteuer, das Stewart Raffill in Szene setzte. Im Mittelpunkt steht Robert Urich als tollkühner Weltraum-Kaperschiff-Kommandant Jason. Weiterhin gehören zu der Piratenmannschaft die gekidnappte, eigenwillige – schauspielerisch nicht sehr überzeugende – Prinzessin Karina (Mary Crosby), der blutdurstige Dieb Killjoy (John Matuszak) und die verruchte, rücksichtslos kämpfende Lady Maida (Anjelica Hulton).

Um jedem Vorwurf des Rassismus vorzubeugen tritt Roscoe als schwarzer Techniker und Stellvertreter Jasons an Bord des Piratenschiffes auf (Michael Roberts). John Carradine spielt den bösen, geistigen Führer der Tempelherren. Er wiederum untersteht dem geheimnisvollen, teilweise entkörperlichten, Wendon (Bruce Vilanch), der an Peter Ustinov in der Rolle des Nero erinnert.

Der ganze Film ist eine bunt zusammengewürfelte Actioncollage aus phantastischen, außerirdischen Vorstellungen und Bildern. Freund und Feind präsentieren sich als eine seltsame Ansammlung teils menschenähnlicher, teils elektronischer, fremdartiger Wesen. Roboter, die in ihrer borkenartigen Haut recht unbeholfen wirken, dienen dem Willen ihrer jeweiligen Herren.

Man kann sich freilich des Verdachtes nicht erwehren, all diese Gestalten auf der Leinwand bereits gesehen zu haben. Dieser Film ist im Grunde eine Mischung aus „Krieg der Sterne", „Raumschiff Enterprise" und einer Prise „Unendliche Geschichte". Leider bleibt er aber hinter seinen Vorbildern weit zurück. Der amüsanteste Einfall dieses Films ist da noch jener glitschige, stets unerwartet auftauchende „Weltraumherpes", der die Mannschaft des Piratenschiffes immer wieder in Furcht und Schrecken versetzt.

Vielleicht ist „Krieg der Eispiraten" zu sehr auf das amerikanische Humorverständnis zugeschnitten. Für den Zuschauer hierzulande bleiben jedenfalls die meisten Pointen unverständlich. JULIA NÖLDEKE



Treten mutig den Tempelrittern entgegen: Weltraum-Kommandant Jason (Robert Urich) und Prinzessin Karina (Mary Crosby) in dem Film „Krieg der Eispiraten" FOTO: UIP

Palermo: Fresken des Deutschritterordens entdeckt

Coup im Gemeindehaus

Es ist fast fünfhundert Jahre her, daß der Deutsche Ritterorden seinen umfangreichen Besitz in Sizilien an das alles andere als sittenstrenge Geschlecht der Borgia verlor. Wer sich jedoch nach entsprechender Vorbereitung – die örtlichen Reiseleiter sind überfordert – auf die historischen Spuren begibt, wird fündig. Freilich, streunende Hunde, Müll und Dreck auf Straßen wie Gehsteigen muß in Kauf nehmen, wer sich in das im letzten Krieg stark zerstörte und auch heute nicht gerade vertrauenerweckende Viertel an der Via Magione in Palermo begibt, um das ehemalige Haupthaus der Ordens auf der Insel zu suchen.

Ein hochgemauertes Tor – vom Reichsadler gekrönt – mit leicht verwitterten Deutschordenskreuzen zu beiden Seiten des Eingangs erinnert an den früheren Glanz des Ritterordens, der einst allein in Palermo zweihundert Häuser sein eigen nannte. Blühende Bäume und Sträucher säumen den etwa hundert Meter langen Weg bis zur einstigen Deutschordenskirche. „Basilica della Magione" heißt es auf dem Schild am Eingang. Magione, die italienische Fassung des alten Mansio (das Haus), weist auf den Orden der „Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem" hin. Auch der zweite Name der Kirche, „S. Trinita", erinnert an den Ritterorden, dessen Komtur in Palermo den Titel „praeceptor S. Trinitatis" führte.

Die noch heute benutzte Kirche *zeigt klare und schlichte architektonische* Formen. An den Orden scheint nichts mehr zu erinnern. Auch die intensivste Suche im Kreuzgang und im blumenübersäten duftenden Garten nach wenn auch noch so kleinen Hinweisen auf die Geschichte bleibt ergebnislos.

Aber die Überraschung folgt im kleinen Gemeindesaal. Vor wenigen Jahren erst hat man in der Kirche drei übereinander geschichtete Fresken entdeckt. Das wertvollste davon wurde äußerst geschickt restauriert und auf eine hohe Platte gebracht. Überlebensgroß ist die Kreuzigungsgruppe dargestellt, zu deren Füßen der Stifter kniet. Etwa vierzig Zentimeter hoch ist die Stifterfigur, ein Ritter im weißen Deutschordensmantel mit schwarzem Kreuz. Deutlich ist auch sein Schwert zu erkennen. Lateinische Ziffern weisen auf das Jahr 1408.

Auch die älteste Kirche Palermos überhaupt, die im Jahre 1070 von den Normannen erbaute „Chiesa di S. Giovanni dei Lebbrosi", gehörte einst dem Deutschen Ritterorden. Sie wurde ihm vom Stauferkaiser Heinrich VI. geschenkt, der, wie anschließend sein Sohn Friedrich II., den Deutschen Ritterorden als seine Schutztruppe förderte. Aus dem Leprakrankenhaus, das der Kirche noch heute den Namen gibt, dürfte zu Zeiten des Ordens ein Hospiz geworden sein. Die Kirche dient auch noch heute als Gotteshaus.

Ein Brunnen plätschert vor dem Eingang, Dattelpalmen spenden Schatten. Das schlichte Bauwerk zeigt alle Eigentümlichkeiten der normannischen Architektur. Geschickt wurde das orientalische Kuppelmotiv mit der schweren Architektur des Nordens verschmolzen. Wer sich mit der Stadtgeschichte Palermos vertraut macht, wird feststellen, daß die Kirche einst direkt am Hafen lag. *Heute befindet sie sich stadteinwärts.* Der Sand von Jahrhunderten hat den zur Zeit der Kreuzzüge auch vom Deutschen Ritterorden für seinen Nachschub nach Palästina benötigten Hafen verlanden lassen. Die heutigen „Kreuzfahrer" und die großen Fährschiffe legen einige Kilometer weiter westlich an.

NORBERT MATERN

KULTURNOTIZEN

Walter Pichler erhält den Arnold-Bode-Preis 1984 der Stadt Kassel.

Eine Lucio-Fontana-Retrospektive wird vom 12. August bis 23. September in der Kunsthalle Bielefeld gezeigt.

„Gerhard Marcks und Griechenland" heißt eine Ausstellung mit Arbeiten des Kölner Künstlers, die bis Mitte September in der Galerie Vö*melö* in Düsseldorf zu sehen ist.

Zum Buch des Monats August 1984 wählte die Darmstädter Jury Margaret Millers Roman „Nymphen gehören ins Meer".

„Kalender in Westfalen" vom Mittelalter bis zur Gegenwart vereinigt eine Wanderausstellung bis Mitte September im Heimathaus in Telgte.

Schriftsteller Guillermo Diaz Plaja ist im Alter vom 75 Jahren an einem Nierenleiden gestorben.

Der französische Operntenor Jean-Henry Laurens (70) ist bei einer Explosion in seinem Haus in Nizza ums Leben gekommen.

JOURNAL

Jörn Merkert geht zu Schmalenbach

PHG, Berlin

Professor Werner Schmalenbach, Vorstand der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, hat den bisherigen Sekretär für Bildende Kunst an der Berliner Akademie der Künste, Jörn Merkert, als Stellvertreter berufen. Der 37jährige soll in dem Neubau, der Anfang 1986 in Düsseldorf am Grabbeplatz eröffnet wird, vor allem die Wechselausstellungen betreuen. Wichtige Ausstel*lungen, die Merkert bisher realisieren* konnte, waren u.a. Hartung in Düsseldorf, Dubuffet, De Kooning und Gonzalez in der Akademie der Künste. Jörn Merkert wird Ende August die Akademie verlassen. Wer sein Nachfolger wird, ist noch ungewiß.

Buchverbot für Pavlovic in Jugoslawien

AFP, Belgrad

Wegen „alarmierender Behauptungen" über die Studentenrevolte *vom Juni 1968 ist der Roman* „Blutiger Speichel" des jugoslawischen Schriftstellers und Regisseurs Zivo*jin Pavlovic verboten worden.* Das für das Verbot zuständige Belgrader Gericht befand, daß das Werk *die Öffentliche Meinung* beunruhige, und zog vorerst sämtliche verfügbaren Exemplare ein. Pavlovic *gehört zu den wichtigsten* Vertretern der „Kritischen Welle" im jugoslawischen Film. Deren vorherr*schende Tendenz war scharfen* Attacken der Behörden ausgesetzt, die den Filmen vorwarfen, ein düsteres *und pessimistisches* Bild der jugolawischen Gesellschaft zu zeichnen.

Bremen richtet das 29. Schütz-Fest aus

DW, Bremen

Vom 4. bis 9. September 1984 findet in Bremen das 29. internationale *Heinrich-Schütz-Fest statt. Die* Konzerte mit Werken des 17. Jahrhunderts stehen in Zusammenhang *mit dem Thema* „Stimmung und Intonation", das in einem Symposion gesondert behandelt wird. Vom 13. bis 16. September 1984 schließt sich ein Kurs zur Aufführungspraxis der Werke von Heinrich Schütz *und seinen Zeitgenossen* an.

Fotodokumentation antiker Gebäude

jn, Bonn

Im Zuge der Sanierung des Altstadtkerns der syrischen Hauptstadt Damaskus *hat die Generaldirektion* der Museen des Landes Prof. Marcell Restle von der Universität München *mit der Erstellung* einer genauen photogrammetrischen Plandokumentation der beiden bedeutendsten *historischen* Bauten der Stadt, der Omayadenmoschee aus dem Anfang des 8. *Jahrhunderts und der Zitadelle* des 13. Jahrhunderts, betraut. Die Finanzierung des Unternehmens hat der *Kulturhilfefonds des Auswärtigen* Amtes übernommen.

Neuer Intendant kritisiert Vorgänger

DW, Berlin

Der neu ernannte Intendant des Ost-Berliner Deutschen Theaters, der 43jährige Schauspieler Dieter Mann, hat indirekt die Arbeit seines Vorgängers Rolf Rohmer kritisiert. Mann sprach von *„gealterten Inszenierungen",* die ersetzt werden müßten, damit in der kommenden Saison wieder ein *qualitativ und* quantitativ reichhaltiges Repertoire erreicht werde. Der Vorgänger Manns, Rohmer, hatte seit 1982 *im* erst kürzlich renovierten Haus glücklos operiert. Seine Ablösung erfolgte nicht zuletzt auch *aufgrund* der Proteste von Schauspielern und Regisseuren.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Baden-Baden: Japanische Pinselzeichnungen und Holzschnittbücher – Kunsthalle (bis 9. September)
Berlin: Kandinsky – Russische Zeit und Bauhausjahre 1915 bis 1933 – Bauhaus-Archiv (9. August bis 23. September)
Bochum: Mimi Parent – Haus Kem*nade (bis 2. September)*
Bonn: Ludwig E. Ronig – Rheinisches Landesmuseum (bis 9. September) Christian Boltanski – Kunstverein (21. August bis 16. September)
Bremen: Bildhauer zeichnen – Kunsthalle (bis 2. September)
Goslar: Friedensreich Hundertwasser – Mönchehaus-Museum (bis 23. September)
Hannover: Federico Fellini: Zeichnungen – Wilhelm-Busch-Museum (3. August bis 16. September)
Heidelberg: Rita Rock Rêve – Kunstverein (bis 30. September)
Karlsruhe: Das Porträt auf Glas und Porzellan – Badisches Landesmuseum bis 14. Oktober)
München: Tierbilder aus vier Jahrtausenden – Prähistorische Staatssammlung (bis 30. September) Wallfahrt kennt keine Grenzen – Bayerisches Nationalmuseum (bis 7. Oktober)
Nürnberg: Fränkische Kunst 84 – Kunsthaus (bis 9. September)
Reutlingen: 4 x Informel heute – Spendhaus (bis 19. August)
Stuttgart: Kompositionen in Halbrund – Neue Staatsgalerie (bis 2. September) Michael Plaetschke – Württembergisches Landesmuseum (bis 23. September)

800 000 Kunden hängen an langer Bank-Leine

Ungeahnte Möglichkeiten durch Magnetkarten-Telefon

GISELA REINERS, Bonn

Zur Silberhochzeit wollte der Kaufmann Wolfram B. aus Frankfurt für seine Frau ein goldenes Kettenarmband, edelsteinbesetzt, im Wert von rund 15 000 Mark erstehen. Nach der Qual der Wahl reichte er dem Juwelier, der mit dem Geschäft so zufrieden war wie Herr B. mit seinem Kauf, eine Kreditkarte. Bei diesem Betrag wollte der Juwelier seines Geldes aber sicher sein und rief die Kreditkartenorganisation an. Die teilte ihm mit, daß der Kunde dafür nicht gut sei. Nun wurde es peinlich. Wolfram B. bestritt, daß sein Konto keine Deckung habe, der Geschäftsmann zuckte verlegen die Achseln, der Kunde stürmte hinaus, der Juwelier saß auf seinem Armband.

Dabei war alles ein Versehen, ein Fehler gewesen. Es war lediglich die Nummer der Kreditkarte verwechselt worden. Damit derlei Peinlichkeiten nicht mehr vorkommen, aber auch niemand mehr als Wolfram B. auftreten und mit dessen Kreditkarte Schindluder treiben kann, haben sich vier Kreditkarten-Organisationen in Deutschland an die Entwicklung von Makatel gemacht, des Magnetkarten-Telefons.

Die Eurocard-Zentrale in Frankfurt gab die Impulse, und American Express, Diners Club und Visa zogen mit. Vor zwei Monaten starteten die „Großen Vier" einen Versuch im Rhein-Main-Gebiet mit einem Spezialtelefon, das nicht nur zwei Menschen miteinander sprechen läßt, sondern auch prüft, ob eine Kreditkarte rechtmäßig verwendet wird. Der Apparat ist etwa doppelt so groß wie ein normales Telefon, hat ein Tastenfeld rechts zum Wählen der Rufnummern und ein weiteres Feld links zusammen mit einem Sichtfeld (Display). Auf dem erscheint per optischem Signal die Freigabe der in einen Schlitz eingeschobenen Kreditkarte beziehungsweise deren Sperrung. Widerspricht der Kunde, stellt ein Tastendruck die telefonische Verbindung zur Kreditkartenzentrale her. Dann kann mit dem Sachbearbeiter die Lage geklärt werden.

Die Verbindung zum Zentralcomputer der Kreditkartenfirma entsteht durch die Magnetspur auf der Rückseite der Kreditkarte. Von vier dort vorhandenen Spuren ist erst eine ausgenutzt. Als weitere Verwendungsmöglichkeit wird geprüft, ob die Karte nicht auch zum Telefonieren benutzt werden kann. Dann könnten z. B. Gebühren für Ferngespräche direkt vom Konto des Anrufers abgebucht werden, ohne daß dieser für sein Gespräch mit Hawaii Markstükke oder Fünfer nachwerfen muß.

Vorbilder für Makatel gibt es schon in England und in den kreditkartenerprobten USA. Zur Zeit sind in Deutschland mehr als 100 im Versuch; Ende 1985 sollen es über 1000 sein. Vom ersten November an wird es bundesweit eingeführt. Interesse besteht nach dem „sehr zufriedenstellenden Start", so Eurocard-Geschäftsführer Herbert Dorner, in verschiedenen Handelsbereichen vorwiegend in Großstädten. Überall dort, wo häufig mit Kreditkarte gezahlt wird, in Hotels, bei Autovermietern, aber auch in großen Kaufhäusern und Läden für Luxusartikel, kann Makatel auf rasche Annahme hoffen. In Frankfurt haben sich unter anderem Hertie, die Steigenberger Hotels, die Autoverleiher Hertz und Avis sowie der Juwelier Uhren-Christ dem Versuch angeschlossen. Ihre potentiellen Kunden sind die 800 000 deutschen Kreditkarteninhaber. Und deren Zahl steigt.

Einstweilen tragen die Kreditkartenunternehmen die Kosten des Telefons. Vom November an fordert die Post 75 Mark monatliche Gebühr pro Apparat; darin sind die 27 Mark Grundgebühr enthalten. Die Gesprächskosten trägt der Händler. Er hat den Vorteil der Zahlungssicherheit. Mißbrauch wird eingeschränkt. Bei Verlust oder Diebstahl kann eine Karten-Sperrung sofort in den Computer eingetastet werden. Eine unvergleichliche Verbesserung gegenüber der gegenwärtigen nicht fehlerfreien Methode. Von welchem Betrag an der Verkäufer nachfragt, weiß auch Wolfram B. nicht. Das Limit liegt je nach Branche verschieden hoch. Auch wird es von Zeit zu Zeit geändert, damit ein unehrlicher Finder Einkäufe nicht immer knapp unter der Kreditgrenze tätigt. In diesem Zusammenhang: Frankreichs Banken haben sich gestern auf ein einziges System von Kreditkarten geeinigt.

Demnächst Blitzanschluß im Regierungsviertel

Abhörsichere Glasfaser schafft moderne Kommunikation

DIETER THIERBACH, Bonn

Sensationell ist die Technologie einer Kommunikationsautobahn mit Glasfaserbelag, die das Bundeskanzleramt, die 16 Bundesministerien, das Polizeipräsidium und die Parteizentralen – mit Ausnahme der Grünen – verbindet, nicht unbedingt.

Bereits Mitte der siebziger Jahre waren die ersten Glasfaserstrecken im praktischen Einsatz. Der Elektronikriese Siemens hat bis zum heutigen Tag 30 000 Kilometer Glasfaser in 13 Ländern verlegt. Was seit Anfang des Jahres 324 Versuchsteilnehmern mit ihren Lichtwellenleiter-Anschlüssen in zehn lokalen Netzen in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Nürnberg und Stuttgart als „Kommunikationsnetz der Zukunft" recht ist, kann nun auch den Bonner Regierungsmatadoren mit ihrem internen Lichtexpreß nur billig sein. Dieses „breitbandig integrierte Glasfaser-Fernmeldeortsnetz" wird allerorten unter dem einprägsamen Namen Bigfon gehandelt.

Daten per Lichtwellen lassen sich wesentlich schneller als über gebräuchliche Kupferleitungen transportieren. Ein Umsetzer auf der Sendeseite der optischen Glasfaserleitung bereitet elektronische Signale nach herkömmlichen Verfahren zunächst digital auf. Per Halbleiterlaser enstehen daraus optische Lichtblitze im Infrarotbereich. Wenn die haarfeine Glasfaser durchlaufen ist, setzt auf der Empfängerseite ein Wandler die Lichtimpulse wieder in elektronische Signale um.

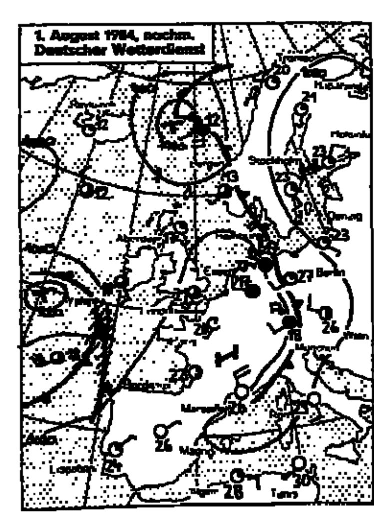
Die Vorteile liegen auf der Hand: Enorme Übertragungskapazität bei minimalem Platzbedarf; hohe Zuverlässigkeit und Übertragungssicherheit. Kurzschluß ausgeschlossen. Glasfasern lassen sich weder durch elektromagnetische, noch durch statische Felder, die oft Verursacher von Übertragungsfehlern sind, beeinflussen.

Kupferdraht kann von geschickten „Klempnern" „angezapft" werden. Licht hingegen bleibt in seiner Faser gefangen. Heimliche Lauscher müßten die Glasfaserstrecke auftrennen und den Strahl auf eine Decodiereinheit lenken. Eine Unterbrechung würde den Datenfluß aber automatisch anhalten – Warnung genug.

Längere Laufstrecken erfordern dagegen den Einsatz von Zwischenverstärkern und schaffen damit „Schwachstellen", weil fern von den Teilnehmern optische Signale, in elektrische umgesetzt, regeneriert und wiederum optisch weitergesendet werden müssen. Das ergibt Möglichkeiten für ungebetene Lauscher. Apropos: Gegen elektronische Wanzen in Telefonapparaten hilft auch keine Glasfaser-Entlausungskur.

WETTER: Wärmer

Wetterlage: Unter dem Einfluß eines Zwischenhochs erwärmt sich die nach Deutschland eingeflossene frische Meeresluft.



Stationen: 17 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Im gesamten Bundesgebiet nach örtlichem Nebel und Hochnebel auflokkernde Bewölkung, überwiegend heiter und durchweg niederschlagsfrei. Am Abend im Westen verdichtende Bewölkung. Höchste Temperaturen zwischen 22 Grad im Norden und 27 Grad im Südwesten. Tiefstwerte in der Nacht 15 bis 12 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Süden heiter, sonst wolkig, aber nur geringe Niederschlagsneigung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	22°
Dresden	21°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	21°
Frankfurt	17°	Madrid	26°
Hamburg	17°	Mailand	27°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	18°	Moskau	15°
Stuttgart	17°	Nizza	27°
Algier	28°	Oslo	17°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	31°	Prag	26°
Barcelona	21°	Rom	29°
Brüssel	21°	Stockholm	23°
Budapest	28°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	30°
Helsinki	23°	Wien	26°
Istanbul	25°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.49 Uhr. Untergang: 21.06 Uhr; **Mondaufgang:** 13.33 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Das symbolische Bild: Der Storch läßt die Flügel hängen. FOTO: KRUG-BILD

Meister Adebar hat selber Nachwuchssorgen

PETER SCHMALZ, München

Die bunten Bildchen mit Meister Adebar, der im roten Schnabel ein geknotetes Tuch und darin ein putzmunteres Baby hält, sind aus der Mode gekommen. Das mag mehrere Gründe haben – wie zum Beispiel den, daß ein aufgeklärter Kindergarten-Zögling über die Mär vom Klapperstorch als Geburtshelfer nur noch müde lächeln kann. Vielleicht liegt es aber auch daran, daß der Kindersegen in unserem Volk zu dürftig wurde, um den Storch noch als entsprechendes Symbol zu bemühen.

Womöglich ist die Ursache aber noch viel simpler: Meister Adebar selbst hat Nachwuchssorgen; die Zahl der Störche nimmt so rapide ab, daß viele Stadtkinder den schwarzweiß gefiederten Zugvogel nur noch aus dem Telezoo kennen. Ein solcher Vogel taugt kaum mehr als Baby-Bringer.

Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland das storchenreichste Land Mitteleuropas, allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebten damals 4407 Brutpaare, heuer sind es weniger als 900. Seit 1960, so der bayerischen Storchenforscher Anton Burnhauser, hat sich der Rückgang bedrohlich beschleunigt, in Schweden und in der Schweiz siedelt kein einziges Paar mehr, in Holland und Frankreich ist der Weißstorch ebenfalls fast ausgestorben, Baden-Württemberg und Hessen sind davon nicht weit entfernt. Burnhauser: „In Nordwestdeutschland fiel der Bestand von etwa 8000 Storchenpaaren zur Jahrhundertwende auf deutlich unter 800 – also ein Rückgang um über 90 Prozent!"

In Bayern sind inzwischen auch die Politiker alarmiert: Noch vor drei Jahren wurden im Freistaat 107 Paare gezählt, in diesem Jahr nur noch 68. Und die Population wird ohne Hilfe kaum zunehmen, da allein für den Erhalt des Bestands jedes Paar jährlich zwei Junge großziehen müßte, der tatsächliche Bruterfolg in diesem Sommer aber nur bei 1,82 liegen wird. Burnhauser: „1981 wurden in Bayern 200 Jungstörche flügge, diesmal werden nur noch 125 zur Winterreise nach Afrika starten." Nun soll das staatliche „Schutzprogramm Weißstorch" zumindest in Bayern für neuen Aufschwung sorgen. Mindestens eine halbe Million Mark werden dafür jährlich aufgewendet.

Bereits vor fünf Jahren wurde der Grundstock dafür gelegt: Das Münchner Umweltministerium bestellte für 270 000 Mark ein Gutachten beim Institut für Vogelkunde, dessen 500 Seiten im nächsten Jahr veröffentlicht werden. Die beiden wichtigsten Erkenntnisse: Eine intensiv betriebene Landwirtschaft hat Meister Adebar um den natürlichen Lebensraum gebracht und der wachsende Stromverbrauch, der zu immer mehr Freileitungen quer durchs Land führte, wurde dem Storch zur tödlichen Gefahr.

Die Vogelkundler ermittelten, daß jeder zehnte ausgeflogene Jungstorch in der kurzen Zeit bis zum Wegzug aus dem Brutgebiet ein Stromopfer wird. Häufigste Todesursache: Die unerfahrenen Jungtiere berühren beim Anflug auf einen Leistungsmast mit ihren weiten Flügeln zwei Leitungen und verbrennen. Staatssekretär Fischer: „Die Elekrizitätsversorgungsunternehmen sind darüber informiert, die ersten Schutzeinrichtungen wurden bereits installiert." Der wirksamste Schutz ist einfach und preiswert: Eine Querstange auf dem Mast verhindert die Landung auf dem lebensgefährlichen Platz.

Die andere Erkenntnis läßt sich nur mit erheblichen Geldmitteln umsetzen. Nur selten sind Landwirte bereit, freiwillig auf die Drainierung eines Feuchtgebiets oder auf Düngung und Schädlingsbekämpfung zu verzichten. Das aber wäre notwendig, damit der Storch seine Nahrungsbasis behält. Ein Paar braucht mindestens 200 Hektar Wiesenfläche, um täglich knapp 400 Gramm Regenwürmer, Schnecken, Frösche, Mäuse, kleine Fische oder Käfer, die das drei bis vier Kilo schwere Tier benötigt, mit spitzem Schnabel aufpicken zu können. Deshalb sollen neue Nahrungsbiotope angelegt werden (ein erster Naturtümpel wurde in der Nähe von Erlangen realisiert), steile Böschungen an Wiesengräben werden verbreitert und Altwässer reaktiviert.

Als teuerste Katastrophe der Welt gilt das Beben von 1906

Schweizer Rückversicherer publizierte Unglücks-Bilanz

AP, Düsseldorf

So sensationell hoch (mindestens 70 Millionen Mark) der Hagelschaden allein für Landwirte und Gärtnereien im bayerischen Raum war, den das Unwetter vom 12. Juli anrichtete – im internationalen Vergleich fällt selbst eine solche Summe kaum aus dem Rahmen. Die Nachkriegszeit bescherte den Assekuranzunternehmen eine Reihe von „Katastrophen-Jahren" mit ständig steigenden Entschädigungsansprüchen. Die neuesten „Sigma"-Studien der Schweizer Rückversicherungs-Gesellschaft verzeichnen zwischen 1970 und 1981 weltweit nicht weniger als 1651 Naturkatastrophen und Großschäden. Dies entspricht einer Schadenshäufigkeit von 138 Fällen pro Jahr. Danach ereignete sich alle zwei bis drei Tage irgendwo auf der Welt ein Unglück, bei dem entweder mehr als 20 Menschen ums Leben kamen oder das Ausmaß des Schadens zweistellige Millionensummen überstieg.

Als einer der schwersten Schadensverursacher der Nachkriegszeit gilt der Hurrikan „Frederic", der im September des Jahres 1979 vier Tage lang in zehn US-Staaten tobte und Tod und Verwüstung brachte. Die Versicherungsschäden beliefen sich damals auf 752 Millionen Dollar, nach heutigen Preisen eine Summe von mehr als eine Milliarde Dollar (rund 2,8 Milliarden Mark). Nach heutigen Maßstäben Schäden von sogar 2,2 Milliarden Mark (damals – 1965 – 715 Millionen Dollar) richtete der Hurrikan „Betsy" an, der im Herbst jenes Jahres über weite Teile der USA hinwegfegte. Teuer für die Versicherungswirtschaft wurde auch der Hurrikan „Alicia", der in der zweiten Augusthälfte des vergangenen Jahres die Südküste der USA heimsuchte und dort Versicherungsschäden von 675 Millionen Dollar hervorrief.

Der bislang teuerste Versicherungsfall durch eine Naturkatastrophe ereignete sich am 18. April 1906 – als San Francisco erbebte und eine Feuersbrunst die Stadt in Schutt und Asche legte. Diese Katastrophe kostete die Versicherungsgesellschaften damals 350 Millionen Dollar. Diese Summe entspricht nach heutiger Wertsteigerung mindestens 13 Milliarden Mark, obwohl diese Zahl Experten noch lächerlich niedrig erscheinen will. Ein Erdbeben gleicher Stärke würde heute den absoluten nationalen Notstand hervorrufen.

Immer astronomischere Dimensionen nehmen die Feuerschäden an. 1983 mußten die deutschen Feuerversicherer 1,8 Milliarden Mark aufbringen. So kostete beispielsweise der Brand im inzwischen wiedereröffneten Thermalbad „Taunus-Thermen" im hessischen Bad Homburg im Februar 1983 die Versicherungen nach der „Sigma"-Studie 28 Millionen Mark. In dieser Summe ist der Betriebsausfall enthalten. Mit 170 Millionen Mark lagen die Kosten nach der Explosion und dem Brand in der Ölmühle im Hamburger Hafen noch erheblich höher. Es war einer der teuersten Feuerschäden in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Auch bei Flugzeugunglücken muß die Versicherungswirtschaft inzwischen immer tiefer in die Tasche greifen: So kostete der Absturz der durch die Sowjets abgeschossenen Boeing 747 der Korean Airlines, bei dem sämtliche 269 Insassen ums Leben kamen, die Versicherungen 35 Millionen Dollar Kasko- und weitere 39 Millionen Dollar Haftpflichtschäden. Dabei stehen noch etliche Gerichtsverfahren aus. Für die beiden Flugzeugkatastrophen auf dem Madrider Flughafen Ende vergangenen Jahres, die insgesamt 275 Opfer forderten, mußten die Versicherungen fast 100 Millionen Dollar zahlen.

Die weltweit größte Versicherungsdichte (Stand 1982) weist die Schweiz mit einem Prämienvolumen von 1001 Dollar pro Kopf der Bevölkerung auf, gefolgt von den USA (975), Kanada (642) und der Bundesrepublik Deutschland (629). Das Weltprämienvolumen (ohne Ostblock) belief sich Ende '82 auf die astronomische Summe von 466 Milliarden Dollar, wovon der nordamerikanische Markt einen Anteil von mehr als 50 Prozent hält. Auf die US-Versicherungen kommt möglicherweise auch der „größte Haftpflichtanteil des Jahrhunderts" zu. Nach Schätzung von Experten könnten sich die Schadenersatzleistungen, die vorwiegend amerikanische Versicherungen an Asbestose-Geschädigte zahlen müssen, auf bis zu 30 Milliarden Dollar belaufen.

LEUTE HEUTE

Ivan und das Gerücht

Hellwach reagiert man gestern in dem sonst eher verschlafenen Dordogne-Weinstädtchen Bergerac, als durchsickerte, daß der tschechoslowakische Tennisstar **Ivan Lendl** die Hotelierstochter **Valerie Lech** zu ehelichen gedenke. Die angebliche Braut, schien indes aus allen Wolken zu fallen. „Ich bin Lendl nie begegnet. Wie kann ich ihn heiraten?" Rätselhaft – wie die Liebe?

Stolz und kleinlaut

„Wohlbehalten" sei der französische Surfer **Arnaud de Rosnay** in die Hände der sowjetischen Behörden gelangt, der die 43 Kilometer zwischen Hokkaido (Japan) und Sachalin surfend überquert hatte. Dies gab die französische Botschaft in Moskau gestern Stolz und kleinlaut bekannt. Jetzt muß sie sehen, wie sie dem festgenommenen Athleten wieder zur Freiheit verhilft.

Ärmellose „Sommertops" als Schlager der Saison

HELGA LINGENTHAL, Bonn

Acht Frotteehandtücher hat sich Yünöl Drogan, Familienvater von drei Kindern, bereits aus dem Wühltisch herausgezogen und unter den Arm geklemmt. Die Handtücher waren extrem billig: Drei Mark das Stück. Nun drängelt sich Yünöl an den Nebentisch mit den Bettlaken. Ebenfalls ein günstiges Angebot: zwei Laken für zehn Mark. In der Türkei nicht zu haben. Aber nicht nur der Gastarbeiter greift in diesen Tagen zu . . .

Vor dem gegenüberliegenden Schuhhaus stehen zwei junge Mütter mit ihren Kindern. Sie suchen Sportschuhe und Sommersandalen für ihre Jungen. „So machen wir das immer", erklärt eine der beiden Frauen. „Sommerschlußverkauf heißt, unsere Kinder einzukleiden. Die normalen Preise kann man doch gar nicht zahlen. Und wenn wir etwas sehen, das uns selbst gefällt, ein hübsches Kleid oder eine Bluse, nehmen wir die natürlich mit."

Das Konsumverhalten vor dem Schlußverkauf sei in dieser Saison bisher sehr zurückhaltend gewesen und stehe im krassen Gegensatz zum Vorjahr, erklärt Hans-Joachim Feussner, Geschäftsführer eines mittelgroßen Textilhauses. Drei Faktoren macht er für die bislang negative Bilanz verantwortlich. Zum einen, so glaubt Feussner, werden in diesem Jahr weitaus weniger Käufe über Kredit finanziert; man spare mehr. Zum anderen habe die schlechte Witterung zum passiven Konsumverhalten in der Textilbranche beigetragen. Der Geschäftsführer hofft aber immer noch, glaubt bei der Hitze an die Wende: Hochsommerliche Temperaturen an den ersten beiden Tagen sorgten bundesweit für einen ausgesprochen guten Auftakt im Sommerschlußverkauf.

„Wir sind zufrieden", zog der Geschäftsführer eines Bonner Textilkaufhauses eine positive Zwischenbilanz. Das nimmt denn auch nicht wunder. Nach einem Sommer, der keiner war, ist das Angebot so reichhaltig wie nie.

Unter dem Motto „das Zeug muß raus" ging der deutsche Einzelhandel mit ungewöhnlichen Preisstürzen in die Billigrunde. Zum Teil wird die Ware sogar unter dem Einkaufspreis verschleudert, so daß nicht einmal die Unkosten erwirtschaftet werden. Aber die überquellenden Lager müssen geleert werden. Die Herbstkollektion rückt an. Sollten die Temperaturen aber andauern und den sommerhungrigen Kunden zum Konsum animieren, dürften die Lager bald leergefegt sein. Den besten Absatz hat derzeit die Damenoberbekleidung. Damit sind die sogenannnten Sommertops gemeint: ärmellose T-Shirts für heiße Sommernächte, die es bereits ab zwei Mark, T-Shirts mit kurzem Arm, die es ab acht und Blusen, die es ab zehn Mark gibt. Für den Herren werden neben Hemden auch Sakkos und Sommeranzüge reduziert. Doch sehen die Perspektiven in der Herrenbranche traditionell immer etwas anders aus. „Die Männer kaufen bereits im Frühjahr vorbeugend und geplant", so die Branchenerfahrung. Zu spontanem Kauf neigten die Herren der Schöpfung nicht. Das überließen sie ihren Frauen, die dafür ein ganz besonderes Faible hätten.

Leuchtet Weihnachten ein Kunstkomet?

dpa, Oberpfaffenhofen

Zur Weihnachtszeit soll ein künstlicher Komet in 100 000 Kilometern Entfernung von der Erde den Himmel erhellen. Dieses einzigartige wissenschaftliche Experiment wollen Astrophysiker aus Deutschland, den USA und Großbritannien veranstalten. Dabei wird erstmals der Weltraum als Labor für ein Experiment der Grundlagenforschung benutzt. Wie Wissenschaftler gestern im deutschen Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen mitteilten, wird das auf eine Missionsdauer von zwölf bis 15 Monate angelegte Projekt am 9. August mit dem Start von drei Satelliten vom amerikanischen Weltraumbahnhof in Cape Canaveral beginnen. Nach Angaben des wissenschaftlichen Projektleiters Gerhard Haerendel (Max-Planck-Gesellschaft) ist es das Ziel der Experimente, die Wechselwirkung künstlich erzeugter Gase mit der äußerst dünnen Materie und dem Magnetfeld der Erdumgebung zu studieren. Das Experiment, bei dem der deutsche Satellit leuchtende Wolken aus Lithium- und Bariumdampf erzeugt, könnte auch Aufschluß über den Ursprung von Sternen geben.

Erneut verurteilt

dpa, Koblenz

Wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen hat das Koblenzer Landgericht den ehemaligen Chefarzt eines Koblenzer Krankenhauses, Friedhelm Zabrosky (49), zu acht und neun Monaten Haft verurteilt. Zabrosky war bereits im Frühjahr wegen Mordes an seiner Ehefrau zu 13 Jahren verurteilt worden. Der Arzt war angeklagt, für die Kunstfehler zweier seiner Assistenten zu haften, durch die zwei Patienten den Tod fanden. Die Verfahren gegen die Assistenzärzte waren eingestellt worden.

Urige Schwyzer

dpa, Bern

Mit Alphornblasen, Jodeln, Umzugen und patriotischen Reden gedachten gestern die Schweizer jenes 1. August 1291, an dem nach der Überlieferung die Einwohner der Urkantone Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden mit ihrem Schwur auf der Rütli-Wiese am Vierwaldstätter See versicherten, ein einig Volk von Brüdern sein zu wollen.

Bomben-Nacht

AP, Reno

Mit einer auf den Rücken geschnallten Bombe saß ein 60jähriger Bankangestellter in Reno im US-Bundesstaat Nevada eine Nacht lang in seiner Wohnung vor dem Fernsehapparat. Zwei bewaffnete Gangster leisteten ihm Gesellschaft. Am folgenden Morgen fuhren sie ihn mit seinem Mercedes zu seiner Bank, warteten die Ankunft weiterer Angestellter ab und ließen den Banktresor öffnen, aus dem sie 250 000 Mark in bar mitnahmen.

Schweden wird schneller

dpa, Stockholm

Die seit 1971 in Schweden geltenden Höchstgeschwindigkeiten von 70, 90 und 110 Kilometern in der Stunde sollen um jeweils 10 Kilometer heraufgesetzt werden. Die neuen Höchstgeschwindigkeiten entsprechen nach Ansicht von Fachleuten eher den heutigen Verhältnissen.

ZU GUTER LETZT

Sowjetoffiziere zu dick, meldet die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda".

